

DGB

ZUKUNFT
GERECHT
GESTALTEN
FÜR FREIHEIT
TOLERANZ
SOLIDARITÄT

3. Ordentliche DGB-Bezirkskonferenz
Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Hannover – 13. Februar 2010

P R O T O K O L L

3. Ordentliche DGB-Bezirkskonferenz
Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Hannover – 13. Februar 2010

P R O T O K O L L

Inhaltsverzeichnis

1. Eröffnung und Begrüßung	4
2. Grußworte	8
Christian Wulff, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen	8
Stephan Weil, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover	13
3. Konstituierung	17
a) Beschluss über die Tagesordnung	17
b) Wahl des Präsidiums	17
c) Beschluss über die Geschäfts- und Wahlordnung	17
d) Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission	17
e) Bestätigung der Antragsberatungskommission	18
f) Wahl der Schriftführerin/des Schriftführers	18
4. Auszüge aus dem Referat „Zukunft gerecht gestalten“ von Prof. Dr. Rudolf Hickel	18
5. Podiumsdiskussion	24
6. Geschäfts- und Kassenbericht	25
7. Bericht der Revisionskommission	31
8. Aussprache	33
9. Bericht der Mandatsprüfungskommission	34
10. Wahlen	35
a) Bezirks- und Landesvorsitzender	35
b) Stellvertretender Bezirks- und Landesvorsitzender	35
c) RevisorInnen	35

d) Bestätigung der Bezirksvorstands- und Landesvorstandsmitglieder Niedersachsen	35	
e) Bestätigung der Landesvorstandsmitglieder Sachsen-Anhalt	36	
11. Antragsberatung	37	
12. Schlusswort	37	
ANHANG		
Resolutionen		
Energetische Gebäudesanierung: Drastische Mittelkürzung droht	39	
Hartz IV muss weg!	40	
Anträge – Übersicht		
A – Wirtschafts-/Arbeitsmarktpolitik		
Antrag A1	Aus der Krise lernen – Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten!	44
Antrag A2	Öffentliche Wirtschaftsförderung stärken, Interessen der Beschäftigten berücksichtigen!	51
Antrag A3	Beschäftigung im Dienstleistungsbereich sozial gestalten – Öffentliche Dienstleistungen ausbauen!	54
B – Bildung		
Antrag B1	Chancengleichheit durch Bildung	55
Antrag B2	Abschaffung Studiengebühren	61
Antrag B3	Ausbildungsplätze	62
Antrag B4	Volksbegehren gegen Turbo-Abitur an Gesamtschulen unterstützen	62
F – Frauen		
Antrag F1	Girls' Day	63
I – Integration		
Antrag I1	Vielfalt statt Einfalt – interkulturelle Öffnung der Unternehmen in der Wirtschaft, des öffentlichen Dienstes und der Gewerkschaften.	64
J – Jugend		
Antrag J1	Gegen Studiengebühren	66
Antrag J2	Lernmittelfreiheit	67

Antrag J3	Kontrolle der Ausbildung verbessern	68
Antrag J4	Keine Lockerung des Jugendarbeitsschutzgesetzes	68
Antrag J5	Arbeitszeitverkürzung	69
Antrag J6	Lebensmitteltransparenz	70
Antrag J7	Gegen Krieg, Militarisation und Demokratieabbau	71
Antrag J8	Jugend nicht vergessen!	73
Antrag J9	Verbesserung der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Strukturen in der Jugend- und Jugendbildungsarbeit	75
Antrag J10	Gestaltung des 1. Mai	76
Antrag J11	Handlungsspielräume ausweiten – Aktionen zivilen Ungehorsams nutzen	77
Antrag J12	Bündnisarbeit mit der Antifa	78
Antrag J13	Gewerkschaftsarbeit gegen Rassismus	79
Antrag J14	Nutzung von Recyclingpapier im DGB	96

Ö – Öffentlicher Dienst

Antrag Ö1	DGB-Beamtenpolitik für die Zukunft	81
-----------	------------------------------------	----

SO – Satzung und Organisation

Antrag SO1	Seniorenarbeit des DGB Gleichbehandlung der Seniorinnen und Senioren	84
Antrag SO2	Reform ist, wenn es nach vorne geht! Von „Eckpunkten“ zu den Pfeilern einer Strukturreform	85
Antrag SO3	Stimmrecht DGB-Orts- und Kreisverbände	86
Antrag SO4	„Schlanke Vorstände“	87
Antrag SO5	Ortsverbände, finanzielle Unterstützung und demokratische Beteiligung Wahl Regionsvorsitzender in Eckpunktepapier aufnehmen und umsetzen	88
Antrag SO6	Frauen Stimmrecht	89
Antrag SO7	Wahl Regionsvorsitzender	90
Antrag SO8	Neue Kreisvorstände	91
Antrag SO9	Kompetenz Kreis- und Stadtverbände	92
Antrag SO10	Ressourcen DGB-Regionen	93
Antrag SO11	Personal- und Finanzausstattung der neuen Region Bremen Elbe-Weser	94
Antrag SO12	Politischer Streik	95

Verzeichnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer	98
---	----

Impressum	102
------------------	-----

1. Eröffnung und Begrüßung

■ Udo Gebhardt, DGB-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt

Moin, Moin und hallo liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren und liebe Gäste,

aus Sachsen-Anhalt, dem Land der Frühaufsteher gekommen, heiße ich euch zu unserer 3. ordentlichen Bezirkskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt auf das Herzlichste willkommen!

Mein erster, mein wichtigster Gruß gilt euch, den Delegierten unserer drei Länder, den Vertretern unserer Gewerkschaften, den Mitgliedern der Betriebs- und Personalräte, den Vertrauensleuten und den Vertretern der Kreis- und Ortsverbände. Ich begrüße alle haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Ihr seid der Bund der Gewerkschaften, ihr seid der DGB.

Wir freuen uns, dass Claus Matecki als Mitglied unseres Geschäftsführenden Bundesvorstandes gekommen ist. Claus, sei herzlich willkommen!

Ein solches Willkommen gilt auch den verdienstvollen Aktiven vergangener Jahre und Jahrzehnte. Ich begrüße nur beispielgebend die ehemaligen DGB-Vorsitzenden Karl Neumann und Heinz-Hermann Witte für Niedersachsen und Dr. Jürgen Weißbach für Sachsen-Anhalt.



Und wir alle begrüßen ganz besonders herzlich unsere Gäste. Ein herzliches Willkommen gilt dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen Christian Wulff. Ein herzliches Willkommen gilt auch dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Kollegen Stephan Weil. Herr Ministerpräsident, Herr Oberbürgermeister, wir freuen uns auf Ihre Grußworte.

Mit gleichem Interesse sehen wir einer Podiumsdiskussion entgegen, zu der wir neben Claus Matecki weitere hochkompetente Gesprächspartner begrüßen dürfen. Es sind dies: Prof. Dr. Rudolf Hickel vom Institut Arbeit und Wirtschaft, unseren Rudi, Dr. Jürgen Peter, Vorstandsvorsitzender der AOK Niedersachsen, Heiger Scholz, Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages sowie Jürgen Gemen, Redakteur von NDR 1 Niedersachsen. Seien Sie herzlich willkommen!

Gleichfalls herzlich willkommen heißen wir die Repräsentanten der politischen Parteien, die – alphabetisch geordnet – Bündnis 90/Die Grünen, die Christlich-Demokratische Union, die LINKE und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertreten.

Für Bündnis 90/Die Grünen begrüßen wir die Landesvorsitzende in Bremen Susan Mittrenga. Für die CDU heißen wir herzlich willkommen ihren Landesvorsitzenden und Vorsitzenden seiner Fraktion im Landtag von Niedersachsen David McAllister sowie Dr. Max Matthiesen, ebenfalls Mitglied des Landtages und Landesvorsitzender der CDA Niedersachsen. Für die

LINKE begrüßen wir beide niedersächsischen Landesvorsitzenden Giesela Brandes-Stegge-wentz und das Mitglied des Bundestages Dr. Diether Dehm. Als Sprecherin bzw. Sprecher des Landesverbandes Bremen begrüße ich herzlichst Cornelia Barth und Dr. Christoph Spehr. Wir freuen uns außerdem, dass für die SPD Wolfgang Jüttner, Vorsitzender seiner Fraktion im Landtag von Niedersachsen, gekommen ist. An seiner Seite können wir begrüßen Markus Brinkmann, Mitglied des niedersächsischen Landtages und Vorsitzender der AfA im SPD-Bezirk Hannover. Kornelia Keune, aus dem Landesvorstand der AfA in Sachsen-Anhalt, unseren DGB-Kollegen Bernd Lange als Mitglied des Europäischen Parlaments und Kollegen Andreas Steppuhn für den SPD-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, zugleich auch Landesvorsitzender der AfA und Mitglied des Bundesvorstandes der IG BAU.

Was wären Gewerkschaften ohne große Arbeit gebende Unternehmen! Wir freuen uns, dass Michael Kieckbusch, Arbeitsdirektor der Salzgitter Flachstahl GmbH, und der Personalvorstand der Salzgitter AG Peter-Jürgen Schneider unserer Einladung gefolgt sind.

Die Kirchen gehören bei gesellschaftspolitischen Themen zu den wichtigen Dialogpartnern der Gewerkschaften. Wir heißen herzlich willkommen Michael Klatt von den kirchlichen Diensten in der Arbeitswelt bei der Landeskirche Hannover sowie Oberkirchenrat Albrecht Steinhäuser, Beauftragter der evangelischen Kirchen in Sachsen-Anhalt bei

Landesregierung und Parlament – und auch bei den Gewerkschaften sowie Vorsitzender der Landesmedienanstalt.

Wir heißen herzlich willkommen Dr. Hans Endl, Hauptgeschäftsführer der Arbeitnehmerkammer Bremen. DGB und Gewerkschaften setzen auf den Erhalt und die Stärkung sozialstaatlicher Institutionen, darum freut es uns, dass wir ebenfalls begrüßen können: Adolf Bauer, Präsident des Sozialverbandes Deutschland sowie Vorsitzender des SoVD Niedersachsen. Der Sozialverband Deutschland ist ein wichtiger und langjähriger Bündnispartner für den DGB. Gleichfalls freuen wir uns über die Anwesenheit von Uwe Deh, Vorstand der AOK Sachsen-Anhalt, Heinzpeter Mühl, Vorstand der AOK Bremen/Bremerhaven, Matthias Richter, Vorstand der IKK Niedersachsen, und Uwe Schröder, Vorstand der IKK plus.

Stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen in der Selbstverwaltung begrüße ich unsere ver.di-Kollegin Marita Rosenow als Vorstandsvorsitzende der Rentenversicherung Oldenburg-Bremen und unseren ver.di-Kollegen Horst Fricke, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover.

Als Vertreter der gewerkschaftsnahen Bildungsträger begrüßen wir Dr. Brigitte Brück, Dietrich Burggraf, Hans-Jürgen Hoffmann, Bernd Rebens, Jürgen Sakschewski und Udo Schmode.

Schließlich, aber nicht minder herzlich, können wir willkommen heißen Olaf Weinel, Geschäftsführer der Verbraucherzentrale Niedersachsen e.V. und Prof. Dr. Gerd Biegel, ehemaliger Direktor des Landesmuseums Braunschweig, der uns bei unserem Projekt „Regionalgeschichte“ tatkräftig unterstützt.

Bedanken möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen an den Info-Ständen. Wir wünschen den Vertretern der Medien eine interessante Berichterstattung.

Liebe Delegierte, zeitgleich mit unserer Konferenz sind eine Großzahl von Kolleginnen und Kollegen unseres DGB-Bezirktes auf dem Weg nach Dresden. Jedes Jahr aufs Neue missbrauchen rechtsextreme Gruppen den Jahrestag der Zerstörung als Aufmarschtag. Vor dem Hintergrund des antifaschistischen Schwurs und der geschichtlichen Erfahrung der Deutschen Gewerkschaftsbewegung ergibt sich unsere Verpflichtung zu Demokratie und Toleranz. Demnach steht auch für uns geschrieben: Gewerkschaften sind nicht vereinbar mit Rechtsextremismus, Gewerkschaften haben die selbst auferlegte Pflicht, sich für Demokratie und Toleranz einzusetzen. Und deshalb wünschen wir unseren Kolleginnen und Kollegen in Dresden viel Erfolg.

Unser Motto hier und heute lautet „Zukunft gerecht gestalten für Freiheit, Toleranz und Solidarität“. Im Namen und Auftrag des DGB-Bezirksvorstandes erkläre ich die



3. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB in Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt für eröffnet.

Bevor ich dem Ministerpräsidenten, Herrn Christian Wulff, das Wort erteile, habe ich noch ein paar allgemeine organisatorische Hinweise: Wir bitten alle Delegierten, die es noch nicht getan haben, bei der Anmeldung vorbeizugehen. Ordentliche Delegierte können dort ihre Anwesenheitskarten gegen die Stimmkarten austauschen. Wenn eine Delegierte oder ein Delegierter aus persönlichen oder beruflichen Gründen frühzeitig die Konferenz verlassen

muss, bitten wir sie/ihn unbedingt darum, die Stimmkarte an der Anmeldung abzugeben!

Des Weiteren möchten wir euch davon in Kenntnis setzen, dass es auf der Konferenz einen Wortmitschnitt (Tonaufzeichnung) gibt, und dass während der Konferenz Fotos gemacht werden, die möglicherweise veröffentlicht werden. Und weiterhin bitte ich euch, eure Handys stumm zu stellen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich darf bitten.

2. Grußworte

■ Christian Wulff, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Sehr geehrter Herr Landesvorsitzender
Gebhardt,
sehr geehrter Herr Bezirksvorsitzender des
Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-
Anhalt, lieber Hartmut Tölle,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
lieber Herr Weil,
meine sehr verehrten Damen und Herren
Abgeordneten,
liebe Delegierte und Gäste,

bei einem Grußwort sollte man sich auf das
Wesentliche konzentrieren. Und das für mich
Wesentliche ist, Sie dafür zu gewinnen, dass
wir die wachsende Bedeutung der Gewerk-
schaften in allen Bereichen unserer Gesell-
schaft gemeinsam herausstellen, und dass Sie
auch spüren, dass das von vielen anerkannt
wird, die das vielleicht früher ein bisschen
anders oder „differenzierter“ gesehen haben.

Ich glaube, dass es eine solche Intensität
der Beziehungen zu den Gewerkschaften
wie in den letzten Monaten so nicht gege-
ben hat. Und dafür gibt es auch eine Reihe
von Belegen. Ich habe mich bemüht bei den

Neujahrsempfängen der Industrie- und Han-
delskammern in Braunschweig, in Hannover
und andernorts darauf hinzuweisen, dass
Betriebsräte gegründet werden mögen, wo es
keine gibt, dass man den Gedanken der sozi-
alen Teilhabe in den Unternehmen neu beleben
möge, dass man die verantwortliche Rolle der
Betriebsräte und der Gewerkschaften neu ein-
schätzen möge.

Wir haben zu Beginn der Wirtschaftskrise einen
gemeinsamen Koordinierungsstab gegründet,
in dem Hartmut Tölle für die Gewerkschaften
intensiv mitwirkt. Wovon man in den Zei-
tungen nichts liest, weil wir da intern arbeiten,
aber wo wir die verschiedenen Ministerien, die
Sparkassen, die Genossenschaftsbanken, die
Privatbanken, das Handwerk, die Industrie und
andere versammelt haben, um zur Bewältigung
der Krise beizutragen.

Und es hat vor wenigen Tagen die Norddeut-
sche Ministerpräsidentenkonferenz gegeben
und wir haben feststellen müssen, dass seit
sage und schreibe 25 Jahren alljährlich sich die
Unternehmensverbände mit den Ministerprä-
sidenten treffen, aber seit 25 Jahren das erste
Mal jetzt auch die beiden DGB-Vorsitzenden
für den DGB Nord und den DGB Niedersach-
sen – Bremen – Sachsen-Anhalt dabei waren,
um gemeinsam über Perspektiven, über Indus-
triepolitik in Norddeutschland und gemein-
same Anliegen zu sprechen. Sowohl in diesem
Koordinierungsstab, wo wir jetzt gerade vor
wenigen Tagen den Chef der Sofin zu Gast hat-
ten, den Chef der KfW, im April den Leiter der



Bundesagentur für Arbeit Herrn Weise zu Gast haben, wird außerordentlich intensiv zusammengewirkt. Und wir sind uns auch in der norddeutschen Konferenz einig geworden, dass Industriepolitik ein wichtiges Thema bleibt und dass dort die Landesregierung und der DGB natürliche Verbündete sind, wenn es um den Ausbau der Häfen, der Infrastruktur oder auch anderer industriepolitischer Anliegen geht, um Arbeitsplätze sicherer zu machen in den nächsten Jahren, was das zentrale Anliegen von Regierungen und Gewerkschaften sein muss.

Wir werden auch sehr genau hinschauen, was Sie im Laufe des Tages beschließen, zu dem nun wirklich wichtigen Motto „Zukunft gerecht gestalten“ und wir werden diese Beschlüsse

aufmerksam auswerten. Deutschland hat diese Krise, die über uns gekommen ist, die allerdings von manchen auch hervorgerufen wurde, von manchen sogar bewusst – hat diese Krise, diese weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise besser gemeistert als so mancher für möglich gehalten hat. Und es haben vor allem die Politik und die Verwaltungen – das wird vor allem ver.di betreffen – der Staat und die Verwaltungen haben besser gearbeitet als in der Öffentlichkeit gemeinhin behauptet wird.

Die Umsetzung der Konjunkturprogramme, die Errichtung der Rettungsschirme, Instrumente wie Kurzarbeit oder die Umwelpremie haben im Zusammenwirken von IG Metall und Politik oder von IG BCE und Politik zu ganz

erfolgreicher Beschäftigungssicherung beigetragen und das Bewusstsein geschärft, dass unsere Stärken größer sind, wenn wir gemeinsam agieren.

Ich glaube, es hat noch nie zuvor so viele Kontakte gegeben zwischen der Regierung und Einzelgewerkschaften wie in den letzten Jahren. Wenn ich an Firmen denke wie H.C. Starck in Goslar, Volkswagen, EDC, ThyssenKrupp Nordseewerke, ASL Lemwerder, Karmann, Premium Aerotec oder jetzt den Einsatz beim A400M für die Airbus-Standorte sehe. Das hat sicher mitgeholfen, dass wir den größten Rückgang unseres Bruttoinlandsprodukts, nämlich von 5 % im letzten Jahr, und den zurückgehenden Welthandel und das zurückgehende Bruttoinlandsprodukt der Welt in einer Weise bewältigt haben, dass es eben nicht zu Massenentlassungen und einer rapide angestiegenen Arbeitslosigkeit gekommen ist.

Im letzten Jahr hatten wir in Niedersachsen die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 16 Jahren. Im Jahr 2008 und in der Krise ist die Arbeitslosigkeit fast nirgendwo so gering gestiegen wie in Niedersachsen, nämlich um 1,4 %, bundesdurchschnittlich um 8,2 % und in Bayern, Baden-Württemberg sogar um 15 bzw. 24 %. Davon sind wir verschont geblieben. Wir haben sogar einen leichten Zuwachs an Beschäftigung. Wenn auch davon viel geringfügige und Teilzeitbeschäftigung, aber wir sind unter den Flächenländern dort Platz eins. Und wir haben im zweiten Jahr in Folge mehr unbesetzte Ausbildungsstellen in Niedersachsen

als unversorgt gebliebene Bewerber. Man muss mit diesen Zahlen vorsichtig umgehen, aber wir haben einen Stand an Ausbildungsverträgen wie 1992. Es ist eine erfreuliche Entwicklung, dass die Industrie sich nicht ihrer Verantwortung entzieht und auch viele im Mittelstand sich der Verantwortung nicht entziehen.

Und es sind gerade die Gewerkschaften, die bei ihren Tarifabschlüssen, flexiblen Tarifverträgen das Thema von Beschäftigungsbrücken, von flexiblen Formen, von Ausbildungsplätzen und Einstellungskorridoren immer wieder zu ihrem zentralen Thema gemacht haben. Das Jahr 2010 wird kein einfaches Jahr, auch das muss man deutlich sagen. Die Industrie braucht einen viel stärkeren Anstieg der Aufträge, als es sich derzeit abzeichnet, aber immerhin steigt der Geschäftsklimaindex, steigen die Wirtschaftsprognosen, steigen die Industrieaufträge. Und die Inflationsrate ist auf dem historisch niedrigsten Stand seit Jahren mit 0,4 %.

Wir wissen aber, dass wir gemeinsam uns etwas einfallen lassen müssen für den Maschinenbau, für die Chemie, für die Automobilindustrie. Wir haben eine Situation, die sich völlig verkehrt hat. Früher hieß es, ihr in der Politik schafft es nicht ausreichend schnell Genehmigungsverfahren abzuschließen, ihr schafft es nicht, ausreichend viele Gewerbeflächen vorzuhalten. Wir haben jetzt die Situation, dass wir den JadeWeserPort bald schneller als geplant fertig haben, aber die Industrie

etwas langsamer dort voran kommen möchte, weil sie sagt, wir haben ja bisherige Häfen noch gar nicht voll ausgelastet und dort die enormen Rückgänge und das wollen wir erstmal bewältigen.

Wir haben heute die Situation, dass wir sagen, ihr könnt die Raffinerie ConocoPhillips in Wilhelmshaven erneuern, ihr habt die Genehmigung, aber die entscheiden nicht, sie zu erneuern. Wir haben die Situation von vielen Standorten für Gaskraftwerke, Kohlekraftwerke, aber die Industrie macht hier eher Rückzieher in der Wirtschafts- und Finanzkrise. Und da kann man sehr schnell erkennen, dass heute die Dinge nicht mehr an der Politik haken, sondern an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und der entsprechenden Bereitschaft, die Investitionen auch zu tätigen.

Deshalb werden wir weiter im Gespräch bleiben müssen über eine Reformierung der Finanzmärkte, über das Vorhandensein bezahlbarer Kredite, auch längerfristiger Kredite für größere Investitionsvorhaben. Die entscheidende Frage in diesem Jahr 2010 wird sein, ob ausreichend stark mit ausreichend zur Verfügung stehenden Krediten in Investitionen gegangen wird, in Ausrüstungsinvestitionen, in neue Anlagen, neue Maschinen. Ich höre von vielen Betriebsräten, dass sie sich an diesem Punkt im Moment die größten Sorgen machen. Dass man einfach einige Jahre noch die Betriebe fortführt, aber nicht genügend in Zukunft investiert und damit langfristig keine Beschäftigung sichern kann. Ich wünsche mir,

dass die Gewerkschaften intensiv einbezogen werden in eine Diskussion über die Neuordnung der Finanzmärkte, dass wir Lehren ziehen aus der Krise, aus dem Wettlauf um die vermeintliche Attraktivität von Finanzplätzen. Da sind Fehler gemacht worden, und zwar schwerwiegende.

Und man wird vieles von Seiten der Bürger nicht mehr akzeptieren – worauf die Gewerkschaften schon frühzeitig hingewiesen haben – dass Verluste sozialisiert werden, auf alle übertragen werden, und Gewinne individualisiert, von Einzelnen vereinnahmt werden. Das ist ein Thema, das ja auch an den Bonuszahlungen diskutiert wird. Prof. Hickel und ich haben darüber vielfach diskutiert. Dass es nicht sein kann, wenn fürs Kommen Boni bezahlt werden, fürs Bleiben Boni bezahlt werden, fürs Gehen Boni bezahlt werden und vielleicht noch fürs schnelle Gehen, damit der Schaden nicht größer wird, besonders hohe Boni bezahlt werden. So etwas werden die Bürger und Bürgerinnen nicht akzeptieren und da haben wir extreme Arbeit zu leisten.

Und ich sage Ihnen, auch das Thema der Konsolidierung der Haushalte, der Investitionen in Zukunft, in Integration, in Bildung und der Entlastung von Bürgern ist noch nicht im Einklang, das ist noch nicht zusammengebracht und dieser Dreiklang aus Entlastung, Konsolidierung und Zukunftsinvestition ist ein Thema, das wir im kommunalen Bereich mehr denn je haben werden, das wir auf Länderebene haben werden auch vor dem Hintergrund der

Schuldenbremse und das wir auch auf der Bundesebene in Berlin ganz erkennbar noch nicht ausreichend angegangen haben.

So bleibt mir in der zur Verfügung stehenden Zeit eines Grußwortes Ihnen zu sagen, dass Sie bei dieser Bezirkskonferenz das zwischen den Zeilen auch in meinem Grußwort Erkennbare in produktive Energie ummünzen. Ich habe Zeiten erlebt, wo die Gewerkschaften unter extremem Druck gestanden haben, unter extremem Begründungszwang gestanden haben, auch unter öffentlichem Druck gestanden haben. Finde ich jedenfalls, wenn ich mir überlege, was man Ihnen als Grußwort als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen mit auf den Weg geben darf. Machen Sie etwas aus dieser Welle der Anerkennung und der Unterstützung, in der Krise sich bewährt zu haben, am Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft mehr als andere gearbeitet zu haben, in Form von sozialer Teilhabe und kooperativem Klima in den Arbeitsbeziehungen.

Es wissen eben heute alle, dass Volkswagen nicht deshalb so erfolgreich ist, weil es da zu viel Mitbestimmung gäbe, sondern weil es die Mitbestimmung gibt. Und dass Volkswagen nicht trotz der Landesbeteiligung erfolgreich ist, sondern wegen der Beteiligung des Landes, und dass ganz entscheidend flexible Tarifverträge dazu beigetragen haben, vor allem auch in der Metall- und Chemieindustrie Beschäftigung zu sichern, und dass wir gerade in den montanmitbestimmten Unternehmen eine besondere Kultur haben. Vielleicht ist es doch

wichtig, wenn ein CDU-Ministerpräsident sagt, dass man auch bei uns überall die Renaissance der Flächentarifverträge spürt und dass man mit einem Mal erkennt, welchen Vorzug ein Flächentarif haben kann und hat gegenüber all den Versuchen, auf diesem Feld andere Formen zu erproben.

Die Kultur des Miteinanders und der Zusammenarbeit auf diesem Feld hat sich gerade bei Volkswagen und Conti gezeigt. Oder auch beim Zusammenwirken in Osnabrück bei der Erhaltung des Automobilstandortes, wo die Betriebsräte vor Ort und die IG Metall vor Ort, aber auch im Zusammenwirken mit den Betriebsräten in Wolfsburg und der IG Metall dort sich eben gezeigt hat, dass man gemeinsam Arbeitsplätze und Standorte sichern kann. Auch im Streit von Familien und Insolvenzverwalter muss eben auch deutlich werden, dass es gelegentlich ganz natürliche Verbündete gibt wie zwischen der Landesregierung und der IG Metall, wo klar ist, dass diesen beiden jedenfalls am meisten daran gelegen ist, dass es möglichst viele Arbeitsplätze gibt – dauerhaft gesichert im Land – und deswegen gab es bei VW in Wolfsburg vor wenigen Tagen auf der Betriebsversammlung in dieser Frage großes Einvernehmen.

Es muss eben Sache der Regierenden sein und es muss Sache der Gewerkschaften und der Betriebsräte sein, dass man dafür sorgt, dass nicht nur wir hier Arbeit haben und Arbeit behalten, sondern dass auch kommende Generationen von Niedersachsen oder Bremern oder

Sachsen-Anhaltinern in ihren Ländern Arbeit behalten und Arbeit finden. Und das ist diese natürliche Verbundenheit.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie bei den Betriebsratswahlen von März bis Mai hohe Wahlbeteiligung erreichen als besonderes Zeichen der Sozialpartnerschaft und gelebter Arbeit und Unterschätzung von Betriebsräten und dass das dann auch Ausdruck der Wertschätzung Ihrer Mitglieder und Ihrer Beschäftigten in den Betrieben ist, wünsche Ihnen einen lebhaften spannenden Kongress, kluge Entscheidungen bei den anstehenden Wahlen und biete mit meinem Grußwort die Bereitschaft an, dass wir aus dem, was ich hier geschildert habe noch mehr machen in dem Wissen, dass wir nicht deckungsgleich sind, das wäre auch für Sie komisch und das wäre auch für uns ungewöhnlich, aber dass man in dieser Zeit der Krise erkennt, dass es eine ganze Menge Punkte gibt, wo wir zusammengerückt sind. Das finde ich doch ein wichtiges Signal in ansonsten so kühlen und verschneiten Zeiten. Und insofern wünsche ich Ihnen einen tollen Kongress, vielen Dank.

■ **Stephan Weil, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover**

Lieber Herr Ministerpräsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
guten Morgen erstmal,

herzlich willkommen in Hannover zu eurer Landesbezirkskonferenz.

Hannover und die Gewerkschaften – das ist schon eine ganz besondere Geschichte. Das ist die Geschichte einer ganz alten Freundschaft. Eine der Vorläuferorganisationen der IG BCE, der Verband der Fabrikarbeiter, ist in Hannover gegründet worden und Otto Brenner hat nach dem 2. Weltkrieg von hier aus die IG Metall ganz maßgeblich mit beeinflusst.

Diese ganz besondere Geschichte, die sehen wir jedes Jahr aufs Neue, wenn bei uns auf dem Klagesmarkt am 1. Mai ein wirklich großes Volksfest stattfindet. Ich behaupte, das ist die schönste Maikundgebung, die es in Deutschland gibt. Soll mir mal jemand das Gegenteil beweisen. Wir haben gerade in diesem Jahr mit einer wirklich eindrucksvollen Kundgebung gegen Nazis, die zum gleichen Zeitpunkt in Hannover demonstrieren wollten, gezeigt, dass Hannover eine bis auf die Knochen demokratische Stadt ist. Ich will auch ausdrücklich noch mal hervorheben – weil er hier ist – dass unser DGB-Kreisvorsitzender Sebastian Wertmüller an dieser Arbeit einen ganz großen Anteil hat. Herzlichen Dank für diese gute Zusammenarbeit.

Und diese enge Verbindung, die lässt sich bis in die Spitzen der Gewerkschaften hinein nachvollziehen. Zum Beispiel kommen Gewerkschaftsvorsitzende entweder als Bürger Hannovers in ihr Amt, wie das bei Michael Vassiliadis von der IG BCE der Fall ist, oder sie werden von der Stadt Hannover an die Spitze ihrer Organisation geschickt wie das bei Frank Bsirske der Fall ist. Der war vorher Personaldezernent, der hat bei uns sein Handwerk gelernt. Das war der Versuch, bei ver.di zu punkten, Hartmut. Oder zumindest ehemalige Vorsitzende wie Jürgen Peters von der IG Metall kommen aus Hannover. Also ihr seht, ihr seid hier zu Gast bei Freunden. Herzlich willkommen zuhause, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ihr haltet heute eure dritte Bezirkskonferenz ab. Die zweite liegt schon ein paar Jahre zurück. Damals war die Welt auch nicht in Ordnung, aber sie war vielleicht deutlich weniger in Unordnung, als das heute der Fall ist. Heute findet diese Konferenz statt inmitten der tiefsten Wirtschaftskrise, die dieses Land seit Jahrzehnten hatte, inmitten einer Weltwirtschafts- und Finanzkrise, die noch lange, lange nicht vorbei ist. Und dann, finde ich, ist es auch der richtige Zeitpunkt dafür, sich über einige Lehren zu verständigen, die wir aus dieser Krise miteinander ziehen sollten.

Es ist schon gesagt worden: Es ist auffällig, dass es der Bundesrepublik Deutschland vergleichsweise besser gelungen ist, soziale Verwerfungen durch den Kollaps des



Casino-Kapitalismus zu vermeiden, als das in anderen Ländern zu beobachten ist. Warum? Weil wir uns dafür entschieden haben, dass es ein aktiver Staat sein muss in Deutschland. Weil beispielsweise durch die Regelung zur Kurzarbeit, die Olaf Scholz durchgesetzt hat, ein ganz wesentlicher Beitrag dazu geleistet worden ist, eine Welle von Massenentlassungen aus den Betrieben heraus zu vermeiden. Und ich finde, das muss uns in der Tat eine Lehre sein.

Die Frage der Handlungsfähigkeit des Staates, das ist eine, die tatsächlich über Wohl und Wehe unserer Gesellschaft und unserer Zukunft entscheiden kann. Das ist mindestens bis hierher ganz gut gelungen, was die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt angeht [...]

Größere Sorgen mache ich mir und machen sich viele andere Menschen um ein anderes Thema, das erst langsam ins Bewusstsein kommt. Nämlich die Frage, ob denn dieser Staat durch die finanziellen Auswirkungen der Krise so in der Lage sein wird, seine Aufgaben weiterhin wahrzunehmen, wie wir alle das dringend benötigen. Wenn ihr mögt, dann mach ich mal jetzt hier zur allgemeinen Auflockerung ein kleines Samstags-Quiz. Ich sage Euch vier Zahlen und ihr sagt mir, was sie bedeuten: 60, 1500, 500, 4. Was ist das? Das sind nicht die Lottozahlen der Ziehung heute Abend. Nein, das sind die Kernzahlen der offiziellen Finanzplanung der öffentlichen Hände in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2013. In 60 Jahren haben die öffentlichen

Hände 1.500 Milliarden Euro Schulden gemacht. Da kann man drüber streiten, ist das zuviel, ist das zu wenig, es ist nun mal eben so. Aber in vier Jahren bis 2013 sollen 500 Milliarden Euro oben drauf kommen. Das heißt in vier Jahren ein Drittel dessen, wofür man vorher 60 Jahre gebraucht hatte. Das machen sich die Wenigsten klar. Das ist Gegenstand einer offiziellen Finanzplanung des Bundes, der Länder, der Sozialkassen. Und das ist keine Theorie.

Wir sehen das in den Kommunen sehr deutlich. Die deutschen Städte und Gemeinden stehen wirklich vor einem finanzpolitischen Scherbenhaufen. Wir haben weiß Gott schon schlimme Zeiten erlebt. Ich war 10 Jahre lang Stadtkämmerer, ich könnte da manches darüber berichten, aber so etwas wie jetzt haben wir noch nicht erlebt. Über 12 Milliarden Haushaltsdefizite und das alles auf einer abschüssigen Bahn nach unten. So dass man wirklich sich darüber im Klaren sein muss, wenn das so weitergeht, dann ist die soziale Infrastruktur in den Städten und Gemeinden in der Tat gefährdet und das zu einem Zeitpunkt, wo doch jeder von uns sieht, dass gleichzeitig der Investitionsbedarf im sozialen Bereich nicht geringer, sondern größer wird.

Ich sage euch das mal an einem Beispiel aus Hannover. Annähernd 50 % aller Kinder und Jugendlichen in Hannover haben einen Migrationshintergrund. Das ist übrigens unter den Großstädten noch einigermaßen gelinde. Mein Mannheimer Kollege hat mir kürzlich gesagt, er schreitet wacker auf die 60 % zu. Nun weiß

jeder, was das heißt. Ob es uns gelingt, die Talente dieser jungen Menschen voll zur Entfaltung zu bringen, das entscheidet nicht nur über deren individuellen Lebensweg, das entscheidet über den Erfolg unserer Gesellschaft. Macht euch das mal klar. Die Hälfte eines Jahrgangs, die Hälfte einer ganzen Altersgruppe. Und es weiß auch jeder, dass zum Beispiel an diesem Punkt bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen wir weiß Gott uns nicht auf die Schulter klopfen können und sagen können, es ist alles getan. Nein, jeder von uns weiß, da besteht hoher und da besteht wachsender Förderungsbedarf.

Und vor diesem Hintergrund, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir uns allergrößte Sorgen machen, wie das denn zusammenpassen soll: der objektiv bestehende Bedarf nach öffentlichen Initiativen – gerade zu Gunsten von jungen Menschen – und gleichzeitig die Erosion der finanziellen Handlungsfähigkeit. Und ich gebe offen zu, vor diesem Hintergrund fehlt mir jedes Verständnis dafür, dass über Steuer-senkungen diskutiert wird. Ich finde, da sind einige finanzpolitische Geisterfahrer unterwegs und wir sollten gemeinsam dafür sorgen, dass sie ihr Ziel nicht erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hab das nur als ein Beispiel gesagt, weil ich mich natürlich ebenfalls an den knappen Rahmen eines Grußwortes halten möchte. Aber es gibt einen gemeinsamen Nenner, den man insgesamt sagen kann und das ist eine ganz alte Binsenweisheit: Nur die Starken können sich einen schwachen Staat erlauben, nur die Reichen können sich einen armen Staat erlauben. Das, Kolleginnen und Kollegen, ist etwas, was wir in der nächsten Zeit gemeinsam thematisieren müssen. Nicht nur wegen der Stadtkassen oder wegen dem Schielen auf Wahlergebnisse, sondern in erster Linie – nach meiner festen Überzeugung – weil es darum geht, welchen Kurs diese Gesellschaft einschlagen soll. Und dafür benötigen wir die Gewerkschaften als Motoren des gesellschaftlichen Fortschritts unverändert in Hannover, in Niedersachsen, in der Bundesrepublik. Und vor diesem Hintergrund wünsche ich euch allen von Herzen viel Erfolg bei eurer Konferenz, genießt den Tag in Hannover und kommt schnell wieder.

Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit.

3. Konstituierung

Unter Leitung von Udo Gebhardt findet die Konstituierung der Bezirkskonferenz statt.

a) Beschluss über die Tagesordnung

Die auf den Tischen ausliegende neue Tagesordnung für die Bezirkskonferenz wird einstimmig beschlossen.

b) Wahl des Präsidiums

Vom DGB-Bezirksvorstand zur Wahl des Präsidiums vorgeschlagen sind Eckhard Stoermer (IG BAU), Pia Pachauer (IG Metall), Manuela Pretzien (NGG), Jana Herzog (GdP), Alfred Schäfftlein (ver.di), Hartmut Tölle (DGB), Udo Gebhardt (DGB).

Das Präsidium für die Bezirkskonferenz wird einstimmig bestätigt.

c) Beschluss über die Geschäfts- und Wahlordnung

Die Geschäfts- und Wahlordnung wird einstimmig beschlossen. Udo Gebhardt weist darauf hin, dass gemäß Ziffer 4 der beschlossenen Geschäfts- und Wahlordnung Initiativanträge bis spätestens 12.00 Uhr beim Präsidium abzugeben sind.

d) Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Vom DGB-Bezirksvorstand für diese Kommission vorgeschlagen sind Gero Lüers (IG BAU), Wilhelm Brake (IG BCE), Silke Beu (GEW), Tanja Stoll (IG Metall), Birgit Bierle (NGG), Maria Lücke (ver.di). Die Mandats- und Wahlkommission wird einstimmig bestätigt.



e) Bestätigung der Antragsberatungskommission

Die Antragsberatungskommission wurde auf Beschluss des Bezirksvorstandes eingesetzt und hat bereits gearbeitet. In dieser Kommission sind auf Beschluss des DGB-Bezirksvorstandes tätig Stefan Deeters (IG BAU), Jürgen Scharna (IG BCE), Rüdiger Heitefaut (GEW), Thomas Müller (IG Metall) Frank Heine (NGG), Bernhard Witthaut (GdP), Sven Hitz (transnet). Da Carsten Schlepper (ver.di) erkrankt ist, wurde Jürgen Hohmann (ver.di) nachgemeldet. Die Antragsberatungskommission wird einstimmig bestätigt.

f) Wahl der Schriftführerin/ des Schriftführers

Tina Kolbeck (DGB) und Bernhard Becker (DGB) sind vom DGB-Bezirksvorstand für diese Aufgabe vorgeschlagen und werden einstimmig gewählt.

4. Auszüge aus dem Referat „Zukunft gerecht gestalten“

■ Prof. Dr. Rudolf Hickel

Schönen guten Morgen liebe Kolleginnen und liebe Kollegen,
meine Damen und Herren,

[...] Offensichtlich [...] (ist) man plötzlich dabei, die Gewerkschaften zu entdecken in der Lösung der Krise. Und viele Beispiele gibt es ja, die [...] dafür sprechen, dass in der Krise [...] zum Teil ein richtiges Bündnis eingegangen worden ist. Aber meine große Bitte ist: die Gewerkschaften in ihrer so produktiven Funktion nicht nur zur Kenntnis zu nehmen und in der Krise zu loben. Entscheidend wird es sein, wenn wir aus der Krise raus sind, wenn auf den Finanzmärkten wieder neu im Sinne des „business as usual“ die großen Profiteure gefahren werden, wenn nichts an Regulierung passiert ist, wenn sich sozusagen die nächste Krise anbahnt, dass wir in der Phase der Prosperität begreifen, dass dann auch Gewerkschaften gebraucht werden.

[...]

Keiner wird [...] bestreiten, dass die Kommunen in einer derartigen miserablen Kassensituation



sind, [...] weil wir uns eine abenteuerliche Steuersenkungspolitik zu Lasten der Kommunen erlaubt haben. Und [...] dass diese Steuerpolitik [...] zum Finanzierungsdefizit von 12 Milliarden in diesem Jahr führt, was die Kommunen nie gehabt haben.

[...]

Es ist ein neuer Typ von Krise, nämlich eine Doppelkrise. Wir sagen alle [...] Wirtschafts- UND Finanzmarktkrise und es ist richtig. Wir haben es sozusagen mit der Überlagerung von zwei Krisentypen zu tun. Erstens haben wir eine klassische Wirtschaftskrise, das hat sich früh abgezeichnet. Eine ganz wesentliche Lehre aus der Wirtschaftskrise ist, dass wir

Lohnpolitik machen, die nicht dazu beiträgt, weiter die aggressive Exportorientierung auszubauen auf der einen Seite, um auf der anderen Seite die Binnenwirtschaft zu vernachlässigen. Die Gewerkschaften sind oft gelobt worden für eine moderate Lohnpolitik. Die war in der Tat für die Exportwirtschaft und für die internationale Konkurrenzfähigkeit gut. Deutschland ist in den Lohnstückkosten deutlich zurückgegangen. Auf der anderen Seite ist aber dafür ein Preis bezahlt worden. Und der Preis ist der, dass die Binnenwirtschaft sich schwach entwickelt hat. Wir müssen [...] auch in der Tarifpolitik dahin zurück, da wo Wertschöpfung stattfindet, dort wo die Menschen die Wertschöpfung erstellen, dort muss auch die binnenwirtschaftliche Konjunktur gestärkt

werden. Das ist eine ganz wichtige Lehre, die wir insgesamt draus ziehen sollten. [...] Das Zweite ist [...] die Finanzmarktkrise. Was sich da abgespielt hat, [...] zeigt, dass wir einen dringenden Regulierungsbedarf haben. [...] Wenn wir nicht zu strengen Regulierungen kommen, wenn wir nicht zur Trennung von Spekulationsgeschäft von Banken gegenüber dem Normalgeschäft kommen, so wie es Obama jetzt vorschlägt, im Sinne des alten Glass-Steagall Act von 1933, wenn wir dazu nicht kommen, dann sitzen wir in vier Jahren wieder hier und diskutieren wieder unter dem Regime einer neuen Finanzmarktkrise, weil sich ja bereits die nächste Blase andeutet und das Ganze zum Explodieren kommt. [...] Wir beobachten schon seit den 1980er Jahren eine Fehlentwicklung, [...] nämlich dass die Finanzmärkte immer mächtiger, immer größer werden, dass die Finanzkonzerne immer mehr die Herrschaft übernehmen über die Produktionswirtschaft. Wir haben hier im Land Niedersachsen und in den anderen Ländern ähnliche Erfahrungen und Bremen und natürlich auch Sachsen-Anhalt. [...]

Und dann sind sogenannte Finanzinnovationen erfunden worden. Wir waren da auch ein bisschen anfällig, so 2003, wer wird schon etwas gegen Innovation haben? Heute erweisen sich die Finanzinnovationen als totaler Finanzschrott. Oder toxische Produkte. [...] Es sind im Grunde genommen richtig neue Finanzmarktprodukte entwickelt worden, mit denen versucht worden ist, ganz hohe Profite zu erzielen. [...] Keiner wusste am Ende mehr,

wenn es die Landesbank Sachsen gekauft hat, was in dem Produkt drinsteckt. Und dann sind da kreditfinanzierte Geschäfte, die immer mehr die Basis zur Wertschöpfung verloren haben und deshalb ist die Blase geplatzt. [...]

Ich habe mit der Weltwirtschaftskrise verglichen und da fällt etwas auf und das finde ich sehr angenehm – auch für uns alle. Der Absturz war extrem kurz. Wir haben im Grunde ein Jahr Einbruch. Im letzten Sommer ging es schon wieder allmählich nach oben. Die Wirtschaftskrise ging über vier Jahre. Zweimal hintereinander minus 7 %. [...] Das kommt daher, dass gleichsam über Nacht die gesamte neoliberale Ideologie, die massiven Vorbehalte gegenüber dem Staat zurückgestellt worden sind, dass der Staat aktiv geworden ist. Und zwar auf zwei Ebenen: Die Geldpolitik international und die Finanzpolitik. Als die Gewerkschaften, die IG Metall, ver.di und viele andere ganz tolle Konzepte vorgelegt haben für ein Konjunkturprogramm bzw. Zukunftsinvestitionsprogramm. [...]

Zusammengefasst ist das Gegensteuern wichtig [...]. Und da sind wir mitten in der Politik mit wichtigen politischen Forderungen, was die politische Zukunftsgestaltung betrifft. Nämlich: wir werden in diesem Jahr kein L haben. Also keine langfristige Stagnation. Wir werden [...] aber auch keine V-Bewegung haben. Das heißt, dass ganz schnell wieder ein selbsttragender Aufschwung zustande kommt. Wer behauptet, wir seien zurzeit auf einem Pfad des sich selbsttragenden Aufschwungs, der redet

gnadenlosen Unfug. Wir werden es mit einer Wellblechkonjunktur zu tun haben, auf einem relativ niedrigen Niveau. Mal 1 %, mal 2 % – wird es hin und her schwanken. [...]

Es ist wichtig, dass wir jetzt nicht eine Exit-Strategie fahren. Es wird intensiv diskutiert, in der EU, weltweit, aber auch in Deutschland. Exit-Strategie heißt, die Konjunktur läuft wieder einigermaßen, wir ziehen uns zurück. Die Risiken sind zu groß. Drei Risiken will ich nennen. Das erste Risiko ist in der Tat ein drohender Arbeitsplatzabbau, weil die Unternehmen dabei sind, umzustrukturieren. [...] Das zweite große Risiko ist die Kreditklemme. Da gibt es eine lange Debatte, ob es sie gibt und wie sie aussieht. Eins ist klar: dass in Folge auch der Finanzmarktkrise die Banken dabei sind, erheblich restriktiver Kredite zu vergeben. Und das dritte Risiko ist entscheidend. Kriegen wir in diesem Jahr eine Umverteilungspolitik hin, die auch wirklich den privaten Konsum, die Massenkaufkraft stärkt? Wenn das nicht passiert, dann wird der Konsum weiter vor sich hin stagnieren. Das tut er seit 2003. [...]

Die Große Koalition [...] verdient wirklich in zwei, drei Punkten ein Kompliment. Die beste Tat fand ich immer noch die am 5. Oktober 2008 vor der Kamera. Da haben alle Angst gehabt, ich auch, dass es am nächsten Tag einen Run auf die Konten gibt, dass wir einen Bankenfeiertag kriegen, dass das ganze System zusammenbricht. [...] Aber die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister Steinbrück stellen sich hin und erklären vor laufenden

Kameras: Alle Einlagen sind gesichert. [...] Die Erklärung: „wir lassen das nicht zu“ war wirklich gut. Das zweite ist die Auflage von Konjunkturprogrammen. Da war relativ viel Mist drin. Aber es waren auch sehr gute Maßnahmen gerade für die Kommunen, was die Zukunftsinvestitionen betrifft. Das dritte war die Bankenrettung. [...]

Die Politik von heute steht unter folgendem Problem: Ich glaube, die Bundesregierung ist in ihrem Ansatz gespalten. Ein Flügel [sagt], das steht auch im Koalitionsvertrag, der Staat muss gestärkt werden. Wir brauchen eine pragmatische Finanzpolitik. Und ich sage, dass jetzt die Bundesregierung beschlossen hat, das Parlament auch, 86 Milliarden an Neuverschuldung aufzunehmen ist richtig, weil es die krisenbedingten Steuerausfälle von 14 Milliarden und 20 Milliarden krisenbedingte Mehrausgaben auffängt und ich sage auch bitte an die Opposition und andere Parteien: ihr würdet es genauso machen. Seid nicht so kleinmütig. Es ist konjunkturell die richtige Maßnahme, nur wir würden dazu sagen, man muss es viel intensiver und längerfristig stabilisieren. Dem steht gegenüber eine massive Steuersenkungspolitik und ich kann nur sagen: dieser neo-liberale Spuk, der da vollzogen wird, [...] dem müssen wir entgegen schreiten. Denn eine Ideologie, eine Unterstellung, eine Behauptung erweist sich als überhaupt nicht vollziehbar. Das ist die sog. Selbstfinanzierungsideologie, die sog. Lever-curve. [...]

Die sozial-liberale Koalition ist für mich der beste Beweis, dass die Politik schief geht. Wir haben Anfang 2001/2002 irrsinnige Steuersenkungen gehabt. Bei der Körperschaftssteuer hat es keine Selbstfinanzierung gegeben. Die Böckler Stiftung hat ausgerechnet: 1/3 der Neuverschuldung dieser Jahre ist zurückzuführen auf die Steuersenkungspolitik. Und wenn heute die Kommunen unter der Last mangelnder Steuereinnahmen leiden, dann ist das auch nur eine Folge der Politik. Wir sollten dies kritisch feststellen und nicht daran festhalten und sagen, diese Steuersenkungspolitik dürfen wir nicht machen. [...]

Die Senatorin in Bremen, Karoline Linnert, die ich sehr schätze, die hat das folgendermaßen formuliert: Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entpuppt sich am Ende als ein Schuldenbeschleunigungsgesetz. Meine Sorge ist, und das ist eine Aufgabe für uns, für die Gewerkschaften und für alle, auch für die Medien, dass in diesem Paradigmenstreit – einerseits pragmatische Finanzpolitik, andererseits Steuersenkungspolitik –, dass da die faulsten und dümmsten Kompromisse rauskommen. Und die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für die Hotellerie ist der Beweis einer Kompromissbildung, die faul ist, ökonomisch nicht begründet, die ein Steuergeschenk darstellt, die eine Klientelpolitik ist. Und wenn das künftig die Kompromisse sind aus dem spannenden Widerspruch der Politik, dann kann ich nur sagen: frühzeitig beim Namen nennen und frühzeitig auch dagegen vorgehen.

Wir [...] müssen eine eigene Zukunft gestalten. Wir müssen darüber einen Dialog führen und dazu gehören zwei Erkenntnisse: Die Erste ist nicht formuliert. Ich sage sie noch mal deutlich: [...] Eine Lehre aus dieser tiefen Krise ist: eine Rückkehr zum Neoliberalismus darf es nicht geben. Das Zweite ist, Politik und Ökonomie müssen neu adjustiert werden. Das ist ein Wahnsinn, die Hegemonie der Ökonomie, vor allem die hochkonzentrierte, kapitalistische Ökonomie gegenüber der Politik durchzusetzen. [...] Es geht bei dem Konzept der Zukunftsgestaltung [...] darum, die Krankheit fundamental zu halten und gleichzeitig Leistungsfähigkeit und Freiheit herzustellen. Und Freiheit – und das ist der Fehler des Wirtschaftsliberalismus, das ist der schwere Irrtum der FDP – [...] ist ein ganz wichtiges Prinzip, eine Emanzipation für viele Menschen. Sie wird nicht hergestellt durch die Reduktion individueller Gewinnmaximierung, sondern zur Freiheit, zur besseren Lebensgestaltung gehört heute, das muss man mutig sagen, das ist der Sinn des Tarifvertragssystems, dazu gehört heute der kollektive Schutz. [...] Wir brauchen dringend [...] eine Debatte über die Reregulierung der Arbeitsmärkte. Alles, was da an Regulierung abgebaut worden ist, etwa bei der Leiharbeit, hat im Grunde genommen zu Fehlentwicklungen geführt und hier muss man den Mut haben zur Reregulierung. [...]

Wir haben kein Lohnanpassungsproblem oder ein Lohnabstandsproblem, sondern wir haben ein Existenzminimumsunterschreitungsproblem im Niedriglohnssektor. Das kann ich doch nicht

damit bekämpfen, dass ich die Hartz IV-Sätze absenke. Das kann ich nur damit bekämpfen, dass ich dieses Lohndumping endgültig zu Ende bringe. Und da gibt es nur eine Antwort, die auch eine Stärkung für Gewerkschaften und Tarifpolitik ist, weil man dann bessere Verhandlungsfähigkeit bekommt. Da gibt es nur eine klare Antwort der Mindestlöhne. Das ist die gesetzliche Vorgabe, damit der Abbruch nach unten insgesamt vermieden wird. [...]

In dieser schweren Krise tarifpolitische Orientierung zu finden, ist unglaublich schwierig und ist eine unglaubliche Herausforderung und deshalb bin ich der Meinung, dass wir da intensiv diskutieren werden. Wir dürfen aber nicht zulassen – und das ist leider passiert – dass unterschiedliche strategische Vorgehensweisen aus dem jeweiligen Bereich der Beschäftigung und der Arbeit heraus unterschiedlich ausfallen. Nämlich die IG Metall-Tarifpolitik auf der einen Seite, die ver.di-Tarifpolitik auf der anderen Seite, dass die gegeneinander ausgespielt werden. Am Ende kommt raus, dass sich die tarifpolitische Situation der IG Metall genauso schwächt wie die von ver.di. [...]

Wir können nicht stehenbleiben bei der Forderung: keine weiteren Steuersenkungen. Sondern wir brauchen dringend einen Umbau des Steuersystems in mehr Steuergerechtigkeit, wir brauchen auch Steuererhöhungen. Beispielsweise leuchtet mir nicht ein, warum die Vermögenssteuer nicht eingeführt wird, die insgesamt machbar und sinnvoll ist. Mir leuchtet nicht ein, dass im sog.

Wachstumsbeschleunigungsgesetz die unmittelbare Generation der Erbbenden noch entlastet wird durch einen niedrigen Steuersatz, Reform der Erbschaft und Schenkungssteuer. Und schließlich, was wir auch noch brauchen, ist eine Finanztransaktionssteuer [...].

Deshalb sage ich jetzt schon voraus, dass 2020 viele Ministerpräsidenten sich in der Not der Verfassungsfeindschaft befinden werden, weil sie einen Verfassungsgrundsatz, der ökonomisch unsinnig ist, nicht einhalten können. Das ist eine mechanistische Beschränkung von Politik und deshalb ist [die Schuldenbremse] eine ganz große Fehlentscheidung.

Schließlich – auch mit Blick auf die Kommunen – brauchen [wir] einen Schwerpunkt, wir brauchen ein kommunales Sofortprogramm, die Memoranden-Gruppe hat auch Vorschläge gemacht, weil die Not der Kommunen maßgeblich durch eine falsche Steuerpolitik hervorgerufen worden ist und weil sie hervorgerufen worden ist vor allem durch eine Kommunalisierung der sozialen Krisenkosten. [...]

Ihr seht, an der Zukunft zu bauen, die Zukunft zu gestalten, heißt überhaupt erstmal aus der tiefen Krise des Kapitalismus zu lernen und es lohnt sich darüber nachzudenken [...].

5. Podiumsdiskussion

Unter der Moderation von Jürgen Gemen (NDR) diskutierten Dr. Jürgen Peter (Vorstandsvorsitzender der AOK Niedersachsen), Claus Matecki (Mitglied des DGB-Bundesvorstandes), Heiger Scholz (Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages) und Prof. Dr. Rudolf Hickel von der Universität Bremen über sozial- und wirtschaftspolitische Fragen. Als knappe Zusammenfassung ist hier die Schlussrunde wiedergegeben.

Dr. Jürgen Peter (Vorstandsvorsitzender AOK Niedersachsen) trifft den bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer im Zug und dieser erzählt vom „solidarischen, sozialen Gesundheitssystem“:

„Er nützt uns! Er soll weiter so rhetorisch brillant gegen die Zusatzbeiträge argumentieren. Der CSU ist es zu danken, dass sie in der neuen Koalition den Solidaritätsgedanken im Finanzierungssystem im Groben aufrecht erhält. Er soll darauf achten, dass in der Finanzierung auch der Risikostrukturausgleich nach Krankheiten erhalten bleibt, denn das ist gerecht.“

Claus Matecki (Mitglied DGB-Bundesvorstand) trifft Joseph Ackermann im Zug und spricht mit ihm über die Finanzkrise. Ackermann ist immer noch der Meinung, das Finanzsystem sei prinzipiell in Ordnung:



„Dieses Casino ist nie geschlossen gewesen, sie haben die Öffnungszeiten geändert und neue Chips ausgegeben und das Ganze geht so weiter. Es ist notwendig, die Finanzmärkte an die Kette zu nehmen. Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer. Wir brauchen für die Bundesrepublik eine Börsenumsatzsteuer. Wir müssen gucken, dass Finanzmarktprodukte einem Finanzmarkt-TÜV unterzogen werden. Wir müssen gucken, dass bestimmte Produkte auch gar nicht mehr auf den Markt kommen. Notwendig ist, dass die Krisenlasten nicht auf den Rücken der Menschen ausgetragen werden. Wenn das alles so richtig ist, dass privat vor Staat gehen muss, dann hätte man auch den Banken sagen müssen, dass sie privat dafür sorgen müssen, dass diese Finanzkrise von ihnen ausgetragen wird.“

Heiger Scholz (Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages) trifft den Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble: „Herr Minister, es ist einfach so, dass wir mit den Einnahmen, die wir haben, nicht zurecht kommen. Kümmern Sie sich darum, dass die Staatsquote steigt!“

Prof. Dr. Rudolf Hickel (Universität Bremen) trifft Frank Bsirske im Zug: „Ver.di – wie der Tarifkonflikt zeigt – braucht viel mehr, auch die Solidarität der anderen Gewerkschaften.“

6. Geschäfts- und Kassenbericht

■ Hartmut Tölle, Vorsitzender DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Wir alle wissen, dass wir Gewerkschaften die Interessen unserer Mitglieder wahrzunehmen haben. Dafür zahlen sie jeden Monat ihren Beitrag. Unsere Mitglieder erwarten klare und eindeutige Stellungnahmen zu gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Sie erwarten beteiligungs- und handlungsorientierte Strategien zur Wahrung ihrer Interessen.

In Betrieben mit einem hohen Organisationsgrad haben wir starke Vertrauensleute, Betriebs- und Personalräte. Wir sind in der Lage, gute Tarifverträge durchzusetzen. Aber auch unter schwierigen Bedingungen sind wir handlungsfähig. In den KITAS oder beim Gebäudereinigungshandwerk haben ver.di und IG BAU dies bewiesen.

Auch die laufenden Tarifverhandlungen in der Chemischen Industrie, in der Metallindustrie oder im Bereich des Öffentlichen Dienstes werden wir erfolgreich abschließen. Davon bin ich überzeugt.

Die Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass der von neoliberalen Kräften totgesagte Flächentarifvertrag unverzichtbar ist. Arbeitszeitkonten haben Tausende von Beschäftigten vor Entlassung geschützt, dies haben auch Unternehmer und Politiker anerkannt.

Hochqualifizierte, aber komplett ohne ethische Werte agierende Zocker in den Banken haben die Finanzkrise verursacht. Ohne Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit hätten wir längst eine Beschäftigungskatastrophe. Die Beschäftigten wissen, dass ohne Mitbestimmung und Tarifverträge der Profitgier der Manager keine Grenzen gesetzt wären.

Die Beschäftigten wissen, dass sie sich auf ihre Gewerkschaften verlassen können. Deshalb werden wir bei den Betriebsratswahlen hervorragende Ergebnisse erzielen, da bin ich mir sicher.

Andererseits sind wir in vielen Branchen kaum noch aus eigener Kraft handlungsfähig. Die rot-grüne Koalition hat Rahmenbedingungen geschaffen, die heute von Schwarz-Gelb genutzt werden, um uns weiter in die Defensive zu drängen.

- Prekäre Arbeitsbedingungen prägen den Alltag von Millionen von Beschäftigten.
- Leiharbeit frisst sich wie Säure in die Kernebelegschaften.
- Unfaire Vergabebedingungen behindern den Wettbewerb, sie ruinieren Handwerksbetriebe mit Tausenden von Beschäftigten.

- Die Arbeitsbedingungen bei Post und Bahn werden zügellosen Profitinteressen zum Fraß vorgeworfen.
- In Supermärkten, Hotels und Gaststätten ist das Normalarbeitsverhältnis mittlerweile die Ausnahme, Minijobs mit Armutslöhnen sind die Regel.
- Und als ob das immer noch nicht reichen würde, entwickeln sich Unternehmen wie Schlecker, Lidl oder Kik zu rechtsfreien Zonen, die der Sklaverei immer ähnlicher werden.
- Die sogenannten Hartz IV-Reformen verbreiten Existenzängste bei den Beschäftigten.
- Wer unverschuldet den Arbeitsplatz verliert, findet sich nach kurzer Zeit, staatlich ausgeplündert, in bitterer Armut wieder.

Dies alles zeigt: Der neoliberale Zeitgeist kennt keine Ethik und keine Moral. Diesem Zeitgeist müssen wir dringend Einhalt gebieten!

Wir wissen, nur Reiche brauchen einen armen Staat, damit sie noch reicher werden. Wir hingegen wollen einen Sozialstaat, der wirkungsvoll handeln kann.

Bund, Länder und Kommunen brauchen deshalb ausreichend Einnahmen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Unser Steuersystem ist nicht nur kompliziert, es ist auch höchst ungerecht. Die Reichen sind durch die letzten sogenannten Steuerreformen noch reicher geworden. Die Beschäftigten

sind der Packesel, dem die Politik immer mehr Lasten aufbürdet.

Aber die Politik hat nicht nur unsere Einkommen geschröpft. Sie hat auch bewusst die Staatsfinanzen ruiniert, um neoliberalen Heilslehren gerecht zu werden.

- Privatisierung und Personalabbau um jeden Preis,
- Lohndrückerei bei den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes,
- eine marode Infrastruktur in Bildung und Wissenschaft
- und das Schleifen der Sozialversorgungssysteme waren die Folge.

Hartz IV, Rente mit 67, Studiengebühren, ein selektives Bildungssystem und Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung – das ist die Medizin der neoliberalen Quacksalber, mit der das kranke Deutschland gesunden soll.

Aber wir haben auch erlebt, dass diejenigen, die den Staat verteufelt haben, in der Bankenkrise die ersten waren, die die Hand aufhielten. Alles, was diese aus Gier und mit krimineller Energie verzockt hatten, war auf einmal systemrelevant. Der Staat hat mit über 500 Mrd. Euro geholfen, obwohl er das Geld gar nicht hat.

Die Frage ist: Haben die selbst ernannten Eliten dazugelernt, hat die Bundesregierung Lehren aus dieser Entwicklung gezogen?



Die Antwort darauf ist leider ein klares Nein.

- Der Tanz um das goldene Kalb geht weiter, das Bankensystem wird nicht reformiert. Im Gegenteil: Spekulanten dürfen künftig wieder mit Leerverkäufen auf fallende Kurse wetten.
- Wie selbstverständlich lässt man den Steuerzahler die Zeche zahlen.
- Und damit man die Haushaltskonsolidierung weiter auf Kosten der Bevölkerung betreiben kann, hat man schnell die „Schuldenbremse“ als Verfassungsauftrag festgeschrieben.

Aber der neoliberale Zeitgeist ist für die Politik selbst nicht ohne Folgen geblieben.

- Ihr Politikmodell nach dem Prinzip „wie Räuber Opfer dankbar machen“ hat an Überzeugungskraft verloren.
- 30 Prozent der Menschen sind den Bundestagswahlen ferngeblieben.
- Den angestammten Volksparteien CDU, CSU und SPD laufen die Wähler davon.
- Das Parteienspektrum ist größer geworden.

Der ungezügelte Kapitalismus war schon immer eine große Gefahr für Demokratie und Fortschritt. Aus der Geschichte haben wir es schmerzlich erfahren: Menschenwürde, Frieden, Freiheit, Gleichheit und Toleranz können staatlicher Barbarei zum Opfer fallen.

Helmut Schmidt hat einmal gesagt: „Wer in der Politik Visionen hat, soll zum Arzt gehen“. Ich bin da anderer Auffassung.

Auch wenn es die Götzenanbeter des Kapitalismus nicht wahr haben wollen, unser Grundgesetz hat das neoliberale Wirtschaftsmodell nicht festgeschrieben. Der Raubtierkapitalismus steht eben nicht am Ende aller gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Das Sozialstaatsgebot hingegen ist zentraler Bestandteil unserer Verfassung. Dieser Auftrag ist allerdings bisher in keiner Weise erfüllt.

Soziale Marktwirtschaft bedeutet nicht nur eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts. Soziale Marktwirtschaft heißt auch, die Beschäftigten an allen Prozessen demokratisch zu beteiligen. Und genau dafür setzen wir uns ein.

Uns allen ist klar: Für Veränderung und gesellschaftlichen Fortschritt braucht man Mehrheiten, auch in den Parlamenten. Wir Gewerkschaften müssen für die Umsetzung unserer Ziele und Forderungen sorgen, für eine gerechtere Gesellschaft, für eine soziale Arbeitswelt, für möglichst gleiche Chancen für alle. Dafür müssen wir in der Bevölkerung, in den Parteien werben. Es wird sonst niemand für uns tun.

Die Gewerkschaften sind und bleiben parteipolitisch unabhängig. Das heißt aber nicht, dass uns die Entwicklungen in den Parteien egal sind. Der DGB wird auch weiter die

Interessen seiner Mitglieder formulieren und eindeutig vertreten müssen. Aber wenn wir gesetzliche Veränderungen wollen, brauchen wir die Unterstützung der Parteien. Je stärker wir in ihnen verwurzelt sind, umso besser.

Wir wissen, die Aufgabe in den Parteien zu arbeiten, ist nicht einfach. Wir ecken an, wir werden als ewig Gestrige diffamiert, von anderen bekämpft, weil wir ihre Macht in Frage stellen. Und ich weiß, dass einige zu hohen Staatsämtern aufgestiegen sind, die früher von der Weltrevolution geträumt haben, und die heute nervös werden, wenn man in ihrem Arbeitszimmer eine Blumenvase umstellt.

Aber trotzdem bin ich davon überzeugt: wir können Mehrheiten verändern.

Wir müssen den neoliberalen Ungeist wieder in die Flasche bannen, und durch solidarische, gerechte und naturschonende Konzepte ersetzen.

Eine Schwachstelle unserer Wirtschaft ist die unzureichende Binnennachfrage. Mit unserer Tarifpolitik haben wir viel erreicht, konnten aber den negativen Trend nicht umkehren.

Fast 7 Millionen Menschen arbeiten unter prekären Arbeits- und Einkommensbedingungen und die Zahl nimmt ständig zu.

■ Deshalb brauchen wir allgemeinverbindliche Tarifverträge.

- Wir brauchen gesetzliche Mindestlöhne, um der Erosion des Flächentarifvertrages entgegenzuwirken und Ausbeutung effektiv zu verhindern.
- Und wir brauchen ein Vergabegesetz, das Branchen-Tarifverträge verbindlich festschreibt.

Wenn unsere Gesellschaft diese skandalösen Verhältnisse nicht in den Griff bekommt, wird der Druck auf unser Tarifsysteem und damit auf uns Gewerkschaften steigen. Die Politik hat diesen ruinösen und unmoralischen Arbeitsmarkt geschaffen, deshalb müssen die Parlamente diesen Amoklauf auch beenden.

Wir fordern nach wie vor

- eine Wirtschafts- und Umweltpolitik, die unsere Arbeitsplätze zukunftssicher macht,
- ein Sozialsystem, das uns vor Not und Altersarmut schützt.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von dieser Woche hat es gezeigt: Hartz IV ist in Teilen verfassungswidrig und Murks!

Wir werden nie unseren Frieden mit Hartz IV und mit der Rente mit 67 machen! Und im Übrigen: Unrecht wird nicht dadurch gerechter, dass man jetzt auch noch die Altersgrenze für die Beamtinnen und Beamten auf 70 Jahre erhöhen will!

Wir brauchen ein Bildungssystem, das der demografischen Herausforderung gerecht wird. Alle Kinder, Schüler, Auszubildende und

Studenten müssen ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden. Unsere Position ist eindeutig: Das dreigliedrige, ständisch geprägte Selektionssystem gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.

Die duale Ausbildung muss durch weitere Qualifikationsgänge im Arbeitsverhältnis ergänzt werden, nur so werden wir eine führende Industrienation bleiben, unsere Arbeitsplätze sichern und unseren Wohlstand halten.

Wer die Gesellschaft verändern will, muss sich aber auch fragen lassen, ob er sich selbst erneuern muss und kann. Der DGB hat sich seit seiner Gründung vor 60 Jahren immer wieder verändert, teils aus Überzeugung oder der Not gehorchend. Auch in diesem Jahr stehen Veränderungen an. Der DGB-Bundeskongress wird im Mai eine neue Satzung beraten.

Der DGB ist der Bund der Gewerkschaften und nicht die neunte Mitgliedsgewerkschaft. Trotz aller notwendigen Diskussionen bleibt es eine Tatsache: Die Mitgliedsgewerkschaften allein entscheiden über unsere Struktur, unsere Finanzierung und bestimmen unsere politischen Ziele. Der DGB ist nur so stark, wie ihn die Mitgliedsgewerkschaften gemeinsam machen.

Und ich meine, wir brauchen einen starken und modernen DGB, der sich auf allen politischen Ebenen, in Bund, Ländern und Kommunen einmischen kann!

In den letzten zehn Jahren mussten wir 1,2 Millionen Euro im Bezirk einsparen. Wir haben heute über 30 Planstellen weniger als vor acht Jahren. Aus zwei Landesbezirken ist ein Bezirk geworden und aus ehemals 24 Kreisen haben wir zehn Regionen geschaffen.

Trotz dieser enormen Veränderungen ist die Arbeit des DGB nicht schlechter geworden. Das sagen wir ganz selbstbewusst. Die Beschäftigten leisten gute Arbeit und dies soll auch so bleiben. Die Arbeit im DGB wäre aber ohne eure Unterstützung aus den Mitgliedsgewerkschaften nicht möglich. In fast 100 Kreis- und Ortsverbänden gebt ihr dem DGB Gestaltungskraft und ein Gesicht. In den Vorständen arbeiten wir kritisch, aber solidarisch, ja auch freundschaftlich zusammen, und das ist unsere gemeinsame Stärke. Dafür möchte ich euch im Namen aller Beschäftigten herzlich danken.

Wir dürfen nicht vergessen, dass Tausende Gewerkschaftsmitglieder in vielen Ländern der Erde verfolgt, gefoltert und ermordet werden. Auch wir haben die Verpflichtung, sie in unserem gemeinsamen Kampf für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu unterstützen.

Es kämpft sich nie schlecht, für Arbeit und Recht. Dieser alte Leitgedanke der Arbeiterbewegung ist heute so aktuell wie damals.

Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit, Glück auf.

7. Bericht der Revisionskommission

■ Fred Habicht, Sprecher der Revisionskommission

Es ist die Aufgabe der Revision, zu prüfen, ob die Mitgliedsbeiträge sparsam, gewerkschaftlich vertretbar und sinnvoll verwendet werden. Sie hatte dazu viele kritische Hinweise und schriftliche Anmerkungen zu machen. In einigen Fällen waren die Ausgaben nicht immer überzeugend.

Zusammensetzung der Revisionskommission

Am 21. Januar 2006 wurden in Hannover die folgenden sechs Revisoren gewählt: Günter Gatz (ver.di), Detlef Behrens (IG BCE), Peter Ebbrecht (IG BAU), Andrea Zacharias (IG BCE), Hans de Vries (IG Metall), Fred Habicht (IG Metall). Am 16. März 2006 fand die Konstituierung statt. Zum Sprecher wurde Fred Habicht, für das Protokoll Günter Gatz bestimmt. Es wurde ein Arbeitsplan für die sechs Revisoren erstellt.

Der Prüfungsumfang

Durch die zentrale Buchführung waren 13 DGB-Regionen, zwei DGB-Landesverbände und der DGB-Bezirk zu prüfen. Dazu kamen noch

Prüfungen der Fahrtenbücher für DGB-Dienstfahrzeuge nach den Vorgaben des Finanzamtes. Für die Regionsversammlungen hatte die Revisionskommission die Revisionsberichte zu erstellen. Die Einhaltung der Etatansätze war ein besonders wichtiger Prüfungsvorgang.

Die Verwaltung hat dazu sehr gute Prüfungsunterlagen erstellt. In einigen Fällen hat die Revision kritisch vermerkt, dass die Etatansätze nicht eingehalten wurden. Von Jahr zu Jahr konnte eine Verbesserung festgestellt werden. Etatpolitik mit einer gewissen Zielgenauigkeit ist auch eine Frage der praktischen Erfahrung.

In vier Jahren wurden jährlich vier Revisionen durchgeführt. Davon war eine Revision unangemeldet.

Gespräch mit der Bundesrevision

Am 28. März 2007 haben Günter Gatz und Fred Habicht ein Gespräch mit der DGB-Bundesrevisorin Ines Hübner geführt. In diesem Gespräch ging es um die Schwerpunkte der Revisionsarbeit. Neben formalen Prüfungsvorgängen ging es auch um handfeste finanzielle Prüfungsschwerpunkte, z.B. Kosten für Taxifahrten, Kosten für Bürobebesprechungen und Handykosten.

Von der DGB-Bundesrevision kam der Hinweis, dass Diensthandys nur dafür vorgesehen sind, den Funktionsträger (DGB-Sekretäre) außerhalb des Büros zu erreichen. Dienstgespräche sind generell vom Büro aus zu führen.



Belegprüfungen

Die Belegprüfungen erfolgten stichprobenartig. Die Einhaltung der Etatansätze war ein wichtiger Schwerpunkt. In Einzelfällen wurden kritische Anmerkungen im Prüfbericht gemacht.

Einzelne Ausgabenposten wurden einer genauen Prüfung unterzogen, u.a. die hohen Handykosten. Die lagen von Januar bis Oktober 2009 ziemlich hoch (12.260,53 Euro). Die Schwankungsbreite lag bei 13,- Euro bis 114,- Euro im Monat. Besonders kritische Einzelfälle wurden direkt mit der Bezirksverwaltung besprochen. Neben der Prüfung von Belegen und des Barbestandes wurde die Ausgabenentwicklung unter Berücksichtigung des

Haushaltsplanes verfolgt. Es ist nach Beurteilung der Revisionskommission sachgerecht und sparsam gewirtschaftet worden. Die Kassen- und Buchführung war nicht zu beanstanden. Bei Prüfungen und Kritik stand ein Leitgedanke im Mittelpunkt: Die finanziellen Mittel des Bezirks sind Mitgliedsbeiträge der Gewerkschaften und öffentliche Mittel.

Revisionsberichte

Die Revisionsberichte haben nicht vertretbare Ausgaben und organisatorische Mängel schriftlich festgehalten. Die politische Führung wurde zu entsprechendem Handeln aufgefordert. Die Verwaltung hat zu den Revisionsberichten sachliche Aufklärung geleistet oder schriftlich

reagiert. Konflikte mit einzelnen Abteilungen, Regionen und Landesverbände waren nicht zu vermeiden. Bei mangelnder Einsicht in finanziellen Notwendigkeiten war die politische Führung aufgerufen.

Die Kolleginnen der Finanzverwaltung und der Buchführung im Bezirk haben die Revisorinnen und Revisoren bei der Prüfarbeit hervorragend unterstützt und ihre Arbeit mit guten Informationen und Unterlagen erleichtert. Dafür herzlichen Dank!

Die Prüfungsmethoden sind weiter zu optimieren. Die zentrale Buchführung hat sich bewährt. Nach Anfangsschwierigkeiten ist die Etatplanung auf einem guten Weg. Diese Politik fördert die Ausgabendisziplin und sensibilisiert den Umgang mit Mitgliedsbeiträgen.

Die Revisionskommission empfiehlt, dem DGB-Bezirksvorsitzenden, dem Bezirksvorstand und den Landesvorständen Entlastung zu erteilen.

8. Aussprache

Pia Pachauer dankt für den Bericht und übergibt die Sitzungsleitung an Alfred Schäfftlein. Dieser leitet die Aussprache über den Geschäfts- und Kassenbericht sowie den Bericht der Revisionskommission ein.

Petra Wollnik (ver.di) fragt nach der Situation von ARBEIT UND LEBEN. Wie wird die Aufarbeitung des DGB-Bezirksvorstandes vonstatten gehen, wie sieht die Zukunft von ARBEIT UND LEBEN aus und was ist geplamt?

Hartmut Tölle beantwortet die Frage wie folgt: Im Rechenschaftsbericht spielt die Situation von ARBEIT UND LEBEN keine Rolle. Dennoch möchte ich gerne antworten. ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen ist keine Einrichtung des DGB. Aus diesem Grund hat es auch keine Rolle in den Gremien des DGB gespielt. Dennoch war den Verantwortlichen in den Gewerkschaften klar, dass wir uns um die Situation bei ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen kümmern müssen. Durch Hartz IV musste die Bundesagentur ihre Ausschreibungspraxis ändern, so dass die kommunalen Bereiche auch ihre Ausschreibungspraxen geändert haben. So haben wir es in diesem Bereich der Erwachsenenbildung immer mehr mit prekären Arbeitssituationen zu tun. Ein Großteil der Aufträge konnte

nicht mehr zu den Kosten eingeholt werden, die Arbeitsverwaltung und Kommunen bezahlen wollten. Und das hätte bei ARBEIT UND LEBEN zu der Frage des Konkurses bzw. der Insolvenz geführt. Daraus haben wir die Konsequenz gezogen, mit den zuständigen Gewerkschaften ver.di und GEW in Tarifverhandlungen einzutreten, und wir haben ein gemeinsames Tarifwerk abgeschlossen, welches ARBEIT UND LEBEN zukunftsfest macht. Dass in dem Unternehmen alle Anstrengungen unternommen werden müssen ist klar, so dass man da vernünftige Gehälter zahlen kann trotz der Bereiche, die nicht so ertragsreich sind. Ich bin überzeugt, dass wir in der Lage sind, auch die wirtschaftliche Situation wieder ins Reine zu bringen. Trotz dieser finanziellen wirtschaftlichen Schieflage gehört ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen zu den besten und erfolgreichsten Bildungsvereinigungen im Erwachsenenbildungsbereich in Niedersachsen und darauf können wir trotz aller Kritik stolz sein.

Alfred Schäfftlein dankt für die offene Aussprache.



9. Bericht der Mandatsprüfungskommission

Die Sprecherin der Mandatsprüfungskommission Tatiana Stoll berichtet, dass 100 Delegierte aus Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt eingeladen sind. Davon sind 95 anwesend, 39 Frauen, 56 Männer. Die Mandatsprüfungskommission hat die Stimmberechtigung der anwesenden Delegierten geprüft und schlägt vor, allen anwesenden 95 Delegierten für die 3. Ordentliche DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt das Stimmrecht zu erteilen. Dies wird einstimmig beschlossen.

Entlastung

Die Delegierten stimmen einstimmig für die Entlastung des Bezirksvorsitzenden, des Bezirksvorstandes und der Landesvorstände sowie der Revisionskommission.

Eckhard Stoermer übernimmt die Sitzungsleitung und leitet die Wahlen ein.

10. Wahlen

a) Bezirks- und Landesvorsitzender

Der DGB-Bezirksvorstand Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt und der DGB-Bundesvorstand haben Hartmut Tölle für die Wahl zum DGB-Bezirksvorsitzenden und Landesvorsitzenden Niedersachsen vorgeschlagen. Es gibt keine weiteren Vorschläge. Hartmut Tölle ist bereit, zu kandidieren. Eine persönliche Vorstellung des Kandidaten wird nicht gewünscht. Die Wahl findet in geheimer Abstimmung statt. Hartmut Tölle wird mit 76 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen als Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt und als Landesvorsitzender Niedersachsen wiedergewählt. Er nimmt die Wahl an.

b) Stellvertretender Bezirks- und Landesvorsitzender

Der DGB-Bezirksvorstand Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt und der DGB-Bundesvorstand haben Udo Gebhardt für die Wahl des stellvertretenden DGB-Bezirksvorsitzenden und des Landesvorsitzenden Sachsen-Anhalt vorgeschlagen. Udo Gebhardt ist zu dieser Kandidatur bereit. Eine Vorstellung des Kandidaten wird nicht gewünscht.

Udo Gebhardt wird bei 87 Ja- und 8 Nein-Stimmen stellvertretender Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt und als Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt bestätigt. Er nimmt die Wahl an.

c) RevisorInnen

Vorgeschlagen vom Bezirksvorstand sind folgende Kolleginnen und Kollegen:

- Peter Ebbrecht, IG BAU
- Detlev Behrens, IG BCE
- Bärbel Niederhut, IG BCE
- Hans de Vries, IG Metall
- Fred Habicht, IG Metall
- Günter Gatz, ver.di

Es wird per Kartenzeichen en bloc abgestimmt. Die Revisionskommission wird einstimmig gewählt und nimmt die Wahl an.

d) Bestätigung der Bezirksvorstands- und Landesvorstandsmitglieder Niedersachsen

In den Konferenzunterlagen sind die von den Gewerkschaften und Personengruppen benannten Mitglieder des Bezirksvorstandes und des Landesvorstandes Niedersachsen aufgeführt.

Vorgeschlagen sind

- IG Bau: Eckhard Stoermer
- IC BCE: Ralf Becker
- GEW: Eberhard Brand
- IG Metall: Hartmut Meine
- NGG: Herbert Grimberg
- GdP: Bernhard Witthaut
- Transnet: Peter Strüber
- Ver.di: Siegfried Sauer

Frauen: Sabine Schwarz
Jugend: N.N. (wird nachbenannt)

Bei zwei Gegenstimmen wird dieser Vorschlag für den Bezirksvorstands und Landesvorstand Niedersachsen bestätigt.

e) Bestätigung der Landesvorstandsmitglieder Sachsen-Anhalt

Vorgeschlagen für den Landesvorstand Sachsen-Anhalt sind

- IG Bau: Peter Schulze
- IG BCE: Petra Reinbold-Knappe
- GEW: Thomas Lippmann
- IG Metall: Hartmut Meine

- NGG: Petra Schwalbe
- GdP: Uwe Petermann
- Transnet: Henning Lange
- Ver.di: Thomas Voss

Jugend: Katrin Skirlo
Frauen: nicht benannt

Bei einer Enthaltung wird dieser Vorschlag für den Landesvorstand Sachsen-Anhalt bestätigt.



11. Antragsberatung

Die Delegierten beraten unter der Sitzungsleitung von Jana Herzog 36 Anträge sowie zwei Resolutionen.

Die Ergebnisse der Antragsberatung finden sich im Anhang.

12. Schlusswort

■ Hartmut Tölle, DGB-Bezirksvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste,

unsere Konferenz geht nun zu Ende. Erfolgreich, wie ich meine. Ich möchte mich deshalb, auch im Namen von Udo Gebhardt



und des Bezirksvorstandes, bei allen für die Zusammenarbeit herzlich bedanken.

- Ein herzliches, großes Dankeschön geht an euch Delegierte für die engagierte Diskussion und für das Vertrauen in unsere Arbeit.
- Besonderer Dank an die Mitglieder des Präsidiums und der Kommissionen.
- Dank an Rudolf Hickel, Claus Matecki, Dr. Jürgen Peter, Heiger Scholz und nicht zuletzt an den Moderator Jürgen Gemen.
- An alle Gäste, die uns mit ihrer Anwesenheit gezeigt haben, wie wichtig für sie die Zusammenarbeit mit dem DGB ist.
- An die Beschäftigten des DGB, die mit dafür gesorgt haben, dass diese Konferenz reibungslos über die Bühne ging.
- Besonders hervorheben möchte ich Helga Papendick-Apel und Walter Weike, da dies

ihre letzte DGB-Konferenz – als Hauptamtliche – sein wird.

- Dank an die Technik, Firma Soundwork, die wie immer zuverlässig für uns gearbeitet hat,
- an die Medienvertreter, die mit ihrer Berichterstattung dafür sorgen, dass die Welt von uns erfährt,
- und an die Beschäftigten des Hotels, die uns den Aufenthalt hier so angenehm gestaltet haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bleibt dabei: Es kämpft sich nicht schlecht, für Arbeit und Recht. Ein herzliches Glück auf und einen guten Heimweg. Die Konferenz ist hiermit geschlossen.



■ **Resolutionen der 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt am 13.02.2010 in Hannover**

Energetische Gebäudesanierung: Drastische Mittelkürzung droht

Die Bundesregierung will die Fördermittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Jahr 2010 drastisch kürzen. Das geht aus dem Haushaltsentwurf vor, den die Bundesregierung dem Bundestag vorgelegt hat. Laut Haushaltsentwurf sind 2010 nur rund 1,1 Milliarden Euro Fördermittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW vorgesehen. Im Jahr 2009 standen insgesamt 2,2 Milliarden Euro zur Verfügung – auch weil wegen der großen Nachfrage im Sommer zusätzliche Mittel bereitgestellt wurden. In den nächsten Wochen entscheiden die Bundestagsabgeordneten, ob der von der Bundesregierung vorgeschlagene Haushalt so beschlossen wird oder ob die Fördermittel für 2010 doch noch aufgestockt werden: Am 24. Februar berät der Bundestags-Haushaltsausschuss den Haushaltsentwurf, endgültig beschlossen wird der Haushalt vom gesamten Bundestag Mitte März.

Die Mittel aus diesem Förderprogramm nutzen der heimischen Wirtschaft, sorgen für eine saubere Umwelt und sichern Arbeitsplätze.

Die 3. Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt spricht sich gegen eine Kürzung der Fördermittel aus und appelliert an alle Bundestagsabgeordneten bei der Abstimmung gegen Kürzung zu stimmen.

Die 3. Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt unterstützt den Vorschlag der Bundesbauministerkonferenz der Bundesländer und fordert die Bundesregierung auf, den „Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen“ mit einem Haushaltsansatz in angemessener Größenordnung auszustatten.

IG Bauen-Agrar-Umwelt
Region Niedersachsen
Region Weser-Ems

■ **Ver.di Bezirk Weser-Ems
Erwerbslosenausschuss erklärt
zum Urteil des Bundesverfassungs-
gerichtes vom 09.02.2010 zu Regel-
leistungen nach SGB II (Hartz IV):**

Hartz IV muss weg!

„Regelleistungen nach SGB II nicht verfassungsgemäß“, so die Überschrift der Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts. Diese Aussage – so scheint es – bekräftigt unsere Forderungen nach einem Regelsatz von mindestens 500 €, der weitergehenden Forderung nach einer grundsätzlichen Neuregelung: Hartz IV muss weg!

In der Tat, wir fühlen uns beim ersten Hinsehen bestätigt. Das Urteil lässt zwar offen, ob der Regelsatz den Ansprüchen aus dem Grundgesetz genügt, enthält aber die Kritik daran, dass mit dem Regelsatz und der zugrunde gelegten Begründung nur der Durchschnittsbedarf in üblichen Bedarfssituationen berücksichtigt ist, nicht aber ein darüber hinausgehender, besonderer Bedarf aufgrund atypischer Bedarfslagen berücksichtigt wird.

Doch der zweite Blick macht deutlich: Die Verfassungswidrigkeit wird in dem Urteil u.a. mit fehlenden statischen Daten für die Begründung der Höhe des Regelsatzes dargelegt. Dabei wird als Grundlage die EVS (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998) akzeptiert, nicht aber die willkürlich festgelegten prozentualen Abstriche bei den einzelnen Rubriken und die Herausnahme von Bildungskosten.

Weiter wird bemängelt, dass es keine bedarfsgerechte Ermittlung für den Regelsatz für Kinder gibt.

Deshalb befürchten wir, dass es lediglich eine neue, nachvollziehbarere Berechnungsmethode geben wird, die an der Höhe des Betrages keine wesentlichen Änderungen vornehmen wird. Denn es passt nicht zu den Finanzplänen der schwarz-gelben Regierung, hierfür mehr Geld auszugeben. Mit ca. 20 Mrd. € mehr würde unsere Forderung nach 500 € Regelsatz bezahlt werden können. Dies würde in der wirtschaftlichen Situation ein gutes Konjunkturprogramm abgeben.

Es wird denn auch schon Stimmung gemacht: Im Leitartikel spricht das Handelsblatt (10.02.2010) von einem Urteil, das Maß und Mitte vergisst, und befürchtet, dass die arbeitende Mitte der Gesellschaft diese Leistung nicht aufbringen kann. Dabei wird vergessen, wer im letzten Jahrzehnt über 30 % mehr Einnahmen verbuchen konnte und mit Sicherheit leistungsfähig ist. Die ArbeitnehmerInnen sind bei der Einkommensentwicklung immer noch in den Miesen. Weiter wird befürchtet, dass bei einem höheren Regelsatz die Motivation für eine Arbeitsaufnahme sinken und somit Risiken für den Arbeitsmarkt entstehen könnten. Dabei wird die gerade erste vorgelegte Studie des IAB übersehen, die belegt, dass ein sehr hoher Prozentsatz von Erwerbslosen arbeiten will. Die Jungs in den Medienpalästen sollten nicht so viel fernsehen, um sich über Erwerbslose

zu informieren, sondern bei den Betroffenen zuhören!

Bei der Ermittlung des Regelsatzes für Kinder ist es wichtig, ihre tatsächlichen Bedürfnisse zu sehen. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Schuhe und Kleidung können nicht mehrere Jahre getragen werden – sie sind einfach zu klein oder kaputt oder beim Spielen liegengelassen.

Bei dem Bildungsbedarf wird sich die Bundesregierung gezwungen sehen, speziell für Kinder den Bedarf finanzieren zu müssen – ob in Bargeld oder in direkter Leistung. „Denn ohne Deckung dieser Kosten droht hilfsbedürftigen Kindern der Ausschluss von Lebenschancen“, so in der Begründung des Urteils. Auf jeden Fall brauchen Kinder Schulmaterialien wie Taschenrechner, Schultasche, Hefte, Stifte.

Die Kampagne „Reiches Land – arme Kinder“ der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Erwerbslosengruppen hat dies in ihren Forderungen und vielen Aktionen deutlich gemacht. Und es hat gewirkt: Viele Kommunen haben in 2008 Schulmaterialfonds o. ä. eingerichtet, um diesen Bedarf zu decken.

Das Bundesverfassungsgericht sagt aber auch zu den jetzt zusätzlich gezahlten 100 € pro Schuljahr, dass diese Höhe nicht empirisch belegt wurde. Eltern schulpflichtiger Kinder hätten es ihnen allein mit den Rechnungen zu Beginn eines Schuljahres aufzeigen können!

Was aber ist mit dem Bildungsbedarf von Erwachsenen? Wenn ALG II bezogen wird, weil Erwerbslosigkeit der Grund dafür ist, dann hätten doch diese Menschen Zeit für Bildung. Aber sie haben kein Geld dafür – nicht vorgesehen! Selbst der Rechtsanspruch auf Fort- und Weiterbildung, wie er für Erwerbslose und von Erwerbslosigkeit Bedrohten im AFG bestand, ist mit den Hartz IV-Gesetzen gestrichen! Maßnahmen sollen jetzt – eigentlich – direkt der Vermittlung dienen. Wenn es keine Erklärung eines Arbeitgebers gibt, der bescheinigt, dass nach der Weiterbildung der/die Betroffenen eingestellt wird, gibt es nur kurzfristige sogenannte Trainingsmaßnahmen, unentgeltliche Praktika, allenfalls 1 €-Jobs. Diese sollen die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Dabei werden vorhandene Qualifikationen bei der Vermittlung völlig außer acht gelassen – Hauptsache Erwerbsarbeit. Dass dabei Qualifikationen verloren gehen, interessiert keine Regierung und keine Statistik. Das Anheben des Qualifikationsniveaus der Bevölkerung würde auch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken. Deshalb: Ein Rechtsanspruch auf Fort- und Weiterbildung für Erwerbslose und von Erwerbslosigkeit Bedrohte muss wieder her!

Kostenentlastung für den Staat kann anders geschaffen werden, als Menschen in Not nicht die notwendige Unterstützung zu geben:

Mit einem gesetzlichen Mindestlohn, der die Ergänzungszahlungen durch das ALG II überflüssig macht und durch Steuerzahlungen und



Sozialabgaben Geld in die entsprechende Kassen bringt.

Damit niemand mehr sagen muss: Am Ende des Geldes ist noch so viel Monat übrig...

Mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung mit Entgeltausgleich, die Erwerbsarbeit für viele mehr ermöglicht, die Arbeitsteilung zu Hause neu regelt, Zeit gibt für die eigene Entwicklung und für ehrenamtliche Arbeit, von der eine Demokratie lebt!

Giesela Brandes-Steggewentz
12.02.2010

Anträge – Übersicht

A – Wirtschafts-/Arbeitsmarktpolitik

- A1 Aus der Krise lernen – Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten!
- A2 Öffentliche Wirtschaftsförderung stärken, Interessen der Beschäftigten berücksichtigen!
- A3 Beschäftigung im Dienstleistungsbereich sozial gestalten – Öffentliche Dienstleistungen ausbauen

B – Bildung

- B1 Chancengleichheit durch Bildung
- B2 Abschaffung Studiengebühren
- B3 Ausbildungsplätze
- B4 Volksbegehren gegen Turbo-Abitur an Gesamtschulen unterstützen

F – Frauen

- F1 Girl's Day

I – Integration

- I1 Vielfalt statt Einfalt – interkulturelle Öffnung der Unternehmen in der Wirtschaft, des öffentlichen Dienstes und der Gewerkschaften.

J – Jugend

- J1 Gegen Studiengebühren
- J2 Lernmittelfreiheit
- J3 Kontrolle der Ausbildung verbessern
- J4 Aus der Krise lernen – Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten!
- J5 Arbeitszeitverkürzung
- J6 Lebensmitteltransparenz
- J7 Gegen Krieg, Militarisierung und Demokratieabbau
- J8 Jugend nicht vergessen!
- J9 Verbesserung der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Strukturen in der Jugend- und Jugendbildungsarbeit
- J10 Gestaltung des 1. Mai
- J11 Handlungsspielräume ausweiten – Aktionen zivilen Ungehorsams nutzen
- J12 Bündnisarbeit mit der Antifa
- J13 Gewerkschaftsarbeit gegen Rassismus
- J14 Nutzung von Recyclingpapier im DGB

Ö – Öffentlicher Dienst

- Ö1 DGB-Beamtenpolitik für die Zukunft

SO – Satzung und Organisation

- SO1 Seniorenarbeit des DGB
Gleichbehandlung der Seniorinnen und Senioren
- SO2 Reform ist, wenn es nach vorne geht!
Von „Eckpunkten“ zu den Pfeilern einer Strukturreform
- SO3 Stimmrecht DGB-Orts- und Kreisverbände
- SO4 „Schlanke Vorstände“

- SO5** Ortsverbände, finanzielle Unterstützung und demokratische Beteiligung Wahl Regionsvorsitzender in Eckpunktepapier aufnehmen und umsetzen
- SO6** Frauen Stimmrecht
- SO7** Wahl Regionsvorsitzender
- SO8** Neue Kreisvorstände
- SO9** Kompetenz Kreis- und Stadtverbände
- SO10** Ressourcen DGB-Regionen
- SO11** Personal- und Finanzausstattung der neuen Region Bremen Elbe-Weser
- SO12** Politischer Streik

Antrag A1 Wirtschafts/Arbeitsmarktpolitik

Aus der Krise lernen – Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten!

Antragsteller:
DGB-Bezirksvorstand

Wortlaut:
Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Deutschland befindet sich nicht nur in der schlimmsten Rezession seit den 1930er Jahren, sondern erfährt zugleich eine seit Bestehen der Bundesrepublik in diesem Ausmaß nicht gekannte soziale Ungleichheit. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise ist ein Fanal des Scheiterns neoliberaler Marktideologien. Sie zeigt: Nicht der Abbau von Marktregulierungen sowie von Rechten der Beschäftigten, sondern Mitbestimmung, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit und eine umfassende politische Begrenzung der Marktwirtschaft sind gefragt. Die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung formulierten Grundsätze weisen aber in eine entgegengesetzte Richtung. Der DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt hält vor diesem Hintergrund einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik für überfällig.

A. Die Industrie erhalten und zukunftsfähig machen!

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass es für eine zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung der Industrie ein umfassendes Engagement der öffentlichen Hand braucht. Neben einer strikten Regulierung der Finanzmärkte braucht es ein aktiv gestaltendes wirtschafts- und strukturpolitisches Handeln des Staates.

1. Es gilt, die industrielle Basis Deutschlands zu erhalten und weiterzuentwickeln. Gerade die exportorientierte Industrie ist von Umsatzrückgängen und unverschuldet schlechten Kreditbedingungen betroffen. Hier gilt es, staatlicherseits einzugreifen: Mit Bürgschaften, Darlehen, Zuschüssen und Eigenkapital aus öffentlichen Mitteln (Public equity) muss den Unternehmen geholfen werden, die aktuelle Rezession zu überwinden. Eine offensive staatliche Wirtschaftsförderung ist darüber hinaus aber auch und gerade dann gefragt, wenn es darum geht, notwendige Zukunftsinvestitionen zu tätigen und Unternehmen, Beschäftigte und Produkte für die kommenden ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen fit zu machen. Dabei darf die Vergabe öffentlicher Mittel allerdings keine Einbahnstraße sein: Wirtschaftsförderung muss an Kriterien Guter Arbeit geknüpft sein und auf die Durchsetzung von Tariftreue sowie Mitbestimmung hinwirken. Qualitativ hochwertige Arbeit in leistungsfähigen Betrieben ist zudem
2. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der vielfältigen Regionen Niedersachsens, Bremens und Sachsen-Anhalts wird ganz wesentlich durch den Umfang und die Wirtschaftskraft der Industrien und des Handwerks bestimmt, die dort produzieren. Dabei verfügen alle drei Bundesländer über Regionen, die nur über einen geringen Industrialisierungsgrad verfügen oder deren Wirtschaft in einem massiven Strukturwandel begriffen ist. Hier gilt es, eine offensive Strukturpolitik zur Förderung benachteiligter oder vermeintlich peripherer Räume zu betreiben und derzeitige Anstrengungen zu verstärken – durch die Entwicklung der Infrastruktur, die Förderung von Unternehmensansiedlungen, die Qualifizierung der Beschäftigten und den Ausbau von Forschungs- und Bildungseinrichtungen.
3. Die bisherige, marktideologische Politik der Standortkonkurrenz und der damit zusammenhängenden Senkung von Lohn- und Lohnnebenkosten ist gescheitert – spätestens mit der Finanz- und Wirtschaftskrise ist dies deutlich geworden. Die stagnierenden oder gar zurückgehenden Reallöhne haben massiv zur Schwächung der Binnenkonjunktur und zu einem (die Krise mit verursachenden) weltweiten Ungleichgewicht der Außenhandelsaldi beigetragen. Die durch erzwungene Lohnzurückhaltung ermöglichten zusätzlichen Gewinne der

Unternehmen wurden zu einem großen Teil nicht wieder investiert, sondern in internationalen Börsen-Kasinos verzockt. Es bedarf deshalb in Zukunft einer offensiven Lohn- und Arbeitsmarktpolitik gerade auch in der Industrie, die Gute Arbeit und gute Entlohnung in den Mittelpunkt rückt. Eine solche Politik ist staatlicherseits durch eine Stärkung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen zu unterstützen – etwa durch den Ausbau der Mitbestimmung, der sozialen Sicherungssysteme und der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

4. Der Klimawandel und die Endlichkeit der Rohstoffe bilden für die Menschheit Probleme ohne historisches Beispiel. Bisherige Muster des Produzierens und Konsumierens sind längst an ihre Grenzen geraten. Industrie und Handwerk, aber auch Landwirtschaft und Tourismus zukunftsfähig zu machen, bedeutet deshalb nicht zuletzt, auch hier neue Wege zu finden: Produkte und Produktion sind konsequent ökologisch auszurichten; beim Verbrauch von Rohstoffen und Energie bedarf es einer Effizienzoffensive. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, müssen die Unternehmen ihre Anstrengungen in Forschung und Entwicklung ebenso wie in der Qualifikation ihrer Beschäftigten verstärken. In Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt haben schon heute Zukunftsindustrien Fuß gefasst, traditionelle Industrien richten sich ökologisch neu aus – nicht zuletzt auch dank staatlicher Förderung. Hier wäre beispielhaft zu verweisen auf

die Windenergie- und die Biogasbranche, die maritime Wirtschaft und im Automobilbau auf Forschungen zur Elektromobilität. Diese Entwicklung ist ebenso zu verstärken wie die nachfragewirksame Förderung von Investitionen der privaten und öffentlichen Haushalte etwa im Bereich der energetischen Gebäudesanierung, der verbrauchsarmen Fahrzeuge und Haushaltsgeräte oder der dezentralen Energiegewinnung.

B. Die öffentlichen Institutionen stärken!

Der öffentliche Dienst erbringt wichtige Leistungen, die privatwirtschaftlich nicht oder nicht ausreichend garantiert werden können. Zugleich stellt die öffentliche Hand einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar: Staatliche und kommunale Haushalte sowie die Sozialversicherungen bilden wichtige antizyklische Korrektive gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Durch ihre Ausgabenpolitik übernehmen sie nicht nur wesentliche ökonomische Lenkungenfunktionen, sondern verwirklichen auch zentrale verteilungs- und sozialpolitische Ziele. Sie tragen zudem in hohem Maße zu einem solidarischen regionalen Ausgleich bei.

1. Die öffentlichen Haushalte bedürfen einer ausreichenden finanziellen Basis, die nur durch eine angemessene Besteuerung von Einkommen und Vermögen sichergestellt werden kann. Dabei gilt, dass gerade höhere Einkommen und große Vermögen einen größeren finanziellen Beitrag für das Gemeinwesen zu leisten haben als schwache. Der DGB schlägt hierzu u.a.

folgende Elemente vor: Erhöhung der Erbschaftssteuer, der Körperschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer sowie die Einführung der Vermögenssteuer. Die Steuersenkungspolitik der vergangenen 15 Jahre hat demgegenüber zu einer Erosion der finanziellen Leistungsfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden geführt. Da sie teilweise über Mehrwertsteuer-Erhöhungen finanziert wurde, belastete sie in überdurchschnittlichem Maße niedrige und mittlere Einkommen und damit die Binnenkonjunktur. Auf der anderen Seite aber haben Steuersenkungen gerade keine Konjunkturimpulse zur Folge. Vielmehr konnte die aktuelle Krise nur durch öffentliche Konjunkturprogramme und Wirtschaftsfördermaßnahmen eingedämmt werden. Um dies auch in Zukunft zu ermöglichen, ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte zu stärken. Ideologiegeprägte Vorhaben wie die so genannte „Schuldenbremse“ sind in diesem Zusammenhang ebenso kontraproduktiv wie weitere Senkungen der Einkommens-, Unternehmens- und Erbschaftssteuern. Gerade die im Koalitionsvertrag aufgeführten steuerpolitischen Vorhaben der Bundesregierung weisen hier in eine mehr als un gute Richtung: Sie führen in den Jahren 2010 bis 2013 zu Belastungen der öffentlichen Haushalte in Höhe von insgesamt rund 92 Mrd. Euro, von denen die Länder rund 40 Mrd. Euro und die Kommunen rund 14 Mrd. Euro zu tragen haben werden. Dagegen müssen die im

Konjunkturprogramm II begonnenen öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur auf europäischem Niveau verstetigt werden. Deutschland braucht ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit Schwerpunkten in der Netztechnik (Daten, Energie, Verkehr), in erneuerbaren Energien und in der Bildungs- und Forschungsinfrastruktur.

2. Der öffentliche Dienst vermag seine zahlreichen Aufgaben nur mit einem angemessenen Personalbestand zu erfüllen. In den zurückliegenden Jahren wurde aber in kaum einem westlichen Industriestaat die Zahl der öffentlich Beschäftigten so stark reduziert wie in Deutschland. Diese Entwicklung hat zu einer Erosion der öffentlichen Dienstleistungen von Bund, Ländern und insbesondere Kommunen geführt. Notwendig ist deshalb keine weitere Reduktion des öffentlichen Personalbestandes, wie er angesichts der derzeitigen Haushaltslage diskutiert wird. Insbesondere im Bildungs- und Erziehungswesen und im Gesundheitswesen ist die Personalausstattung zu verbessern.
3. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Institutionen hat in vielen Fällen zu einer verschlechterten Leistung bei höheren Preisen geführt. Wie Beispiele aus Deutschland und dem europäischen Ausland zeigen, hat Privatisierung zudem nicht selten finanzielle Belastungen für die öffentlichen Haushalte zur Folge. Hier wäre etwa zu denken an die Privatisierung der Müllentsorgung in vielen Kommunen, die öffentlich-private Finanzierung von Straßenbauprojekten und die Privatisierung der britischen Bahnen.

Zugleich aber verschlechtern sich die Arbeits- und Entgeltbedingungen für die Beschäftigten massiv, wie etwa das Beispiel der Post-Privatisierung zeigt. Öffentliche Institutionen zu stärken, bedeutet deshalb auch, weitere Privatisierungen zu stoppen und gescheiterte Privatisierungen rückgängig zu machen.

4. Gerade die Finanzlage der Kommunen droht sich durch die Krise und die Finanz- und Steuerpolitik der schwarz-gelben Koalition massiv zu verschlechtern. Es ist zu befürchten, dass gerade sie versucht sein werden, Personal zu entlassen, Löhne zu drücken und ihr Leistungsangebot einzuschränken. Kommunen erfüllen aber wichtige Aufgaben vor Ort, die für die Menschen unmittelbar und alltäglich notwendig sind – sie unterhalten beispielsweise Schulen, Kindertagesstätten, Kultur- und Verkehrseinrichtungen, Sportstätten, Krankenhäuser und Pflegeheime. Überdies unterstützen sie zahlreiche sinnvolle Initiativen und Vereine. Es gilt deshalb, die finanzielle Basis der Kommunen zu stärken und ihre Einnahmesituation konjunkturunabhängiger zu gestalten. Dies impliziert insbesondere eine Neuordnung der Gewerbesteuer.

C. Einkommen und Arbeitsbedingungen verbessern!

Die Bezieher hoher Einkommen und Besitzer großer Vermögen haben in den vergangenen Jahren einen wachsenden Anteil des gesellschaftlichen Reichtums vereinnahmt. Umgekehrt sind die Reallöhne der Beschäftigten

gesunken, was nicht zuletzt die Binnennachfrage massiv geschwächt hat. Zugleich haben sich die Arbeits- und Anstellungsbedingungen weiter Teile der Beschäftigten gravierend verschlechtert. Auch in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt sind Leiharbeit, Mini-Jobs, befristete Arbeitsverträge und unfreiwillige Teilzeitarbeit ein Massenphänomen geworden. Das gilt schon lange in Sachsen-Anhalt. Dass Niedriglöhne auch in den alten Bundesländern immer weiter um sich greifen, hat die 2009 vom DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt in Auftrag gegebene Studie „Niedriglöhne in Niedersachsen“ aufgezeigt. Es bedarf einer grundlegend anderen Politik, die allen Menschen durch ihre Arbeit Sicherheit, Würde und ausreichende finanzielle Mittel ermöglicht.

1. Eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und damit eine Stärkung der Binnenkonjunktur setzt eine kräftige Anhebung der Einkommen voraus. Durch die zunehmende Tariffucht der Unternehmen hat sich ein dem Sozialstaatsprinzip zuwider laufender Wettbewerb um die niedrigsten Löhne entwickelt, der einen sinnvollen Wettbewerb um die besten Produkte und die effektivsten Produktionsverfahren konterkariert. Diese Abwärtsspirale ist zu stoppen. Dies impliziert, neben einer Stärkung des Tarifsystems, nicht zuletzt auch eine Stärkung der sozialen Sicherungssysteme zum Schutz vor Ausbeutung: Die Beschäftigten müssen auch rechtlich und finanziell wieder in die Lage versetzt wer-

den, unzumutbare und schlecht bezahlte Arbeit abzulehnen.

2. Immer mehr Menschen können nicht von dem Einkommen leben, das sie durch Erwerbsarbeit erzielen. Sie stocken im Regelfall ihr Einkommen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts mit staatlichen Transferleistungen auf. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse schaffen vor diesem Hintergrund nicht nur enorme Einnahmeausfälle bei Steuern und Sozialversicherungen, sondern sie müssen durch Steuerzahler und Beitragszahlerinnen mitfinanziert werden. Dieser Praxis der faktischen Subventionierung von Lohnkosten muss ein Riegel vorgeschoben werden: Nicht der Staat und die Steuerpflichtigen, sondern die Arbeitgeber haben Existenzen sichernde Einkommen der Beschäftigten zu finanzieren.
3. In den vergangenen Jahren ist das Lohngefüge in bis dato nicht gekanntem Ausmaß nach unten ausgefranst. In vielen Branchen werden kaum noch Löhne über dem Niedriglohn-Niveau bezahlt. Hier muss eine Untergrenze eingezogen und durchgesetzt werden, die gerade die unteren Lohngruppen auf ein akzeptables, existenzsicherndes Niveau hebt. Dies bedeutet einerseits, die Ausweitung von branchenbezogenen Mindestlöhnen auf der Basis von Tarifverträgen zu unterstützen. Wo dies nicht ausreicht oder nicht gelingt, muss andererseits als unterste Grenze ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden. Lohnkostenzuschüsse, etwa für leistungseingeschränkte Menschen oder

Langzeitarbeitslose, darf es nur für Löhne ab diesem Mindestlohn geben. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wird allerdings ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn abgelehnt und als Untergrenze die Sittenwidrigkeit von Löhnen auf einem völlig inakzeptablen Niveau festgelegt. Damit werden Niedrigstlöhne nicht bekämpft, sondern legitimiert.

4. Eine wachsende Zahl der Beschäftigten ist mit Leiharbeit, unfreiwilliger Teilzeitarbeit, befristeten Anstellungen und Minijobs konfrontiert. Diese Beschäftigungsverhältnisse gehen nicht nur meist mit einer geringeren Entlohnung und schlechteren Arbeitsbedingungen einher, sondern sie erhöhen zugleich den Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Kernbelegschaften. Hier gilt es gegenzusteuern: Notwendig ist erstens eine eindeutige Regulierung und radikale Reduktion von Leiharbeit und unfreiwilliger Teilzeitarbeit. Zweitens muss auch geringfügige Beschäftigung voll steuer- und sozialversicherungspflichtig werden. Drittens ist befristete Beschäftigung, soweit sie nicht explizit zur Beschäftigungssicherung gegen Entlassungen dient, auf ein Minimum zu reduzieren. In allen drei Fällen sind den Beschäftigten hinreichende Möglichkeiten kostenfreier beruflicher Weiterqualifizierung einzuräumen.

D. Arbeitsmarktpolitik beschäftigungsorientiert gestalten!

Arbeitsmarktpolitik ist konsequent an den Interessen der Beschäftigten zu orientieren. Sie

unterstützt die Beschäftigten bei der Bewältigung konjunktureller und struktureller Krisen und stabilisiert die Binnennachfrage. Eine gute Arbeitsmarktpolitik unterstützt und flankiert zudem wirtschafts-, struktur- und lohnpolitische Maßnahmen: Kurzarbeit erhält Jobs in Zeiten der Krise; Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen ermöglichen es ihnen, neue berufliche Wege einzuschlagen. Sie kann zudem Beschäftigungsbrücken bauen, indem ältere Arbeitnehmer zu annehmbaren Konditionen früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden, um Einstiegsmöglichkeiten für Jüngere – z.B. nach der Ausbildung oder nach dem Studium – zu schaffen.

1. Das Arbeitslosengeld wirkt in konjunkturellen Krisen als doppelter Schutzschirm. Es schützt die Existenz der von Arbeitslosigkeit Betroffenen und wirkt damit zugleich als Stabilisator für die Binnennachfrage. Es ist in diesen Funktionen zu stärken: Das schnelle Absinken von Arbeitslosen auf das Niveau des Arbeitslosengeldes II ist durch die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I auf einheitlich 24 Monate zu verhindern. Außerdem sind der Regelsatz des Arbeitslosengeldes zu erhöhen und die Möglichkeiten individueller beruflicher Weiterqualifizierung auszubauen. Zur Finanzierung dessen ist es notwendig, die Arbeitslosenversicherung sachgerecht zu entlasten und die Defizithaftung des Bundes für konjunkturbedingte Belastungen der Arbeitslosenversicherung wieder einzuführen. Die Hartz-IV-Gesetze

sind grundlegend zu ändern: Die enorm ausgedehnten Ein-Euro-Jobs sowie die Zumutbarkeitsregelungen sind abzuschaffen; es bedarf stattdessen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die über Qualifizierung und angemessene Bezahlung in den ersten Arbeitsmarkt führt.

2. Mit dem Instrument der Kurzarbeit ist, auch mit finanziellen Einbußen unserer Kolleginnen und Kollegen, die Zunahme der Arbeitslosigkeit um Hunderttausende verhindert worden. Es muss alles dafür getan werden, die Menschen auch weiterhin in betrieblichen Arbeitsverhältnissen zu halten – die erfolgte gesetzliche Ausweitung der Kurzarbeit auf 24 Monate bildet dafür eine gute Basis. Darüber hinaus regen wir eine bezirkliche Initiative zur Arbeitszeitverkürzung an. Vor dem Hintergrund der betrieblichen und branchenmäßigen Situation in den verschiedenen Bundesländern unseres Bezirkes soll dabei eine offene Diskussion über vielfältige Formen der Arbeitszeitverkürzung und der Anpassung von Arbeitszeiten in Ost und West geführt werden.
3. Um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen und den Beschäftigten neue berufliche Möglichkeiten zu eröffnen, sind die betrieblichen Anstrengungen zur qualifizierten Aus- und Weiterbildung zu verstärken. Hier wäre etwa an die Einführung einer Umlagefinanzierung der Ausbildung zu denken – aber etwa auch daran, Ältere und Frauen noch stärker in berufliche Qualifikationsmaßnahmen einzubeziehen. Im Rahmen der Kurzarbeit sind den Beschäftigten

umfassende Möglichkeiten der Weiterqualifizierung anzubieten, etwa um eine Berufsausbildung nachzuholen, eine höher qualifizierte Ausbildung zu erreichen oder ein Studium zu absolvieren. Über die Ausdehnung des Kurzarbeitergeldes auf 36 Monate könnte hierfür eine Freistellung mit Lohnersatz geschaffen werden.

4. Das Auslaufen der geförderten Altersteilzeit im Jahr 2009 und die Rente mit 67 sind – erst recht unter den Bedingungen eines krisenhaften Arbeitsmarktes – unverantwortlich und gegen die Interessen älterer und jüngerer Beschäftigter gerichtet. Beide gesetzliche Regelungen sind zurückzunehmen. Für die Übernahme von Auszubildenden und die Einstellung von Hochschulabsolventen muss kurzfristig wieder eine Förderung der Altersteilzeit möglich werden.

Begründung:

Siehe Antragstext

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Annahme mit Änderungen und Weiterleitung an den Bezirksvorstand mit der Empfehlung um Weiterleitung an den Bundeskongress

Entscheidung der Konferenz:

Annahme mit Änderungen an den DGB-Bundeskongress
ABK-Änderungen sind im Text enthalten.

**Antrag A2
Wirtschafts/Arbeitsmarktpolitik**

Öffentliche Wirtschaftsförderung stärken, Interessen der Beschäftigten berücksichtigen!

Antragsteller:

DGB-Bezirksvorstand

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen.

Der DGB hält eine aktive, dauerhafte und nachhaltige staatliche Wirtschaftsförderung für zwingend notwendig. Auch die Länder und Kommunen sind gefordert, wenn es darum geht, die Wirtschaftsstruktur in Deutschland zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die interessengeleitete neoliberale Theorie, nach der Märkte alleine für Wohlstand und Beschäftigung sorgen, hat sich nicht zuletzt im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise als Katastrophe entpuppt. Es bedarf zur Bewältigung dieser Krise wie auch im Anschluss an sie eines offensiven staatlichen Engagements in der Wirtschaftsförderung, etwa durch Investitions- und Innovationsförderung, durch Beteiligungskapital oder durch Bürgschaften insbesondere für in eine Existenzkrise geratene Unternehmen. Entsprechende wirtschaftspolitische Anstrengungen sind zu verstärken. Nur auf diese Weise lässt sich die wirtschaftliche

Basis Niedersachsens, Bremens und Sachsen-Anhalts dauerhaft erhalten und zukunftsfähig weiterentwickeln – und zwar sowohl in industriellen Branchen wie auch im Bereich der Dienstleistungen.

Staatliche Wirtschaftsförderung darf sich dabei allerdings nicht alleine auf das Ziel beschränken, Unternehmen und Arbeitsplätze zu erhalten und auszubauen. Sozial ist nicht, was Arbeit schafft, sondern was Gute Arbeit schafft. Nicht jeder geförderte Arbeitsplatz entspricht diesem Kriterium. Es muss deshalb die Aufgabe von Wirtschaftsförderung sein, den Erhalt und die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Basis der Länder mit der Förderung von Tarifbindung, Mitbestimmung und der Achtung gesetzlicher Vorschriften im Arbeits- und Gesundheitsschutz zu verbinden. Dies ist nicht nur im Interesse der Beschäftigten, sondern gerade auch im Interesse der öffentlichen Hand: Niedriglöhne führen unmittelbar zu weniger Steuern und weniger Einnahmen in allen Sozialversicherungen. Schlechte Arbeitsbedingungen führen zu mehr Aufwand für Gesundheit. Im Ergebnis muss der Staat dann durch staatliche Leistungen einspringen, die er wegen mangelnder Einnahmen nur durch Schulden erbringen kann.

Die Sinnhaftigkeit einer bestimmten Wirtschaftsfördermaßnahme ist aus Gewerkschaftssicht von Fall zu Fall zu entscheiden. Es gilt schließlich abzuwägen: Einerseits haben die Beschäftigten jedes Unternehmens ein Interesse daran, ihren Arbeitsplatz zu erhalten

– und zwar selbst dann, wenn dieser bei Tarifbindung, Arbeits- und Gesundheitsschutz oder Mitbestimmung Defizite aufweist. Andererseits aber haben die Beschäftigten insgesamt ein Interesse daran, einen Wettbewerb um die schlechtesten Arbeitsbedingungen zu verhindern und ihren eigenen Arbeitsplatz nicht durch die öffentliche Förderung fragwürdiger Schmutzkonkurrenz gefährdet zu sehen. Um diese Abwägung in angemessener Weise vornehmen zu können, ist eine stärkere Einbindung und Berücksichtigung der Gewerkschaften und der Betriebsräte oder Personalräte notwendig. Notwendig sind ferner politische Prozesse und Institutionen, die in allen Belangen der Wirtschaftsförderung eine Sicherung von Mindeststandards bei Entlohnung, Mitbestimmung und Arbeitsbedingungen gewährleisten.

Der DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt fordert die Landesregierungen Niedersachsens, Bremens und Sachsen-Anhalts sowie regionale Wirtschaftsförderungseinrichtungen deshalb auf:

1. Eine aktive Wirtschaftsförderung im Rahmen eines integrierten Konzeptes beizubehalten, auszubauen und auch nach der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise weiterzuführen. Dies umfasst die zielgerichtete Vergabe von Bürgschaften, Darlehen und Beteiligungskapital, von Zuschüssen zu betriebswirtschaftlich sinnvollen Maßnahmen und Projekten sowie von Fördermitteln für Forschung, Entwicklung, Innovation und betriebliche Weiterbildung. Es umfasst ferner auch

Beratungsleistungen durch landeseigene Institutionen. Insgesamt ist eine stärkere Berücksichtigung demographisch verursachter Problemlagen notwendig.

2. Bei der Vergabe finanzieller Mittel und Bürgschaften im Rahmen der Wirtschaftsförderung die Qualität der geförderten Arbeitsplätze und die Situation der Beschäftigten in den Unternehmen zu berücksichtigen. Dies bedeutet mindestens die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften beim Arbeits- und Gesundheitsschutz, die vollständige Beachtung des Betriebsverfassungsgesetzes oder Personalvertretungsgesetzes und die Nicht-Behinderung von Betriebsratswahlen oder Personalratswahlen sowie eine Tarifbindung.
3. Eine entsprechende Politik auch bei der Vergabe europäischer Strukturfondsmittel zu verfolgen. Dies gilt gerade auch dann, wenn es gegebenenfalls notwendig sein sollte, die oben genannten Kriterien juristisch zu verteidigen.
4. Gewerkschaften und Betriebsräte oder Personalräte regelmäßig und einzelfallbezogen als Ansprechpartner einzubeziehen und deren Kenntnisse über einzelne Unternehmen bei der Vergabe von finanziellen Mitteln im Rahmen der Wirtschaftsförderung stärker zu berücksichtigen. Gerade sie verfügen über das notwendige Wissen über die Situation der Beschäftigten in den Betrieben.
5. Eine Ombudsstelle des Landes einzurichten, die im Streitfall zwischen den betroffenen Unternehmen sowie den Vertreterinnen und Vertretern der Beschäftigten vermittelt. Bei Unternehmen, die die oben genannten

Kriterien nicht erfüllen, wirkt diese Ombudsstelle durch gemeinsam erarbeitete verbindliche Vorgaben auf deren Verwirklichung hin. Die Vergabe von Fördermitteln an die betreffenden Unternehmen ist an die Umsetzung dieser Vorgaben zu koppeln.

6. Bei der Vergabe finanzieller Mittel und Bürgschaften im Rahmen der Wirtschaftsförderung ein Mehr an Transparenz zu schaffen. Die in den vergangenen Jahren gestärkte Offenlegungspflicht bei der Vergabe europäischer Strukturfondsmittel ist auf die gesamte Wirtschaftsförderung zu übertragen. Wo dem juristische Hürden entgegen stehen, sind zumindest die Gewerkschaften und Betriebsräte oder Personalräte unter Wahrung der Vertraulichkeit einzubeziehen.
7. Die Förderung von Unternehmens-Neugründungen um Beratungsangebote zu beschäftigungsrelevanten Themenstellungen zu ergänzen oder, wenn vorhanden, zu stärken. Diese Beratung sollte mindestens die Vermittlung von Kenntnissen über das bundesdeutsche Tarif- und Sozialsystem sowie über das System der Mitbestimmung umfassen.

Begründung:

Siehe Antragstext

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Annahme mit Änderung

Entscheidung der Konferenz:

Annahme mit Änderung

ABK-Änderungen sind im Text enthalten.

Antrag A3

Wirtschafts/Arbeitsmarktpolitik

Beschäftigung im Dienstleistungsbereich sozial gestalten –

Öffentliche Dienstleistungen ausbauen!

Antragsteller:

ver.di-Landesbezirksvorstand
Niedersachsen-Bremen

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Der DGB fordert einen **aktiven Sozialstaat**, in dem öffentliche Dienstleistungen und staatliches Handeln darauf ausgerichtet sind, die Menschen vor sozialen Risiken zu schützen, wirksam gegen Armut und Ausgrenzung zu kämpfen und für ein Bildungssystem zu sorgen, das allen gleiche Chancen eröffnet. Darüber hinaus fordern wir eine demokratische Wirtschaftsordnung und eine gerechte Steuerpolitik, die die Konzentration auf die Stärkung des Reichtums Einzelner beendet. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Von den Landesregierungen fordert der DGB eine **Bundesratsinitiative** zur gesetzlichen Bekämpfung von prekären Beschäftigungsverhältnissen mit dem Ziel, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder auszuweiten. Mini- und Midi-Jobs gehören ebenso

abgeschafft wie Ein-Euro-Jobs. Die Leiharbeit muss eingeschränkt und gleicher Lohn für gleiche Arbeit vom ersten Tag an durchgesetzt werden.

Außerdem brauchen wir zu den branchenbezogenen Mindestlöhnen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, oberhalb von 7,50 €.

Der DGB und seine Gewerkschaften fordern eine branchenübergreifende **Qualifizierungs-offensive** mit Politik, Unternehmen und der Bundesagentur für Arbeit, um dem drohenden Fachkräftemangel in den Dienstleistungsberufen schnellstmöglich zu begegnen. Diese Offensive muss sowohl die verstärkte Berufsausbildung als auch die Qualifizierung von Arbeitslosen sowie die Fort- und Weiterbildung von Beschäftigten umfassen.

Besondere Finanzmittel und Investitionsmittel fordert der DGB vor allem in den Dienstleistungsbereichen Gesundheit, Bildung und Soziales, wie zum Beispiel

- bei der Krankenhausfinanzierung sowohl im Personalbereich als auch bei der Gerätetechnik
- in der Altenpflege vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des zunehmenden Pflegebedarfs älterer Menschen
- bei den Betreuungsangeboten in Kitas für alle Bevölkerungsgruppen zur Erfüllung des Rechtsanspruchs; dies gilt insbesondere für Niedersachsen, wo 45.000 Betreuungsplätze fehlen

- bei der personellen und baulichen Ausstattung der Schulen zur Durchsetzung von Bildungsstandards wie in anderen europäischen Ländern
- bei der personellen und investiven Ausstattung der Hochschulen in Forschung, Lehre und Entwicklung
- in der Jugend- und Sozialarbeit, um Menschen in sozialen Brennpunkten vor allem in städtischen Ballungsräumen zu helfen.

Empfehlung der Antragsberatungskommission
Annahme mit Änderungen

Entscheidung der Konferenz:
Annahme mit Änderung
ABK-Änderungen sind im Text enthalten.

Antrag B1 Bildung

Chancengleichheit durch Bildung

Antragsteller:

DGB-Bezirksvorstand des Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Bildung ist ein Menschenrecht und zugleich Mittel zur Verwirklichung anderer Menschenrechte. Bildung ist die Voraussetzung für eine volle Teilhabe der Einzelnen an der Gesellschaft. Bildungsprozesse können dazu beitragen, Benachteiligungen abzubauen. Voraussetzung ist, dass sich die Unterschiedlichkeit der einzelnen Menschen nicht diskriminierend auswirkt.

Das bisherige Bildungssystem manifestiert soziale Unterschiede der Lernenden von vornherein und schließt Teile der Bevölkerung von höherer Qualifizierung aus. Dem muss dringend gegengesteuert werden mit Bildungskonzepten, die im Sinne von Chancengleichheit und individueller Förderung bewirken, dass Menschen unabhängig von ihrer persönlichen

Ausgangssituation ihre Fähigkeiten entfalten und erweitern können.

Elementarbereich

Die ersten Lebensjahre prägen einen Menschen und sein Lernverhalten. Nie wieder in seinem Leben hat ein Mensch die Möglichkeit, in so kurzer Zeit so viel zu lernen. Deshalb ist es wichtig, dass die Kindertagesstätten einen Bildungsauftrag haben und diesen auch wahrnehmen.

Kindertagesstätten und Kindergärten müssen sich zu Bildungseinrichtungen weiterentwickeln, die bei den Kindern die Lust am Lernen wecken, ohne zu verschulen.

Der Elementarbereich muss sich aber auch an den Bedürfnissen der Eltern und unter Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie orientieren. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf kostenfreie Bereitstellung von Ganztagsplätzen.

Die Einrichtungen können aber nur dann den Anforderungen gerecht werden, wenn engagierte Fachkräfte und bessere institutionelle und materielle Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen.

Die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen der in diesem Bereich Beschäftigten müssen dringend verbessert werden. Dazu gehört die Weiterqualifizierung der zurzeit Beschäftigten ebenso wie eine qualifizierte Ausbildung. Die

Ausbildung muss sich an den europäischen Standards orientieren.

Wir fordern eine Bezahlung der Beschäftigten in den Einrichtungen, die den Anforderungen an die Tätigkeit, die Qualifikation und die Kompetenz gerecht wird.

Weiterentwicklung des Schulsystems

Das Bildungssystem ist gefordert, Pluralität zu bewältigen und Kindern und Jugendlichen zu helfen, in einer zunehmend komplexen Lage handlungsfähig zu werden und zu bleiben. Dazu ist ein Bildungssystem notwendig, das Einbindung statt Ausschluss zum Ziel hat, das an der Entfaltung der offenkundigen und der verborgenen Talente aller interessiert ist und das Verschiedenheit nicht als Belastung betrachtet, sondern als Bereicherung.

Bildung muss ganzheitlich verstanden und vom Kind aus gedacht werden und muss das persönlichkeitsorientierte Fördern aller Anlagen und Fähigkeiten zum Ziel haben. Sie darf nicht reduziert werden auf das schnelle Antrainieren von nützlichen Fertigkeiten im Sinne der Erwerbsgesellschaft.

Angeblich trennen die deutschen Schulformen Schülerinnen und Schüler nach Begabung und Leistung. Tatsächlich grenzt das traditionelle Schulsystem systematisch aus und verstärkt damit Resignation und auch Gewaltbereitschaft in Teilen der Gesellschaft. Die Sortierung erfolgt vor allem nach sozialer, aber auch nach

ethnischer Herkunft und nach psychischer Stabilität der Schülerinnen und Schüler.

Wir fordern die Überwindung der sozialen Auslese. Kinder und Jugendliche sollen wie in anderen Ländern auch bis zum Ende der Pflichtschulzeit gemeinsam miteinander und voneinander lernen und dabei in einem inklusiven Schulsystem individuell gefördert werden.

Der DGB fordert eine Strukturreform, die eine längere gemeinsame Schulzeit aller Kinder und Jugendlichen ermöglicht. Ziel aller Strukturreformen muss eine inklusive Schule sein, welche die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umsetzt und so „Eine Schule für alle“ Kinder und Jugendlichen darstellt. Aufgrund der föderalen Struktur der Bundesrepublik muss diese Perspektive für jedes Bundesland konkretisiert werden. Deshalb muss beispielsweise in Niedersachsen die Gründung neuer integrierter Gesamtschulen ohne Einschränkung möglich sein. In Bremen dagegen sind wegen des Inklusionsauftrages des Schulgesetzes alle Schulen der Sekundarstufe I in Oberschulen umzuwandeln und dabei massiv zu unterstützen. Verwirklicht werden muss eine inklusive Gesellschaft, die niemanden aussondert. Die inklusive Schule erkennt an, dass Kinder unterschiedliche Stärken und Schwächen haben und heißt alle gleichermaßen willkommen.

Ein erster Schritt zur Umgestaltung der Schulen kann darin bestehen, dass Lehrpersonen und Einrichtungen die durchgängige Verantwortung

für die ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler haben und das Abschieben von Verantwortung durch Schulwechsel oder Sitzenbleiben abgebaut wird. Weitere Schritte können eine konsequente Binnendifferenzierung und die Priorität von individueller Diagnostik und Lernstandserfassung gegenüber der traditionellen Benotung sein.

Der Sekundarbereich II muss weiter entwickelt werden. Der Unterricht muss sich stärker an Kompetenzen und Bildungszielen orientieren, die sich nicht auf einen Wissenskanon beschränken. Die individuelle Förderung der Lernenden darf nicht mit der Klassenstufe 10 enden, sondern muss auch in den folgenden Jahrgängen ein wesentlicher Bestandteil sein. Je nach Lerntempo und Vorkenntnissen muss es möglich sein, die Lernzeiten zu individualisieren, so dass das Abitur in der gymnasialen Oberstufe schon nach zwei oder aber auch spätestens nach vier Jahren erworben werden kann.

Jede Form der Schulentwicklung muss die pädagogische Weiterentwicklung ins Zentrum stellen und muss die demokratische Beteiligung aller Betroffenen ermöglichen. Fehlentwicklungen – wie zum Beispiel bei der „Eigenverantwortlichen Schule“ in Niedersachsen – müssen korrigiert werden.

Berufsausbildung der Zukunft

Alle Jugendlichen haben das Recht auf einen Ausbildungsplatz. Da nur ein kleiner Prozentsatz der Betriebe ausbildet, jeder Betrieb

und jedes Unternehmen aber Nutznießer der dualen Ausbildung ist, fordert der DGB eine Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausbildende Betriebe.

Ausbildungsk Kooperationen und Verbundausbildung sind bewährte Wege zur Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes besonders für kleine und mittelständische Unternehmen.

Der DGB fordert eine Vernetzung berufswahl-orientierender Angebote.

Im Sinne einer zukunftsorientierten beruflichen Ausbildung unterstützen der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften neue Berufe, die eine breite berufliche Grundbildung garantieren. Der DGB und die Gewerkschaften wenden sich entschieden gegen Versuche von Kammern und Verbänden, Handlangertätigkeiten zu „neuen Berufen“ zu erklären.

Zurzeit werden immer noch nicht genügend Ausbildungsplätze im dualen System zur Verfügung gestellt. Deshalb erklärt sich der DGB für eine Übergangszeit bereit, Ausbildung nach Berufsbildungsgesetz §43 Absatz 2 außerhalb des dualen Systems unter folgenden Voraussetzungen zu akzeptieren:

- Zielgruppe: unversorgte Bewerberinnen und Bewerber
- Finanzierung: aus Ausbildungsplatzabgabe, Landes-, Bundes- ESF-Mitteln, Versichertenmitteln

- Laufzeit: maximale Dauer 7 Jahre und damit zwei Ausbildungsgänge
- Ausbildungsberufe: sie müssen zukunftsfähig sein und strukturpolitisch sinnvoll
- Status: Auszubildende und damit Anwendung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), Anspruch auf tarifliche Ausbildungsvergütung
- Verantwortung für die Ausbildung: die Verantwortung muss vor Beginn der Ausbildung geklärt sein. Denkbar und möglich ist der Zusammenschluss von regionalen Akteuren. Die Entscheidung über das Einzugsgebiet trifft der örtliche Berufsbildungsausschuss.

Hochschule

Hochschulen müssen demokratisch gestaltet und sozial geöffnet werden. Die deutschen Hochschulen erleben zurzeit einen historischen Umbruch. Die Hochschulen sollen nach dem Vorbild betriebswirtschaftlicher Steuerungsmodelle umgebaut werden. Der DGB fordert deshalb einen gesellschaftlichen Dialog über die künftige Entwicklung der Hochschulen.

Wir stehen für ein alternatives Leitbild einer „demokratischen und sozialen Hochschule“ mit klaren Eckpunkten. Wir wollen Wissenschaft demokratisieren, Hochschulen sozial öffnen, Qualität von Forschung und Lehre entwickeln sowie Arbeits- und Studienbedingungen verbessern. Der DGB lehnt sowohl die staatliche Detailsteuerung der Hochschulen als auch den kompletten Rückzug von Parlamenten und

Regierungen aus ihrer Verantwortung für die Hochschulen ab.

Auch die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und Studierenden dürfen nicht abgebaut, sondern müssen gestärkt werden.

Wir lehnen eine hierarchische Unterscheidung zwischen Elite- und Massenuniversität ab. Bund und Länder müssen eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen sicherstellen und somit gute Leistungen in der Breite und in der Spitze ermöglichen. Gute Studienbedingungen sind eine Voraussetzung für ein erfolgreiches Studium. Der DGB lehnt Verwaltungskostenpauschalen und Studiengebühren ab, sie verstärken die soziale Auslese und verhindern Chancengleichheit.

Die Einführung der neuen Bachelorstudiengänge hätte dazu genutzt werden können, den Hochschulzugang zu erweitern und die Hochschulen gerade auch für junge Menschen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Familien zu öffnen. Stattdessen sind durch die neue Studienstruktur aber neue Hürden errichtet worden.

Die Bachelorstudiengänge zeigen eine erheblich gestiegene Studienabbrecherquote. Studierende klagen über hohe Belastungen, Stress und einen enormen Erfolgsdruck.

Der DGB fordert deshalb: Bachelor- und Masterstudiengänge müssen dringend im Sinne der Studierenden verbessert werden. Es

muss an allen Hochschulen möglich sein, die maximalen Regelstudienzeiten beim Bachelorstudium auszuschöpfen. Studieninhalte und -programme müssen überarbeitet werden, die Zahl der Prüfungen muss reduziert und die Anerkennung von Leistungen muss verbessert werden. Die Zulassung zu einem Masterstudium über den Bachelor-Abschluss hinaus darf zukünftig nicht mehr von „besonderen“ Zulassungsvoraussetzungen abhängig sein. Ein erfolgreich abgelegtes Bachelorexamen muss die Fortsetzung des Studiums ermöglichen. Außerdem müssen dringend bessere Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass mehr Menschen ohne traditionelle Hochschulberechtigung erfolgreich ein Studium beginnen können.

Die Barrieren beim Übergang zwischen beruflicher Bildung und Hochschulen müssen fallen. Die berufliche Bildung ist als gleichwertig anzuerkennen und muss zur Studienberechtigung führen. Damit mehr Menschen, die aus dem Berufsleben kommen, studieren können, müssen in ausreichender Zahl berufsbegleitende und Teilzeitstudiengänge angeboten und Curricula entsprechend verändert werden. Erworbene Kompetenzen und Fähigkeiten aus der Fort- und Weiterbildung müssen auf ein Studium anrechenbar sein. Die Hochschulen sind auf konkrete Quoten für beruflich qualifizierte zu verpflichten. Der Lebensunterhalt ist über BAföG abzusichern. Die Mittel für die Ausbildungsförderung müssen allerdings deutlich erhöht und die Förderbedingungen verbessert

werden. Ein Stipendiensystem kann das BAföG nur ergänzen, nicht ersetzen.

Erwachsenenbildung

Öffentlich verantwortete Bildung und vor allem Erwachsenenbildung zielt auf die Gesamtheit der Lernbedürfnisse der/des Einzelnen. Erwachsenenbildung ist nicht nur Bestandteil von Sozialstaatlichkeit, sondern auch ein wichtiger Faktor zur Sicherung sozialer Demokratie, indem sie Lebensperspektiven eröffnet und dadurch zum Ausgleich möglicher sozialer Konflikte beiträgt. Erwachsenenbildung ist auch ein Standortfaktor.

Im Interesse einer zukunftsfähigen Erwachsenenbildung ist die Realisierung der nachfolgenden Punkte unverzichtbar:

- Die Erwachsenenbildung benötigt weiterhin die Förderung und ordnungspolitische Gestaltung der Länder, damit die zunehmende soziale Ausgrenzung von Bildungsbenachteiligten in unserer Gesellschaft verhindert wird.
- Die staatliche Bildungspolitik ist aufgefordert, ein ganzheitliches Erwachsenenbildungskonzept zu entwickeln, in der der schulische Bereich mit der Erwachsenenbildung verbunden ist. Die politische, allgemeine, berufliche und betriebliche Weiterbildung muss stärker miteinander verzahnt werden.
- Die besondere Förderung politischer Bildung ist angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche unverzichtbar.

Eine zukunftsfähige Gesellschaft braucht kreative, selbstbewusste und bildungsmotivierte Menschen. Dem dient der Bildungsurlaub für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das Recht auf Bildungsurlaub darf nicht durch zu hohe finanzielle Hürden in Frage gestellt werden. Die Kürzungen der Mittel in der Erwachsenenbildung haben zu einer erheblichen Verschlechterung geführt.

Der Zweite Bildungsweg ist ein Kernbereich für Durchlässigkeit und mehr Chancengleichheit in der Bildung. Die Förderung insbesondere der Kurse zum nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses ist sozial- und bildungspolitisch dringend geboten.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Annahme mit Änderungen

Entscheidung der Konferenz:

Annahme mit Änderungen

ABK-Änderungen sind im Text enthalten.

Antrag B2
Bildung**Abschaffung Studiengebühren****Empfehlung der**
Antragsberatungskommission
Material zum Leitantrag Bildung B1**Entscheidung der Konferenz**
Material zum Leitantrag Bildung B1**Antragsteller:**

DGB-Regionsvorstand Südniedersachsen-Harz

Wortlaut:

Die 3. Ordentliche DGB-Bezirksdelegiertenkonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt möge beschließen, dass die niedersächsische Landesregierung und der Bremer Senat aufgefordert werden, die Studiengebühren abzuschaffen.

Begründung:

Studiengebühren sind ein Relikt aus dem letzten Jahrhundert.

Studiengebühren im Erststudium sind die falsche Lehre aus Pisa – sowohl weniger Studierende als vor allem weniger weibliche Studierende sind die Folge dieser vom Land Niedersachsen getroffenen Entscheidung. Ungleiche Bildungschancen ergeben sich, eine Zweiklassengesellschaft ist bereits im Lande wahrzunehmen. Ohne wohlhabende Eltern werden die Studierenden zu „Bettelstudenten“. Dies trifft vor allem Kinder aus der sogenannten Mittelschicht und Familien mit mehreren Geschwistern.

Antrag B3 Bildung

Ausbildungsplätze

Antragsteller:

DGB-Regionsvorstand Südniedersachsen-Harz

Wortlaut:

Die 3. Ordentliche DGB-Bezirksdelegiertenkonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt möge beschließen, dass die Arbeitgeber ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen müssen. Die Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausbildungswillige Betriebe ist endlich durchzusetzen.

Begründung:

Seit Jahren fehlen Ausbildungsplätze für die Schulabgänger. Der sogenannte Ausbildungspakt ist gescheitert! Zur gleicher Zeit fehlen Facharbeiterinnen und Facharbeiter in den Betrieben. Ausbildungsangebote und eine Ausbildungsabgabe muss es geben, um der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verantwortung nachzukommen.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Material zum Leitantrag Bildung B1

Entscheidung der Konferenz:

Annahme mit Änderungen
ABK-Änderungen sind im Text enthalten.

Antrag B4 Bildung

Volksbegehren gegen Turbo-Abitur an Gesamtschulen unterstützen

Antragsteller:

Regionsvorstand DGB-Region
Niedersachsen-Mitte

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Wir fordern den DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt und seine Gliederungen sowie die Gewerkschaften auf, sich auf Landesebene dem Volksbegehren in Niedersachsen anzuschließen und eine aktive Unterstützung zu gewährleisten.

Begründung:

Gegen die Verkürzung der Schulzeit für Abiturienten von 13 auf 12 Jahre auch an den Gesamtschulen gibt es breiten Widerstand. Eine noch größere Belastung der Kinder durch erhöhten Leistungsdruck ist zu befürchten. Außerdem droht durch eine Verkürzung der Schulzeit an den Gesamtschulen das ganze Modell des gemeinsamen Lernens der Leistungsideologie geopfert zu werden. Protestbriefe, Unterschriftensammlungen, Informationsveranstaltungen, Kundgebungen

und Demonstrationen unter maßgeblicher Beteiligung der GEW wurden organisiert. Ohne Erfolg – die Niedersächsische Landesregierung zeigte sich unbelehrbar.

Mit einem Volksbegehren wird jetzt der Druck erhöht. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens umfasst drei Forderungen:

- Abitur nach 13 Jahren an Gesamtschulen und Gymnasien
- Beseitigung der gesetzlichen Mindestzügigkeit bei Neugründungen für Gesamtschulen
- Erhalt und Fortführung der vollen Halbtagsgrundschulen.

Immer mehr Eltern wünschen sich Integrierte Gesamtschulen. Die Landesregierung ignoriert den Elternwillen oder legt ihm immer neue Knüppel in den Weg.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Annahme mit Änderung

Entscheidung der Konferenz:

Annahme mit Änderung

ABK-Änderungen sind im Text enthalten.

Antrag F1

Frauen

Girls' Day

Antragsteller:

Bezirksfrauenausschuss

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Die Delegierten des DGB-Bezirksfrauenausschusses Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt fordern den DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt auf, seinen politischen Einfluss gegenüber den Parteien, Verbänden und Ministerien geltend zu machen, um die Fortsetzung des Girls' Days in Niedersachsen in seiner ursprünglich Form zu erreichen.

Der DGB soll sich ebenfalls dafür einsetzen, dass eine gesonderte Kampagne für Jungen in „typischen Mädchenberufen“ ins Leben gerufen wird. Der Girls' Day darf auch in Zeiten des Fachkräftemangels während und nach der Krise nicht dazu dienen, lediglich potenzielle Auszubildende auf sich aufmerksam zu machen.

Weiterhin wird der DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt aufgefordert, geeignete Materialien für die Umsetzungsmaßnahmen vor Ort zur Verfügung zu stellen.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Annahme mit Änderungen

Entscheidung der Konferenz:

Annahme mit Änderungen

ABK-Änderungen sind im Text enthalten.

Antrag I1 Integration

Vielfalt statt Einfalt – interkulturelle Öffnung der Unternehmen in der Wirtschaft, des öffentlichen Dienstes und der Gewerkschaften.

Antragsteller:

DGB-Bezirksvorstand

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Der DGB setzt sich dafür ein, dass interkulturelle Kompetenz ein wichtiger Bestandteil der Fort- und Weiterbildung in allen betrieblichen, öffentlichen Verwaltungen und auch in den Gewerkschaften darstellt. Denn nur sie ermöglicht die souveräne Teilnahme an kultureller Vielfalt.

Bisher haben oftmals die Gewerkschaften eine Vorreiterrolle in den Fragen der Migration und Integration in unserer Gesellschaft übernommen. Doch sie allein können nicht die drängenden Probleme lösen.

So sollten z. B. die Unternehmen, die Kirchen, die Behörden, die Gewerkschaften prüfen, wie sie jeweils die interkulturelle Kompetenz fördern und zu ihrem Nutzen einsetzen können.

Um den Prozess der interkulturellen Öffnung zu begleiten, sind folgende Aufgaben in den Betrieben und öffentlichen Verwaltungen als auch innerhalb der Gewerkschaften voranzutreiben:

- Sensibilisierung der MitarbeiterInnen z.B. durch das Angebot von interkulturellen Verankerung der interkulturellen Öffnung in allen Entscheidungsprozessen z.B. durch das Angebot von interkulturellen Trainingsangeboten und Seminaren
- Verankerung der interkulturellen Öffnung in Personal- und Organisationsentwicklungsprozessen

Beispielhaft könnte dieses Ziel durch ein Projekt im DGB-Bezirk erreicht, begleitet und umgesetzt werden, um so eine Art Musterbeispiel zu entwickeln.

Der Bezirk wird gebeten durch ein Projekt die Arbeit einzuleiten.

Begründung:

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Hier leben 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, davon entfallen auf Niedersachsen ca. 480.000, auf Sachsen-Anhalt ca. 42.300, auf Bremen Land 150.000.

Durch Mehrsprachigkeit, interkulturelle Kompetenz oder die eigene Migrationserfahrung verfügen MigrantInnen über besondere Potenziale, die in der globalisierten Arbeitswelt gefragt und eine kulturelle Bereicherung sind. MigrantInnen sind für uns alle unverzichtbar.

Deshalb brauchen wir einen bewussten Umgang mit unterschiedlichen Kulturen in allen Bereichen unserer Strukturen.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Annahme mit Änderungen

Entscheidung der Konferenz:

Annahme mit Änderungen

ABK-Änderungen sind im Text enthalten.

Antrag J1 Jugend

Gegen Studiengebühren

Entscheidung der Konferenz:

Weiterleitung an den Bezirksvorstand als
Arbeitsmaterial

Antragsteller:

DGB-Bezirksjugendkonferenz

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Die DGB-Jugend und der DGB setzen sich verstärkt für ein offenes und soziales Hochschulsystem und somit gegen Studiengebühren ein.

Die DGB-Jugend und der DGB fordern ein sozial gerechtes und öffentlich organisiertes Bildungs- und Hochschulsystem. Jede Form von direkten oder indirekten Bildungsgebühren, z.B. Studiengebühren zur Finanzierung der Hochschulen muss strikt abgelehnt werden. Alle bereits bestehenden Gebührenpflichten sind abzuschaffen, ebenso Rückmelde- und Verwaltungsgebühren aller Art, die lediglich als versteckte Studiengebühren fungieren. Dies gilt auch für alle Berufsakademien.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Als Material an den Bezirksvorstand

Antrag J2 Jugend

Lernmittelfreiheit

Entscheidung der Konferenz:

Weiterleitung an den Bezirksvorstand als
Arbeitsmaterial

Antragsteller:

DGB-Bezirksjugendkonferenz

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Die DGB-Jugend bekennt sich zur vollständigen Lernmittelfreiheit in allen Bundesländern und fordert die Bezirksvorstände des DGB auf, sich für diese Forderung in ihren jeweiligen Bundesländern einzusetzen. Die in mehreren Bundesländern erfolgte Abschaffung oder Aufweichung der Lernmittelfreiheit ist für die DGB-Jugend nicht hinnehmbar.

In den Schulgesetzen der Länder ist die kostenlose Nutzung der Schulbücher und Unterrichtsmaterialien festzuschreiben und umzusetzen sowie die generelle Gebührenfreiheit aller Bildungsgänge an beruflichen Schulen zu verankern. Dies gilt auch für anfallende sonstige Kosten wie z.B. Kopierkosten.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Als Material an den Bezirksvorstand

Antrag J3 Jugend

Kontrolle der Ausbildung verbessern

Antragsteller:

DGB-Bezirksjugendkonferenz

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Der DGB setzt sich für eine stärkere und umfassende Kontrolle und Überwachung der Pflichten der Auszubildenden nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO) in der betrieblichen Ausbildung ein. Die Kammern werden aufgefordert, ihrer eigentlichen Überwachungsaufgabe nachzukommen und die Qualität der Berufsausbildung in den Betrieben zu überprüfen. Dies muss verstärkt von den gewerkschaftlichen Vertreter/innen in den Berufsausschüssen der Handwerks- und Industriekammern eingefordert werden.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Als Material an den Bezirksvorstand

Entscheidung der Konferenz:

Weiterleitung an den Bezirksvorstand als Arbeitsmaterial

Antrag J4 Jugend

**Keine Lockerung des
Jugendarbeitsschutzgesetzes**

Antragsteller:

DGB-Bezirksjugendkonferenz

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist eines der wesentlichen Gesetze zum Schutz von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren vor gesundheitlichen Gefahren am Arbeitsplatz und vor Überlastung. Derzeit wird in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe diskutiert, den Jugendarbeitsschutz drastisch zu beschneiden.

Die DGB-Jugend Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt bekennt sich zu einem wirkungsvollen Jugendarbeitsschutz und lehnt alle Vorschläge zur seiner Einschränkung ab. Wir fordern alle politischen Akteure auf, gemeinsam mit uns zu verhindern, dass z.B.:

- das Züchtigungsverbot aus dem Gesetz gestrichen wird,
- die Ruhepausen gekürzt werden,
- die Nachruhe durch längere oder früher beginnende Arbeitszeiten eingeschränkt wird,

- Samstags- und Sonntagsarbeit ausgeweitet wird.

Dazu sind alle Ebenen des DGB und der DGB-Jugend aufgefordert, verstärkt Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, mit dem Ziel, Unkenntnis abzubauen und die Gesellschaft für die Wichtigkeit des Jugendarbeitsschutzgesetzes zu sensibilisieren und im Interesse der Jugendlichen direkt und indirekt (z.B. über Landesjugendringe) auf die politischen Entscheidungsträger in Bund und Ländern einzuwirken.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Als Material an den Bezirksvorstand

Entscheidung der Konferenz:

Weiterleitung an den Bezirksvorstand als Arbeitsmaterial

Antrag J5 Jugend

Arbeitszeitverkürzung

Antragsteller:

DGB-Bezirksjugendkonferenz

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Die DGB-Jugend startet eine interne Diskussion zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und die dadurch entstehende Verteilung der Arbeit. Hierbei sollte jegliche Verkürzung der Arbeitszeit berücksichtigt werden, nicht nur die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung. Weiterhin ist die Auseinandersetzung darüber notwendig, wie wir den derzeitigen Trend weiterer Arbeitszeitverlängerung aufhalten können und die 35 Stunden Woche wieder stabilisieren. Die DGB-Jugend Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt spricht sich weiterhin nur für Arbeitszeitverkürzung aus, bei vollem Entgeltausgleich. Ziel ist es, eine Diskussion über die Forderung der Arbeitszeitverkürzung in den Gewerkschaftsjungen und dem DGB zu fördern und einen Beitrag dazu zu leisten, die Forderung wieder zu einem zentralen gesamtgewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Anliegen zu machen.

Empfehlung der**Antragsberatungskommission:**

Als Material an den Bezirksvorstand

Entscheidung der Konferenz:

Weiterleitung an den Bezirksvorstand als
Arbeitsmaterial

Antrag J6**Jugend****Lebensmitteltransparenz****Antragsteller:**

DGB-Bezirksjugendkonferenz

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Der DGB setzt sich für eine genaue Kennzeichnung aller Lebensmittel ein.

Gekennzeichnet werden sollen z.B. unter welchen Arbeitsbedingungen die Lebensmittel hergestellt worden sind, wie die Rohstoffe gewonnen worden sind, wie viel Wasser oder andere Stoffe für die Herstellung verbraucht worden sind. Dies könnte in Form einer Ampeltabelle auf allen Verpackungen geschehen.

Empfehlung der**Antragsberatungskommission**

Als Material an den Bezirksvorstand

Entscheidung der Konferenz:

Weiterleitung an den Bezirksvorstand als
Arbeitsmaterial

Antrag J7 Jugend

Gegen Krieg, Militarisierung und Demokratieabbau

Antragsteller:

DGB-Bezirksjugendkonferenz

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Im Sinne der von der 20. Jugendkonferenz der IG Metall im Januar 2007 beschlossenen Anträge „Gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren! Gegen den Ausbau des staatlichen Gewaltenapparates und den fortschreitenden Demokratieabbau! Für eine Zukunft der Jugend außerhalb der Bundeswehr!“, „Schäubles Plan zur Änderung des Grundgesetzes = Frontalangriffe auf die Demokratie!“ und „Krieg und Frieden“, in dem es unter anderem heißt:

„Die Bundeswehr wird zur Angriffsarmee, die auch im Inneren eingesetzt werden kann. Der Überwachungsapparat wird zentralisiert und enorm ausgeweitet. Die Grundrechte außer Kraft gesetzt. Alle diese Maßnahmen der Regierung bedeuten einen direkten Angriff auf die Demokratie. Als Gewerkschaft stehen wir bei der Verteidigung der Demokratie in besonderer Verantwortung. Die IG Metall-Jugend

muss über die aktuellen Entwicklungen und die damit verbundenen Gefahren für die Demokratie und den Weltfrieden in den Betrieben und Berufsschulen aufklären.“

spricht sich die DGB-Jugend gegen Krieg, Kriegsvorbereitung und Abbau der Demokratie aus. Darunter fallen insbesondere folgende Punkte:

1. Die DGB-Jugend setzt sich für Frieden und Abrüstung ein. In Anbetracht der Geschichte des letzten Jahrhunderts, in dem auf die Weltwirtschaftskrisen von 1905 bis 1908 und von 1928 bis 1932 jeweils ein Weltkrieg folgte, verstärkt die DGB-Jugend gerade jetzt in der aktuellen Weltwirtschaftskrise ihr Engagement gegen Krieg, als Lösung der sich in der Krise verschärfenden Kämpfe um Märkte und Einflussphären. Im Sinne der internationalen Solidarität verurteilt sie, dass Kollegen auf Kollegen schießen und andere daran verdienen.
2. Die DGB-Jugend spricht sich gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inland aus. Mit Ausnahme im tatsächlichen Katastrophenfall. Gegen eine Grundgesetzänderung, die das ermöglicht und genauso gegen die derzeitige Handhabung des Grundgesetzes, bei der die Bundeswehr unter dem Vorwand der Amtshilfe oder durch die Übertragung des Hausrechts für öffentliche Plätze schon jetzt im Inland eingesetzt wird. In der Geschichte dieses Landes wurde die Armee auch genutzt um

- gegen Streiks im Inland vorzugehen, diese Geschichte darf sich nicht wiederholen.
3. Die DGB-Jugend spricht sich gegen die Militarisierung der Gesellschaft aus, insbesondere der Kinder und Jugendlichen. Sie verurteilt, dass Kinder angefangen bei Militärspielzeug bis hin zu militärischen Freizeitcamps an das Kriegshandwerk herangeführt werden. Sie verurteilt, dass Jugendlichen das Soldat/in-Dasein als ganz normaler Beruf vermittelt wird und die Bundeswehr in Schulen, Ausbildungsbetrieben, Hochschulen und Arbeitsämtern als Lehrkraft, Ausbilder/in und Berufsberater/in auftritt. Insbesondere lehnt sie Kooperationen zwischen Bundeswehr und Kultusministerien, wie in Nordrhein-Westfalen und im Saarland ab, durch die Unterrichtsstunden und Lehrerfortbildungen durch die Bundeswehr zur Pflicht werden. Genauso vehement spricht sie sich dagegen aus, dass das Kriegsspiel Pol&Is zum Ausbildungsplan in Betrieben und scheinpflichtigen Seminaren an Hochschulen geworden ist. Nicht zuletzt verurteilt sie die regelmäßigen Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr in Arbeitsämtern sowie die feste Einrichtung von Rekrutierungsbüros in Arbeitsämtern.
 4. Die DGB-Jugend verurteilt die Militarisierung des Katastrophenschutzes durch die Einrichtung sogenannter Verbindungskommandos aus Reservisten der Bundeswehr, die in allen Katastrophenschutzstäben auf Kreis-, Regions- und Bezirksebene sitzen und zur ständigen Beratung der Regierenden Büros in den Rathäusern eingerichtet werden. Zusammen mit den Landeskommandos auf Ebene der Bundesländer und den vier Wehrbereichskommandos, besetzt mit aktiven Soldaten, wurde so ein flächendeckendes Netz des Militärs für den Einsatz der Bundeswehr im Inland geschaffen, durch das die Bundeswehr auch Zugriff auf sämtliche zivile Hilfsorganisationen und deren Mitglieder erhalten hat.
 5. Die DGB-Jugend verurteilt die zunehmende Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten, z.B. im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum. Diese Zusammenarbeit widerspricht dem aus der Erfahrung mit der faschistischen Gestapo verhängten Trennungsgebot. Das schließt auch die Ausweitung der Befugnisse von Polizei, insbesondere des BKA und der Bundespolizei, auf geheimdienstliche Ermittlungsverfahren ein.
 6. Die DGB-Jugend verurteilt die Einschränkung von Grundrechten, wie z.B. die Versammlungsfreiheit durch die Föderalismusreform und das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis durch das aktuelle BKA-Gesetz.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Als Material an den Bezirksvorstand

Entscheidung der Konferenz:

Weiterleitung an den Bezirksvorstand als Arbeitsmaterial

Antrag J8 Jugend

Jugend nicht vergessen!

Antragsteller:

DGB-Bezirksjugendkonferenz

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

In die Satzung des DGB ist an geeigneter Stelle folgender eigenständiger Paragraph einzufügen:

§ (xyz) Jugendverband des Bundes

1. Die Jugendorganisationen der im Bund vereinigten Gewerkschaften bilden die DGB-Jugend als Jugendverband der Gewerkschaftsjugend. Als Teil des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist die DGB-Jugend eigenständiger Jugendverband. Die DGB-Jugend nimmt die jugendpolitischen Aufgaben gemäß § 2 der Satzung des Bundes wahr.
2. Mitglieder der DGB-Jugend sind die jugendlichen Mitglieder der Gewerkschaften des Bundes nach ihren jeweiligen Richtlinien. Eine direkte Mitgliedschaft in der DGB-Jugend ist nicht möglich. Die Mitgliedsrechte werden von den Jugendorganisationen der Gewerkschaften des Bundes wahrgenommen.
3. Die Entscheidungs- und Gremienstrukturen der DGB-Jugend sind in eigenen Richtlinien festgelegt. Die Gremien der DGB-Jugend gliedern sich in Ausschüsse und Konferenzen. Sie enthalten klare Zuständigkeiten für die Strukturen des Bundes. Die höchsten Gremien der DGB-Jugend sind die DGB-Bundesjugendkonferenz und der DGB-Bundesjugendausschuss.
4. Die Ausschüsse der DGB-Jugend sind auf ihrer jeweiligen Strukturebene antragsberechtigt an die Konferenzen und Vorstände des Deutschen Gewerkschaftsbundes.
5. Die Ausschüsse der DGB-Jugend können auf ihrer jeweiligen Strukturebene eine/n eigene/n Vertreter/in mit Sitz und Stimmrecht in die Vorstände des Deutschen Gewerkschaftsbundes entsenden.
6. Die Ausschüsse der DGB-Jugend können auf ihrer jeweiligen Strukturebene jeweils drei ordentliche Vertreter/innen in die Konferenzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und in den Bundesausschuss entsenden.
7. Die DGB-Jugend verfügt als Jugendverband des Bundes über eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit. Sie verfügt selbständig über ihre vom Bund und der öffentlichen Hand zugewiesenen Finanzmittel.
8. Der Bund unterstützt den Jugendverband bei der Erfüllung seiner Aufgaben, insbesondere in der Finanz- und Personalverwaltung sowie in der Öffentlichkeitsarbeit.

Nach Einfügung des oben formulierten § sind im § 2, Absatz 3 Abschnitt e) folgende Sätze zu streichen: „Als Teil des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist die DGB-Jugend eigenständiger Jugendverband. Die Entscheidungsstrukturen sind in Richtlinien festgelegt.“ Darüber hinaus sind alle weiteren Hinweise auf die Antragsrechte der Gremien der DGB-Jugend und auf Vertreter der DGB-Jugend in Vorständen und Konferenzen zur Vermeidung von Doppelungen zu streichen.

Die DGB-Jugend verurteilt ein Vergessen der Gruppen Jugend, Frauen und Senioren zutiefst und fordert die Einhaltung des demokratischen Aufbaus des DGB. Eine Aufweichung des demokratischen Aufbaus wird es mit uns nicht geben!

Die Gremien der DGB-Jugend entsenden auf ihrer jeweiligen Strukturebene eine/n Vertreter/in mit Sitz und Stimme in die Vorstände des DGB.

Obligatorische Aufgaben des DGB in den Bezirken sind die Vertretung der Gewerkschaftsinteressen in allen Fragen der Landespolitik. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben gibt es eine Vertretung des DGB sowie der DGB-Jugend am Sitz der Landesregierung/en.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Als Material an den Bezirksvorstand

Entscheidung der Konferenz:

Weiterleitung an den Bezirksvorstand als Arbeitsmaterial

Antrag J9 Jugend

Verbesserung der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Strukturen in der Jugend- und Jugendbildungsarbeit

Antragsteller:

DGB-Bezirksjugendkonferenz

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Der DGB setzt sich auf allen Strukturebenen für eine Verbesserung der Arbeitssituation der Haupt- und Ehrenamtlichen in der Jugend- und Jugendbildungsarbeit ein.

Die Jugend- und Jugendbildungsarbeit im DGB wird zumeist von jungen Kolleginnen und Kollegen erbracht, die über längere Zeit ihr ehrenamtliches Engagement in die Mitglieds-gewerkschaften oder den DGB eingebracht haben. Diese Kolleginnen und Kollegen müssen einen hohen Grad an Kompetenz im Umgang mit verschiedensten Menschen und Lebenssituationen haben. Es ist diesen Kolleginnen und Kollegen – durch eine Sicherung des leichten Zugangs zu allen strukturellen Ressourcen des DGB – Wertschätzung entgegenzubringen.

Jugendbildungsarbeit braucht Orte:

Jeder Bezirk des DGBs muss eine „DGB-Jugendbildungsstätte“ unterhalten, um vor Ort eine Möglichkeit zu haben, in räumlich angenehmer Atmosphäre gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit zu ermöglichen.

Jugendbildungsarbeit braucht Kontinuität:

Jede freiwerdende Stelle (auf allen Ebenen) muss vom DGB sofort und ohne Vakanz wiederbesetzt werden. Auch längere Abwesenheiten (Krankheit, Mutterschutz und Elternzeit) dürfen keine „Löcher“ entstehen lassen. Voraussetzung ist, dass alle Kolleginnen und Kollegen vollwertige Arbeitsverträge besitzen und dies unabhängig von den öffentlichen Fördermitteln. Gewerkschaftliche Forderungen müssen für die eigenen Reihen gelten. Die politische Vorbildfunktion des DGB wurde oft erwähnt, wird aber nicht umgesetzt.

Jugendbildungsarbeit braucht gesicherte und flexible Finanzen:

Die starke Fluktuation der Hauptamtlichen in der Jugendbildungsarbeit bleibt weiterhin bestehen. Dies führt immer wieder zu Einbrüchen in der Arbeit vor Ort. Diese Einbrüche könnten durch sinnvolle Einarbeitung, flexiblen und ausreichenden Mitteleinsatz abgeschwächt werden.

DGB-Jugendbildungsarbeit braucht eine wertschätzende Haltung und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Gesamtorganisation:

Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen in der Jugendbildungsarbeit wird immer wieder die mangelnde Wertschätzung der Gesamtorganisation DGB entgegengebracht. Eine Eigenständigkeit als Jugendhilfeträger ist unabdingbar, um öffentliche Mittel einzuwerben. Dennoch wird darauf verzichtet, die Jugend an der Personalpolitik partizipieren zu lassen und sich in den Gremien des DGB aktiv einzubringen (vgl. Eckpunktepapiere der Vorsitzenden aller Mitgliedsgewerkschaften 2008 und Veränderung 2009).

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Als Material an den Bezirksvorstand

Entscheidung der Konferenz:

Weiterleitung an den Bezirksvorstand als Arbeitsmaterial

Antrag J10 Jugend

Gestaltung des 1. Mai

Antragsteller:

DGB-Bezirksjugendkonferenz

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften müssen die 1. Mai Kundgebungen und Veranstaltungen mehr auf die Bedürfnisse und Interessen von Jugendlichen und jungen Menschen zuschneiden. Sowohl der Rahmen als auch die Themen als auch die Akteure müssen für die Jugend attraktiver werden.

Begründung:

In seiner bisherigen Form ist der 1. Mai und die darum herum statt findenden Veranstaltungen für Jugendliche oft uninteressant. Die Gewerkschaftsbewegung braucht junge Menschen und von daher sollte gerade der 1. Mai als deren wichtigster Repräsentativtag diese Zielgruppe ansprechen.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Als Material an den Bezirksvorstand

Entscheidung der Konferenz:

Weiterleitung an den Bezirksvorstand als Arbeitsmaterial

**Antrag J11
Jugend**

**Handlungsspielräume ausweiten –
Aktionen zivilen Ungehorsams nutzen**

Antragsteller:

DGB-Bezirksjugendkonferenz

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Die DGB-Jugend sieht zivilen Ungehorsam als demokratischen Akt. Aktionen friedlichen zivilen Ungehorsams werden als Ausdruck legitimen politischen Protests gesehen. Der DGB wird aufgefordert, die von seinen Gliederungen, Mitgliedsgewerkschaften oder Bündnispartner/innen initiierten Aktionen zivilen Ungehorsams sowohl innerhalb der Organisation solidarisch zu unterstützen, als auch nach außen hin offensiv gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten. Menschen, die in Folge der Teilnahme an gewerkschaftlichen Aktionen zivilen Ungehorsams mit der Polizei in Kontakt geraten sind, müssen mindestens bis zur endgültigen Aufklärung solidarisch unterstützt werden.

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission**

Als Material an den Bezirksvorstand

Entscheidung der Konferenz
Weiterleitung an den Bezirksvorstand als
Arbeitsmaterial.

Antrag J12 **Jugend**

Bündnisarbeit mit der Antifa

Antragsteller:

DGB-Bezirksjugendkonferenz

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Der DGB muss für Bündnisarbeit mit antifaschistischen und ähnlichen Gruppen offen sein. Es ist weder akzeptabel noch begründbar, dass der DGB, insbesondere auf Orts- und Regionsebene, eine Zusammenarbeit mit linken antifaschistischen Gruppen ablehnt. Der DGB muss sich in einer Zeit, in der faschistisches und rechtsextremes Denken wieder auf dem Vormarsch ist, in der Öffentlichkeit klar antifaschistisch und linksideologisch positionieren und muss ebenso bereit sein, alle Formen des friedlichen zivilen Protests zu unterstützen. In Zeiten, wo verstärkt gewerkschaftliche Kundgebungen am 1. Mai wie z.B. jüngst in Dortmund von rechts tätlich angegriffen werden, auch sonst Gewerkschafter/innen bedroht werden und insgesamt die rechte Szene versucht, sich als Kraft des sozialen Protests darzustellen und die sog. „soziale Frage“ zu stellen, ist es für Gewerkschaften geradezu politisch

überlebensnotwendig, neofaschistischen Umtrieben entschieden, inhaltlich fundiert und in breiten Bündnissen entgegenzutreten.

Begründung:

Im Zuge von 1. Mai- und anderen Bündnissen ist es in der Vergangenheit vorgekommen, dass der DGB die Zusammenarbeit mit der Antifa oder ähnlichen Gruppen aus politischen Gründen abgelehnt hat. Dies ist aus den oben genannten Gründen nicht vertretbar.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Als Material an den Bezirksvorstand

Entscheidung der Konferenz:

Weiterleitung an den Bezirksvorstand als Arbeitsmaterial

**Antrag J13
Jugend**

Gewerkschaftsarbeit gegen Rassismus

Antragsteller:

DGB-Bezirksjugendkonferenz

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Die DGB-Bezirksjugendkonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt fordert den DGB dazu auf, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stärker entgegen zu wirken. Dazu müssen folgende Arbeitsschritte geschehen:

1. Der DGB wird sich in allen Gremien noch stärker mit den Themen Rassismus und Rechtsradikalismus auseinandersetzen.
2. In allen Bezirken wird mehr Öffentlichkeitsarbeit gegen Rassismus und Rechtsradikalismus praktiziert. Dies soll in Form von Demos vor Wahlen und mit Informationsständen in den Innenstädten, Schulen und Jugendclubs geschehen.
3. Auf Landes- und Bundesebene werden verstärkt Seminare zum Thema Rassismus, Rechtsradikalismus und den Wahlprogrammen der einzelnen Parteien angeboten. Dies soll sowohl für Betriebsräte und Jugend- und Auszubildendenvertretungen, als auch

für Mitglieder der DGB Gewerkschaften angeboten werden. Die dazu erforderlichen Mittel werden in Kooperation zwischen den Bezirken und der Bundesebene sichergestellt.

4. Der DGB erstellt ein Leitbild in Form von Infomaterial über die politische Ausrichtung des DGB. In diesem Leitbild soll unter anderem festgehalten werden, dass der DGB sich gegen Rassismus und rechtsorientierte Parteien, wie der NPD stellt, sich für die Gleichberechtigung aller Menschen einsetzt und sich immer für einen demokratischen Weg einsetzt. Dieses Grundsatzpapier enthält die Grundwerte, die sich aus unserer Satzung ergeben. Es bietet den Mitgliedern und denen, die es werden wollen, einen kompakten Überblick ausschließlich über unsere Werte und nicht über unseren Aufbau. Des Weiteren soll ein bundesweiter Arbeitskreis gebildet und mit der Erstellung von weiterem Infomaterial gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus beauftragt werden. Der DGB arbeitet aktiv mit den Europäischen Verbänden wie z.B. EGB zusammen. Durch regelmäßige Teilnahme an den Treffen der Europäischen Dachverbände, durch die bestimmten Vertreter und eine schriftliche Rückkopplung in die einzelnen Gremien, wird ein besserer Austausch und Informationsfluss über rassistische Vorgänge europaweit an die Mitglieder sichergestellt. Vorgehensweisen gegen Rassismus werden ausgetauscht und aufgegriffen. Ebenso soll eine aktivere Zusammenarbeit und ein Austausch mit den

Gewerkschaften der anderen Länder stattfinden, um Ausländerfeindlichkeit, die durch länderübergreifende Arbeitsverhältnisse und dem damit verbundenen Lohndumping entsteht, abzubauen. Dies kann in Form von länderübergreifenden Seminaren und Austauschveranstaltungen geschehen.

Empfehlung der Antragsberatungskommission

Als Material an den Bezirksvorstand

Entscheidung der Konferenz:

Weiterleitung an den Bezirksvorstand als Arbeitsmaterial

Antrag Ö1 **Öffentlicher Dienst**

DGB-Beamtenpolitik für die Zukunft

Antragsteller:

DGB-Bezirksvorstand des Bezirk Niedersachsen
– Bremen – Sachsen-Anhalt

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Die Föderalismusreform I hat die Zuständigkeit für das Dienstrecht in den Ländern und Kommunen verändert. Die Regelungen zum Beamtenrecht, zu Besoldung, Versorgung und zum Laufbahnrecht werden jetzt in den Ländern getroffen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Mitgliedsgewerkschaften haben die Verlagerung der Kompetenzen für das öffentliche Dienstrecht abgelehnt. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass sich die geäußerten Bedenken bestätigen. Die Beschäftigungsbedingungen in den Ländern drohen sich weiter auseinanderzuentwickeln. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften sind nun gefordert, Einfluss zu nehmen, damit ein Wechsel zwischen den Dienstherren auch künftig zu annähernd gleichen Bedingungen möglich sein wird.

Der DGB hat als Spitzenorganisation der Beamtinnen und Beamten die organisatorischen Konsequenzen aus der Föderalismusreform gezogen. Nun müssen wir in den Ländern alle Möglichkeiten ausschöpfen, um auf dem Verhandlungs- und Beteiligungswege, die nachfolgenden Ziele für die Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu erreichen. Die Interessen und Forderungen sind wirksam gegenüber der Politik zu vertreten. Es muss eine enge Abstimmung innerhalb des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes erfolgen, damit der DGB seiner Aufgabe als starke Spitzenorganisation der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger weiterhin gerecht werden kann.

1. Die Einkommens- und Arbeitsbedingungen sowie die soziale Situation sind kontinuierlich zu verbessern, um eine gleichberechtigte Teilhabe der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger an der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft zu gewährleisten. Besoldung und Versorgung müssen unabhängig von politischen und finanziellen Bedingungen der einzelnen Dienstherren gewährleistet sein.
2. Es muss auf gleicher Augenhöhe mit den öffentlichen Arbeitgebern verhandelt werden und die Beteiligungsrechte müssen zu verbindlichen Verhandlungs- und Vereinbarungsrechten ausgebaut werden, die dem

verfassungsrechtlichen Gebot der Koalitionsfreiheit gerecht werden.

3. Das öffentliche Dienstrecht ist kontinuierlich weiterzuentwickeln; in Bund, Ländern und Kommunen sind vergleichbare Verhältnisse zu bewahren bzw. wiederherzustellen und ein Auseinanderfallen der dienstrechtlichen Strukturen ist zu verhindern.

Zentrale beamtenpolitische Forderungen nach der Föderalismusreform sind:

1. Volle Koalitionsfreiheit verwirklichen.

Die Dienstherren können bisher weite Teile des Dienstrechts einseitig regeln. Dies wird den gesellschaftlichen Bedingungen im 21. Jahrhundert nicht gerecht. Wir fordern Kooperation und Partnerschaft, und dies bedeutet für das Dienstrecht: Verhandeln statt Verordnen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die bestehenden Informations- bzw. Beteiligungsrechte ausgebaut werden. Der Abschluss von Vereinbarungen über die Erweiterung bestehender Beteiligungsrechte in Bund und Ländern kann nur ein erster Schritt sein. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften haben einen Vorschlag entwickelt, der eine weitgehende Verwirklichung der Koalitionsfreiheit beinhaltet. Es muss erreicht werden, die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beamtinnen und Beamten durch öffentlich-rechtliche bzw. kollektivrechtliche Verträge zu gestalten. Dies ist schon deshalb erforderlich, um internationalem und europäischem

Recht gerecht zu werden. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften begrüßen die jüngsten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die klarstellen, dass sich Beschäftigte im Beamtenverhältnis aktiv bis hin zu kollektiven Arbeitsk Kampfmaßnahmen einschließlich des Streiks für ihre Belange einsetzen dürfen.

2. Gerechte Teilhabe an der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Maßstab für die Besoldungsentwicklung sind die Tarifabschlüsse für den Bund, die Länder und die Kommunen. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften halten an dem bewährten Grundsatz „Vorrang des Tarifs vor der Besoldung“ fest. Die Tarifergebnisse für den öffentlichen Dienst sind zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu übertragen.

3. Funktions- und leistungsgerechte sowie diskriminierungsfreie Besoldungsstrukturen
Im Bereich der Besoldung sind unterschiedliche Entwicklungen im Bund und in den Ländern festzustellen. Die Besoldungsstruktur darf sich nicht an der Haushaltssituation der jeweiligen Länder orientieren. Beim Umbau oder bei Veränderungen der Besoldungstabellen ist darauf zu achten, dass die Besoldung weder strukturell gesenkt noch das Besoldungsvolumen so umverteilt wird, dass sich für Einzelne oder Gruppen von Beschäftigten Einbußen in ihrem Lebenskommen ergeben.

Eine Besoldung, die den Anforderungen im jeweiligen Amt entspricht, ist

sicherzustellen. Es müssen ausreichend Beförderungssämter zur Verfügung gestellt werden.

4. Nachhaltige Finanzierung der Beamtenversorgung – keine Anhebung der Altersgrenzen.

Die Höhe der Versorgungsleistungen für die Beamtinnen und Beamten ist im Verhältnis noch stärker gesunken als die Besoldung. Aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen erreichen auch im öffentlichen Dienst immer weniger Beamtinnen und Beamten die gesetzlichen Altersgrenzen, so dass hier von einer weiteren Pensionskürzung ausgegangen werden muss. Wir fordern deshalb die Beibehaltung der bisherigen Altersgrenzen sowie die Fortführung der Regelungen der Altersteilzeit und die Entwicklung neuer Modelle altersgerechten Arbeitens und des flexiblen Übergangs in den Ruhestand bei Sicherung eines angemessenen Versorgungsniveaus.

Die nachhaltige Finanzierung der Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten ist sicherzustellen. Der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften fordern die Einrichtung von Pensionsfonds, um die notwendigen Mittel bereit zu stellen, die bei Eintritt in den Ruhestand zur Verfügung stehen müssen.

Der Wechsel von Beamtinnen und Beamten in die Privatwirtschaft wird durch die derzeitige Versorgungsregelung erschwert. Die erworbenen Pensionsansprüche bleiben nicht erhal-

ten. Wir fordern Regelungen zum Erhalt der Versorgungsanwartschaften.

Empfehlung der Antragsberatungskommission:
Annahme

Entscheidung der Konferenz
Annahme

Antrag S01

Satzung und Organisation

Seniorenarbeit des DGB

Gleichbehandlung der Seniorinnen und Senioren

Antragsteller:

DGB Regionsvorstand Halle-Dessau

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Die Delegierten der Bezirkskonferenz beschließen, dass der neue DGB-Bezirksvorstand Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt den DGB-Bundesvorstand beauftragt, einen satzungsändernden Antrag an den DGB-Bundeskongress zu stellen, mit dem Ziel, dass künftig die Personengruppe der Seniorinnen und Senioren auf allen Ebenen das Recht erhält, Seniorenausschüsse zu bilden, Konferenzen durchzuführen und in den Regionsvorständen mit Sitz und Stimme vertreten zu sein.

Es wird gefordert, dass die finanzielle Ausstattung dieser Gremien analog der Finanzierung der Frauen- und Jugendarbeit erfolgt.

Ergänzung zum Antrag:

Die DGB-Satzung ist in den Bestimmungen für die Personengruppe Frauen und Jugend um die

Personengruppe „Seniorinnen und Senioren“ zu ergänzen.

In § 2 der Satzung ist in der Ziffer 3 f) der nachstehende Absatz einzufügen:

„Die Seniorinnen und Senioren sollen in den Gremien und Konferenzen des DGB qualifiziert vertreten sein und mitwirken können“.

Dies soll ebenfalls in den nachfolgenden Satzungsabschnitten erfolgen:

§ 7 Ziff. 8 – Antragsrecht Bundeskongress – einfügen

„Bundes-Seniorenausschuss“

§ 7 Ziff. 10 – Teilnahmerecht am Bundeskongress – einfügen

„Bundes-Seniorenausschuss“

§ 8 Ziff. 2 Abs. 3 – Teilnahmerecht Bundesausschuss – einfügen

„Bundes-Seniorenausschuss“

§ 11 Ziff. 5 Abs. 2 – Teilnahmerecht Bezirkskonferenz – einfügen

„Bezirks-Seniorenausschuss“

§ 11 Ziff. 9 – Bezirksvorstand – einfügen

„Bezirks-Seniorenausschuss“

§ 12 Ziff. 4 Abs. 2 – Teilnahmerecht Regionsdelegiertenversammlung – einfügen

„Regions-Seniorenausschuss“

§ 12 Ziff. 8 Abs. 1 – den nachstehenden Absatz einfügen:

„Die Personengruppe Seniorinnen und Senioren erhält im Regionsvorstand einen Sitz mit einer Stimme.“

Empfehlung der Antragsberatungskommission

Verweis an den Bezirksvorstand

Begründung: Die Antragsberatungskommission spricht sich für die Weiterleitung dieses Antrages an den Bezirksvorstand aus. Satzungsfragen werden auf dem DGB-Bundeskongress behandelt

Entscheidung der Konferenz:

Verweis an den Bezirksvorstand
S01-S08 im Block

Antrag S02 Satzung und Organisation

**Reform ist, wenn es nach vorne geht!
Von „Eckpunkten“ zu den Pfeilern einer
Strukturreform**

Antragsteller:

DGB-Regionsvorstand Osnabrück-Emsland

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Bei der Strukturreform des DGB ist sicherzustellen, dass:

1. die Präsenz des DGB in der Fläche mit arbeitsfähigen Kreis- und Ortsverbänden durch Aufnahme in die Satzung sichergestellt wird. Zu diesem Zweck ist eine hauptamtliche Betreuung zwingend erforderlich und es müssen ausreichende finanzielle Mittel gem. nachvollziehbaren und transparenten Kriterien zur Verfügung gestellt werden. Dies ist in den entsprechenden Regelungen festzuschreiben.
2. die in der jetzt gültigen Fassung der Satzung des DGB festgeschriebenen Rechte und Pflichten der Personengruppen Jugend und Frauen beibehalten und die entsprechenden Bestimmungen um die Personengruppe Senioren ergänzt werden.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Verweis an den Bezirksvorstand

Begründung: Die Antragsberatungskommission spricht sich für die Weiterleitung dieses Antrages an den Bezirksvorstand aus. Satzungsfragen werden auf dem DGB-Bundeskongress behandelt.

Entscheidung der Konferenz:

Verweis an den Bezirksvorstand
S01-S08 im Block

Antrag S03

Satzung und Organisation

Stimmrecht DGB-Orts- und Kreisverbände

Antragsteller:

DGB-Regionsvorstand Südniedersachsen-Harz

Wortlaut:

Die 3. Ordentliche DGB-Bezirksdelegiertenkonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt möge beschließen, dass die ehrenamtliche Ebene Orts- und Kreisverbände mit Stimmrecht in den Regionsvorstand eingebunden werden soll.

Begründung:

Dies ist unabdingbar für die Motivation der ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen und entspricht dann auch einem demokratischen Prozess.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Verweis an den Bezirksvorstand

Begründung: Die Antragsberatungskommission spricht sich für die Weiterleitung dieses Antrages an den Bezirksvorstand aus. Satzungsfragen werden auf dem DGB-Bundeskongress behandelt.

Entscheidung der Konferenz

Verweis an den Bezirksvorstand
S01-S08 im Block

Antrag SO4

Satzung und Organisation

„Schlanke Vorstände“

Antragsteller:

DGB-Regionsvorstand Südniedersachsen-Harz

Wortlaut:

Die 3. Ordentliche DGB-Bezirksdelegiertenkonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt möge beschließen, dass die Zusammensetzung der Vorstände der DGB-Kreisverbände, der DGB-kreisfreien Stadtverbände und der DGB-Ortsverbände nicht am starren Prinzip der „schlanken Vorstände“ (je ein Vertreter der DGB-Gewerkschaften und ein gewählter bzw. einem gewählten Vorsitzenden) festhält. Ein Vorstand sollte immer aus einem ordentlichen und einem stellvertretenden Mitglied sowie Vertreter der Personengruppen bestehen und auch für interessierte Kolleginnen und Kollegen geöffnet sein.

Begründung:

Wer im Vorstand mitarbeitet, identifiziert sich mit seinem Orts-, Stadt- oder Kreisverband. Darum setzt sich das Vorstandsmitglied mehr für ihn ein. Bedingt durch die vielfältigen Aufgaben braucht man im Vorstand viele Kolleginnen und Kollegen, die auch vielfältige Fähigkeiten haben.

Empfehlung der Antragsberatungskommission

Verweis an den Bezirksvorstand

Begründung: Die Antragsberatungskommission spricht sich für die Weiterleitung dieses Antrages an den Bezirksvorstand aus. Satzungsfragen werden auf dem DGB-Bundeskongress behandelt.

Entscheidung der Konferenz

Verweis an den Bezirksvorstand

SO1-SO8 im Block

Antrag S05

Satzung und Organisation

Ortsverbände, finanzielle Unterstützung und demokratische Beteiligung Wahl Regionsvorsitzender in Eckpunktepapier aufnehmen und umsetzen

Antragsteller:

DGB-Regionsvorstand Südniedersachsen-Harz

Wortlaut:

Die 3. Ordentliche DGB-Bezirksdelegiertenkonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt möge beschließen:

DGB-Ortsverbände, die finanzielle Unterstützung der Arbeit der Orts-, Stadt- und Kreisverbände sowie deren demokratische Beteiligung bei den Wahlen der Regionsvorsitzenden werden in das Eckpunktepapier aufgenommen und im Rahmen der anstehenden DGB-Strukturreform umgesetzt.

Begründung:

Wir wenden uns gegen die Nichterwähnung von DGB-Ortsverbänden im Eckpunktepapier zur DGB-Strukturreform. Ehrenamtliche, die an der Basis Ansprechpartner und Träger von Gewerkschaftspolitik in den Kommunen sind, werden durch das vorliegende Papier ausgegrenzt. Von finanzieller Unterstützung ist ebenfalls keine Rede. Eine Einbindung in den demokratischen Prozess, wie es bei Gewerkschaften selbstverständlich sein sollte, ist in dem Papier ebenfalls nicht erkennbar.

Empfehlung der Antragsberatungskommission

Verweis an den Bezirksvorstand

Begründung:

Die Antragsberatungskommission spricht sich für die Weiterleitung dieses Antrages an den Bezirksvorstand aus. Satzungsfragen werden auf dem DGB-Bundeskongress behandelt.

Entscheidung der Konferenz

Verweis an den Bezirksvorstand

S01-S08 im Block

Antrag S06

Satzung und Organisation

Frauen Stimmrecht

Antragsteller:

DGB-Regionsvorstand Südniedersachsen-Harz

Wortlaut:

Die 3. Ordentliche DGB-Bezirksdelegiertenkonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt möge beschließen:

Die Sprecherin des DGB-Regionsfrauenausschusses muss auch zukünftig mit Sitz und Stimme im DGB-Regionsvorstand vertreten sein – analog gilt dieses auch für die Sprecherin des Bezirksfrauenausschusses im Bezirksvorstand.

Begründung:

Die „Eckpunkte der Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften und des DGB zur DGB-Strukturreform“ sehen im Abschnitt a) Grundprinzipien vor, dass zukünftig die Sprecherin der Frauen nur noch beratendes Mitglied des Bezirks- bzw. Regionsvorstandes ist. Mit der geplanten Satzungsänderung, die den Frauen die Stimmrechte in den Vorständen verweigert, wird die Bedeutung der Frauen ignoriert, die sie schon heute innerhalb der Gewerkschaften haben. So sind z. B. 50 Prozent der Mitglieder von ver.di Frauen.

Die engagierte Arbeit der Regionsfrauenausschüsse mit ihren vielfältigen Aktivitäten, kommunalpolitischen Kontakten und der Mitarbeit in lokalen Frauenorganisationen trägt erheblich zur guten Außendarstellung der DGB-Regionen bei. Die Arbeit der aktiven Kolleginnen würde durch die Abschaffung der Mitbestimmungsrechte diskreditiert.

Da nach wie vor keine gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen in Betrieben und Verwaltungen, in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik besteht, der DGB aber den satzungsgemäßen Auftrag hat, dieses Ziel zu verwirklichen, muss er in seinen eigenen Reihen mitbestimmte Vertretungsstrukturen für Frauen eher stärken als schwächen, um nicht an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Verweis an den Bezirksvorstand

Begründung:

Die Antragsberatungskommission spricht sich für die Weiterleitung dieses Antrages an den Bezirksvorstand aus. Satzungsfragen werden auf dem DGB-Bundeskongress behandelt.

Entscheidung der Konferenz

Verweis an den Bezirksvorstand
S01-S08 im Block

Antrag S07

Satzung und Organisation

Wahl Regionsvorsitzender

Antragsteller:

DGB-Regionsvorstand Südniedersachsen-Harz

Wortlaut:

Die 3. Ordentliche DGB-Bezirksdelegiertenkonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt möge beschließen, dass die Regionsvorsitzenden weiterhin auf Regionskonferenzen gewählt werden.

Begründung:

Durch die Größe der neuen Regionen werden der persönliche Kontakt und die Verbindung von Hauptamtlichen und Mitgliedschaft eher geringer. Mit der Beibehaltung der Wahl des Regionsvorsitzenden verbindet sich der Wunsch nach einer besseren Verankerung vor Ort. Die lokale Ebene ist direkt (durch ihre Delegierten) in den Willensbildungsprozess eingebunden. Eine enge Verbindung und vertrauensvolle Zusammenarbeit haupt- und ehrenamtlicher Akteure gewerkschaftlicher Arbeit ist grundlegend für das Gelingen von Kampagnen und gemeinsamer politischer Aktionen.

Empfehlung der Antragsberatungskommission

Verweis an den Bezirksvorstand

Begründung:

Die Antragsberatungskommission spricht sich für die Weiterleitung dieses Antrages an den Bezirksvorstand aus. Satzungsfragen werden auf dem DGB-Bundeskongress behandelt.

Entscheidung der Konferenz:

Verweis an den Bezirksvorstand
S01-S08 im Block

Antrag S08

Satzung und Organisation

Neue Kreisvorstände

Antragsteller:

DGB-Regionsvorstand Südniedersachsen-Harz

Wortlaut:

Die 3. Ordentliche DGB-Bezirksdelegiertenkonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt möge beschließen, dass die neu gewählten Regionsvorstände beauftragt werden, in allen Kreisen Vorstände zu wählen/konstituieren. Dieser Prozess wird gemeinsam mit den amtierenden ehrenamtlichen Gremien und Geschäftsführern/Vorsitzenden der vor Ort abgebildeten Mitgliedsgewerkschaften eingeleitet.

Begründung:

Ohne die Beteiligung der Ehrenamtlichen werden keine funktionierenden Kreis- und Stadtverbände entstehen. Die Größe der Regionen und die gewollte Wahrnehmbarkeit des DGB in der Fläche verlangen nach Konzepten, die ehrenamtliche Strukturen auf Ortsebene bündeln. Vielerorts gibt es in den Einzelgewerkschaften schon jetzt keine funktionierenden ehrenamtlichen Strukturen. Soll der DGB weiterhin vor Ort als politische Kraft in Erscheinung treten, müssen die Kräfte gebündelt werden.

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission**
Verweis an den Bezirksvorstand

Begründung:

Die Antragsberatungskommission spricht sich für die Weiterleitung dieses Antrages an den Bezirksvorstand aus. Satzungsfragen werden auf dem DGB-Bundeskongress behandelt.

Entscheidung der Konferenz:

Verweis an den Bezirksvorstand
S01-S08 im Block

Antrag S09

Satzung und Organisation

Kompetenz Kreis- und Stadtverbände

Empfehlung der
Antragsberatungskommission:
Annahme

Entscheidung der Konferenz:
Annahme

Antragsteller:

DGB-Regionsvorstand Südniedersachsen-Harz

Wortlaut:

Die 3. Ordentliche DGB-Bezirksdelegiertenkonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt möge beschließen, dass die Aufgaben und Kompetenzen der zu bildenden DGB-Kreis- und Stadtverbände klar formuliert werden. Ebenso wird definiert, in welcher Form die Unterstützung durch Hauptamtliche des DGB erfolgen kann.

Begründung:

Um die Arbeit vor Ort sinnvoll betreiben zu können, brauchen die zu bildenden Organe einen inhaltlichen Handlungsrahmen, aus dem ihr Aufgabenfeld und ihre Handlungskompetenz hervorgehen. Ebenso muss klar sein, inwieweit sie von den Hauptamtlichen unterstützt werden können und welche logistische Unterstützung zu erwarten ist. Der Zuschnitt der Regionen macht eine enge Begleitung der Aktivitäten auf Kreis- und Stadtebene unwahrscheinlich. Umso wichtiger ist es, Kreis- und Stadtverbände mit klaren Zuschreibungen handlungsfähig zu machen.

Antrag SO10

Satzung und Organisation

Ressourcen DGB-Regionen

Antragsteller:

DGB-Regionsvorstand Niedersachsen-Mitte

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Der DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird aufgefordert, Transparenz über die personelle und finanzielle Ausstattung der DGB-Regionen im DGB-Bezirk herzustellen. Die Ressourcen sollen anhand objektiver Kennzahlen (Einwohner/innen, Mitglieder, Fläche, Gebietskörperschaften etc.) für die Regionen berechnet und gegebenenfalls neu verteilt werden.

Begründung:

Durch die Schaffung objektiver Bemessungszahlen bei Personal und Haushalt würde mehr Gerechtigkeit zwischen den Regionen hergestellt und Zuteilungen (bzw. Abzüge oder Kürzungen) hätten nachvollziehbare Voraussetzungen.

Empfehlung der Antragsberatungskommission

Ablehnung

Begründung: Die geforderte Transparenz ist vorhanden und wird regelmäßig mindestens einmal im Jahr in einer Geschäftsführersitzung dargestellt. Des Weiteren gibt es objektive Kennzahlen, die allerdings durch regionale und politische Strategien ergänzt werden.

Entscheidung der Konferenz

Ablehnung

Antrag S011

Satzung und Organisation

Personal- und Finanzausstattung der neuen Region Bremen-Elbe-Weser

Antragssteller:

DGB-Region Bremen-Elbe-Weser

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Mit dem Zusammenschluss der DGB Regionen Bremen/Bremerhaven und Elbe/Weser entsteht eine Landesgrenzen übergreifende DGB-Organisationseinheit, die sowohl die Präsenz des DGB in der Fläche organisieren, als auch die gewerkschaftsübergreifende Interessenvertretung des DGB gegenüber der Bremer Landesregierung übernehmen muss. Die Erfüllung dieser Doppelaufgabe kann nur gewährleistet werden, wenn die neue Region entsprechend personell und sachlich ausgestattet ist. Dies gilt umso mehr, als aufgrund der Föderalismusreform bisher in der Region Bremen/Bremerhaven ein erheblich höherer Arbeitsaufwand entstanden ist, der nicht durch eine Personalverstärkung ausgeglichen wurde. Gegenüber den Ländern mit eigenem DGB-Bezirk ist Bremen ohnehin benachteiligt, da derselbe landespolitische Aufgabenumfang mit weniger Personal bewältigt werden muss.

Wir fordern den DGB-Bundesvorstand und den DGB-Bezirk deshalb auf

- die neue Region Bremen-Elbe-Weser mindestens mit dem Personalumfang auszustatten, der bisher in beiden Regionen (Elbe/Weser + Bremen/Bremerhaven) tatsächlich vorhanden ist (2 ½ Verwaltungskräfte, 5 politische Sekretäre/innen und 1 Jugendbildungsreferentin)
- die gegenüber anderen Regionen zusätzlichen landespolitischen Aufgaben auch bei der Etatzuweisung angemessen zu berücksichtigen.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Die Antragsberatungskommission empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung: Personalbemessung und Personaleinsatz liegen nicht im Ermessen einer Bezirkskonferenz, sondern werden durch den Geschäftsführenden Bezirksvorstand geregelt.

Entscheidung der Konferenz:

Ablehnung

Antrag SO12

Satzung und Organisation

Politischer Streik

Antragsteller:

DGB-Regionsvorstand Südniedersachsen-Harz

Wortlaut:

Die 3. Ordentliche DGB-Bezirksdelegiertenkonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt möge beschließen:

1. Zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele und Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerinteressen ist der politische Streik ein notwendiges Instrument.
2. Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich ein für gesetzliche Änderungen, die politische Streiks legalisieren.
3. Der DGB fördert aktiv die innergewerkschaftliche und auch gesellschaftliche Willensbildung, um den politischen Druck zur Legalisierung von politischen Streiks entwickeln zu können.
4. Dieser Beschluss wird zur Annahme an die DGB-Bezirkskonferenz weitergeleitet und dient gleichzeitig als Arbeitsauftrag für den Regionsvorstand.

Begründung:

Es gibt in Europa nur noch drei Länder ohne ein allgemeines gesetzliches Streikrecht, den

Vatikan, Dänemark und Deutschland. Die Europäische Kommission hat die deutsche Bundesregierung mehrfach gerügt, weil sie das Recht auf Streik, wie es in der europäischen Sozialcharta verankert ist, nicht in nationales Gesetz umgesetzt hat.

Arbeitsniederlegungen gegen politische Entscheidungen, die sich gegen Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieses Landes richten – z .B. die Rente mit 67 – sind ein notwendiges Kampfmittel.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Material an den Bezirksvorstand

Entscheidung der Konferenz:

Weiterleitung an den Bezirksvorstand als Arbeitsmaterial

Antrag J14

Jugend

Nutzung von Recyclingpapier im DGB

Antragsteller:

DGB-Bezirksjugendkonferenz

Wortlaut:

Die 3. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wird gebeten, den folgenden Antrag zu beschließen:

Stapelweise werden Infopapiere, Handouts und Drucksachen in Auftrag gegeben. Ferner werden Protokolle, Dokumentationen und Flyer häufig überzählig gedruckt. Die Inhalte der gewerkschaftlichen (Jugend)-Bildungsarbeit vermitteln breites Wissen über gesellschaftliche Zusammenhänge und auch umweltpolitische Aspekte. Der Aspekt der Nachhaltigkeit im Umgang mit natürlichen Ressourcen wird jedoch oftmals vernachlässigt. Die DGB-Jugend Niedersachsen – Bremen - Sachsen-Anhalt fordert daher eine verbindliche Konvention in Bezug auf umweltpolitische Aspekte und sieht sich hierin durch Umweltverbände bestätigt. Als ein Beispiel fordern wir bei der Erstellung von Druckerzeugnissen stärker auf die Recyclingfähigkeit zu achten und ferner den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen zu forcieren. Konkret fordern wir die flächendeckende Nutzung von recyceltem Papier beim Deutschen

Gewerkschaftsbund. Das schließt auch die Beauftragung und Kontrolle externer Druckaufträge ein. Die Mitwirkung von Unternehmen ist in diesem Zusammenhang unabdingbar. Wir fordern, dass der DGB eine aufklärende Rolle einnimmt, welche auch in Kooperation mit bekannten Umweltverbänden zu realisieren ist. Auf jeden Fall ist es erforderlich, dass der DGB mit gutem Beispiel vorangeht und ein Umdenken in der eigenen Organisation einleitet.

Begründung:

Die Müllberge auf den Fluren und in den Kellern der Gewerkschaftshäuser wachsen etwa im gleichen Tempo wie die Zerstörung der Wälder, insbesondere Urwälder, voranschreitet. Greenpeace bestätigt, dass bereits 80 % der Urwälder zerstört und andere Waldflächen nicht wieder aufzuforsten sind. Der verbliebene Rest fällt unserem permanenten Papierverbrauch täglich zum Opfer. Nur ein bewusster Umgang mit diesen kostbaren Ressourcen kann die weitere Vernichtung stoppen. Die Bedeutung der Urwälder wird als hinreichend bekannt vorausgesetzt. Informationen zum Thema gibt es natürlich auch bei den bekannten Umweltorganisationen.

Der Ansatz ist der Einsatz von Recyclingpapier: Durch wenig aufwendige und finanziell nicht größere Aufwendungen kann eine nachhaltigere Umgangsweise mit dem Material Papier im DGB erreicht werden. Als Beispiel können durch die Nutzung von Recyclingpapier im Durchschnitt 1,8 Tonnen Holz eingespart werden. Durch die Herstellung von Recyclingpapier

wird nachweislich weniger Energie und Wasser verbraucht. Auch die Belastung von Luft und Gewässern ist viel geringer. Sollte dennoch unbedingt Frischfaserpapier gebraucht werden, kann dieses auch aus ökologischer Waldwirtschaft stammen, dafür garantiert beispielsweise das FSC Siegel.

Grundsätzlich hat jedes Papier zwei Seiten. Welche enorme Einsparung sich durch einen beidseitigen Druck ergeben, muss hier nicht näher erläutert werden. Diese einfache Herangehensweise lässt sich überall leicht umsetzen, beim Kopieren, Drucken und auch Schreiben. Ferner können überzählige Materialien, beispielsweise leere Rückseiten von Plakaten etc. für diverse Druckerzeugnisse weiterverwandt werden. Beispielsweise Ausdruck von E-Mails und für handschriftliche Notizen. Diesbezüglich kann der Empfänger aber bereits durch einen einheitlichen E-Mail-Anhang darauf hingewiesen werden, dass Ausdrücke einer E-Mail heutzutage nicht mehr zwingend notwendig sind. Oder in der Bildungsarbeit können Rückseiten von Plakaten beispielsweise als Pinnwandpapier genutzt werden.

Nachhaltigkeit steht für die Einheit von Ökologie, Ökonomie und sozialer Interessen. Als eine nachhaltige Entwicklung kann bezogen auf die oben genannte Forderung daher nur eine konsequente Umsetzung stehen. Nachhaltigkeit erfordert insbesondere das Bewusstsein für die „eine Welt“ daher ein „global-ökologisches Denken“ und eine konsequentes „lokales Handeln“. Die Umwelt ist für die Menschen

da! Die Mitwirkung von allen Ebenen im DGB insbesondere in der (Jugend)-Bildungsarbeit ist daher erforderlich und wird von der DGB-Jugend hiermit gefordert.

Empfehlung der

Antragsberatungskommission:

Als Material an den Bezirksvorstand

Entscheidung der Konferenz:

Weiterleitung an den Bezirksvorstand als Arbeitsmaterial

Verzeichnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

■ MitarbeiterInnen DGB-Bezirk

Ahrens, Frank
Becker, Bernhard
Braunert, Dorothea
Celebi-Bektas, Naciye
Gransee, Ulrich
Hinske, Petra
Jortzig, Gunda
Kamradek, Ute
Kolbeck, Tina
Moleski, Brigitta
Papendick-Apel, Helga
Pätzold, Kerstin
Pierau, Gisela
Schreiner, Patrick
Schulze, Anke
Skirlo, Katrin
Stolte, Eva-Maria
Weike, Walter
Wiedebusch, Iris
Wiedemeyer, Susanne
Winkelströter, Rune
Woydte, Christa
Zimmermann, Klaus
Niggemeyer, Lars

■ Delegierte

Achtermann, Dieter (IG Metall)
Alberts, Wilfried (IG Metall)
Albrecht, Brunhilde (ver.di)
Aleo, Debora (IG Metall)
Bachmann, Michael (IG BCE)
Baumann, Elke ((GEW)
Behrenwald, Karsten (IG Metall)
Berndt, Beate (GdP)
Betz, Heinrich (IG Metall)
Beu, Silke (GEW)
Bierbaum, Christiane (ver.di)
Bierle, Birgit (NGG)
Blankenhagen, Angelika (NGG)
Boguslawski, Gerd-Uwe (IG Metall)
Boldt, Heike (ver.di)
Bollen, Sandra (IG Metall)
Brake, Wilhelm (IG BCE)
Budz, Roland (IG Metall)
Deeters, Stefan (IG BAU)
Dressel, Uwe (ver.di)
Ebbrecht, Peter (IG BAU)
Enzmann, Stephan (IG BCE)
Ewald, Lothar (IG Metall)
Feldman, Heike (TRANSNET)
Gerdes, Evelyn (IG Metall)
Gerth, Eva (GEW)
Göbel, Horst (GdP)
Gollnick, Petra (ver.di)
Gröger, Thorsten (IG Metall)
Hartwig, Karin (ver.di)
Hehemann, Michael (IG Metall)
Heitefaut, Rüdiger (GEW)
Hemsing, Bernhard (NGG)
Hesse, Bernd (ver.di)
Hitz, Sven (TRANSNET)

Hohmann, Jürgen (ver.di)
Holterhus, Ulla (GEW)
Hufnagel, Regina (IG BCE)
Hulverscheidt, Jörg (ver.di)
Jägers, Wolfgang (IG BAU)
Kaden, Brigitte (IG Metall)
Kelsch, Angelika (ver.di)
Kleinschmidt, Karoline (IG Metall)
Kohl, Ingeborg (ver.di)
Koppitz, Erhard (IG BCE)
Lanwehr, Angelika (ver.di)
Lesniak, Thomas (IG Metall)
Lindner, Peter (IG Metall)
Lücke, Maria (ver.di)
Lüers, Gero (IG BAU)
Lüpkes, Willi (ver.di)
Malcher, Ilkay Dominik (IG Metall)
Mebs, Uwe (IG Metall)
Meißner, Günter (IG Metall)
Meister, Susanne (ver.di)
Müller, Thomas (IG Metall)
Nowak, Claudia (ver.di)
Oberheide, Ralf (ver.di)
Ottaiano, Mario Michael (IG BCE)
Pachauer, Pia (IG Metall)
Pettche, Manfred (IG Metall)
Pretzien, Manuela (NGG)
Riemann, Hartmut (IG Metall)
Rosenow, Marita (ver.di)
Rost, Hagen (IG Metall)
Rothe, Detlef (ver.di)
Rottmann, Cornelia (IG BCE)
Salewski, Klaus-Dieter (IG Metall)
Schäfftlein, Alfred (ver.di)
Scharna, Jürgen (IG BCE)
Scheibe, Dr. Herbert (IG Metall)

Schild, Klaus (ver.di)
Schmidt, Sandra (ver.di)
Schnaars, Peter (ver.di)
Schulze, Dirk (IG Metall)
Schwitzer, Reinhard (IG Metall)
Sindt, Renate (ver.di)
Spreen, Edeltraut (IG Metall)
Stassek, Eva (IG Metall)
Stoll, Tatjana (IG Metall)
Stoemer, Eckhard (IG BAU)
Strathus, Susanne (ver.di)
Tammen-Henke, Hartmut (IG Metall)
Tarnowsky, Dieter (ver.di)
Van de Walle, Luc (IG Metall)
Vollmer, Vera (ver.di)
Vrielink, Gisela (ver.di)
Wähnelt, Renate (ver.di)
Wente, Karsten (ver.di)
Wenzel, Jan (NGG)
Wilhelm, Matthias (IG Metall)
Winkelmann, Peter (IG BCE)
Witthaut, Bernhard (GdP)
Wüste, Gudrun (IG BCE)
Zimmermann, Mario (TRANSNET)

■ Delegierte mit beratender Stimme

Birch, Ulf (DGB Bezirksvorstand)
Bockelmann, Rolf (DGB Landesvorstand
Niedersachsen)
Brandt, Eberhard (DGB Bezirksvorstand)
De Vries, Hans (DGB Revisionskommission)
Düring, Annette (DGB Regionsvorsitzende)
Erb, Hartwig (DGB Regionsvorsitzender)
Gatz, Günther (DGB Revisionskommission)
Gebhardt, Udo (stellv. DGB Bezirksvorsitzender)
Habicht, Fred (DGB Revisionskommission)

Hanisch, Lothar (DGB Regionsvorsitzender)
Herrmann, Rolf (DGB Landesvorstand
Sachsen-Anhalt)
Klöpper, Manfred (DGB Regionsvorsitzender)
Krause, Johannes (DGB Regionsvorsitzender)
Lippmann, Thomas (DGB Landesvorstand
Sachsen-Anhalt)
Mebes, Marcel (DGB Bezirksjugendausschuss)
Meine, Hartmut (DGB Bezirksvorstand))
Paschke, Markus (DGB Regionsvorsitzender)
Petermann, Uwe (DGB Landesvorstand
Sachsen-Anhalt)
Schlamann, Sarah (DGB
Bezirksjugendausschuss)
Schmidt, Dieter
Schulze, Peter (DGB Landesvorstand
Sachsen-Anhalt)
Schwarz, Sabine (DGB Bezirksvorstand)
Schwendler, Karin (DGB
Bezirksfrauenausschuss)
Strüber, Peter (DGB Bezirksvorstand)
Tiesmeyer, Petra (DGB Regionsvorsitzende)
Tölle, Hartmut (DGB Bezirksvorsitzender)
Truelsen, Karin (DGB Bezirksfrauenausschuss)
Wertmüller, Sebastian (DGB
Regionsvorsitzender)
Witthaut, Berhard (DGB Landesvorstand
Niedersachsen)

■ Gäste

Algermissen, Gundolf (Ehemaliger DGB)
Bauer, Adolf (Sozialverband Deutschland e.V.)
Biegel, Prof. Dr. Gerd (ehem. Direktor
Landesmuseum Braunschweig)
Bischoff, Bernd (AuL Nord)
Bornemann, Hildegard (bfw)

Brandes-Steggewentz, Giesela (Die LINKE)
Brix (NDR)
Brück, Dr. Brigitte (Bildungsvereinigung ARBEIT
UND LEBEN Bremen)
Burggraf, Dietrich (Direktor HVHS Hustedt e.V.)
Deh, Uwe (AOK Sachsen-Anhalt)
Dehm, Dr. Diether (MdB, Die LINKE)
Endl, Hans (Arbeitnehmerkammer Bremen)
Fricke, Horst (DRV)
Gemen, Jürgen (Redakteur NDR 1
Niedersachsen)
Giebel, Oliver (AOK)
Hickel, Prof. Dr. Rudolf (Institut für Arbeit und
Wirtschaft, Universität Bremen)
Hoffmann, Hans-Jürgen (Bildungsvereinigung
ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen)
Jüttner, Wolfgang (MdL, SPD)
Kieckbusch, Michael (Salzgitter Flachstahl
GmbH)
Kirch, Henry (DGB-Senioren)
Klatt, Michael (Kirchlicher Dienst in der
Arbeitswelt Hannover)
Klingenburg, Konrad (DGB Bundesvorstand
Bereichsleiter Gesellschaftspolitik/Strategie/
Planung)
Koch, Karl-Heinz (ace)
Lange, Bernd (MdB, SPD)
Laschke, Martina (ARBEIT UND LEBEN
Niedersachsen e.V.)
Matecki, Claus (Mitglied des
Geschäftsführenden Bundesvorstands des
DGB)
Matthiesen, Dr. Max (MdL, CDU)
Mc Allister, David (MdL, CDU)
Mühl, Heinzpeter (AOK Bremen/Bremerhaven)
Neumann, Karl (IG BCE)

Niederhut, Herbert (Ehemaliger DGB)
Niederhut, Bärbel (Ehemalige DGB)
Peter, Dr. Jürgen (Vorstandsvorsitzender AOK
Niedersachsen)
Richter, Matthias (IKK Niedersachsen)
Rzeppa, Frank (DGB Bundesvorstand)
Sakschewski, Jürgen (Bildungsvereinigung
ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen Mitte)
Schenk (NDR)
Schmode, Udo (Bildungsvereinigung ARBEIT
UND LEBEN Sachsen-Anhalt)
Schneider, Peter-Jürgen (Personalvorstand
Salzgitter AG)
Scholz, Heiger (Hauptgeschäftsführer
Niedersächsischer Städtetag)
Schomburg, Dieter (GuV)
Schröder, Uwe (IKK gesund plus)
Steinhäuser, Albrecht (Evangelisches Büro
Sachsen Anhalt)

Stellbogen, Doreen
Stellbogen, Frank
Stellbogen, Max
Steppuhn, Andreas (SPD Landesverband
Sachsen-Anhalt)
Warnecke, Lutz (DGB Rechtsschutz GmbH,
Region Nordwest)
Weil, Stephan (Oberbürgermeister
Landeshauptstadt Hannover)
Weißbach, Dr. Jürgen (Ehemaliger
DGB-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt)
Wilsenach, Michael
Witte, Heinz-Hermann (ehemaliger
DGB-Landesvorsitzender Niedersachsen)
Wulff, Christian (Ministerpräsident Land
Niedersachsen)



Impressum

DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Abt. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Otto-Brenner-Straße 7

30159 Hannover

Telefon 05 11 / 1 26 01- 0

Telefax 05 11 / 1 26 01-57

www.niedersachsen.dgb.de

www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de



